

36. Sitzung
am Dienstag, dem 23. Februar 2010

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1475
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1475

Fragestunde

- 1. Rennstrecke Brokhuchtinger Landstraße**
Anfrage der Abgeordneten Fecker, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Januar 2010 1476
- 2. Investorengrundstück auf dem Bahnhofsvorplatz**
Anfrage der Abgeordneten Richter, Woltemath
und Fraktion der FDP vom 9. Februar 2010 1477
- 3. Ausführung der Streu- und Winterdienste im Winter 2010**
Anfrage der Abgeordneten Focke, Strohmann, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 9. Februar 2010 1478
- 5. Polizeirevier Horn-Lehe**
Anfrage der Abgeordneten Hinners, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 10. Februar 2010 1482
- 6. Ampelanlagen Senator-Apelt-Straße**
Anfrage der Abgeordneten Imhoff, Strohmann, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 10. Februar 2010 1484
- 7. Führerscheinstelle**
Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 15. Februar 2010 1484

- 8. Keine Ausweitung des nächtlichen Flugverkehrs**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Februar 2010 1485
- 9. Bürgerservice- und Ordnungsdienst**
Anfrage der Abgeordneten Hinners, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 16. Februar 2010 1486

Aktuelle Stunde 1487

Lebenssituation der älteren Migrantinnen und Migranten in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 8. Dezember 2009
(Drucksache 17/520 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2010

(Drucksache 17/547 S)

- Abg. Frau Dr. Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen) 1488
- Abg. Frau Krümpfer (SPD) 1489
- Abg. Bartels (CDU) 1491
- Abg. Frau Cakici (DIE LINKE) 1493
- Abg. Dr. Buhlert (FDP) 1495
- Senatorin Rosenkötter 1497
- Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen) 1498
- Abg. Dr. Buhlert (FDP) 1498

Brillkreuzung umgestalten: Innenstadt aufwerten

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2010
(Drucksache 17/545 S)

- Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1499
- Abg. Focke (CDU) 1499
- Abg. Pohlmann (SPD) 1500
- Abg. Richter (FDP) 1501
- Abg. Rupp (DIE LINKE) 1502
- Senator Dr. Loske 1502

17. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2010

(Drucksache 17/546 S) 1504

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 2 vom 2. Februar 2010

(Drucksache 17/548 S) 1504

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 3 vom 23. Februar 2010

(Drucksache 17/558 S) 1504

Aufgabenwahrnehmung Aufsichtsrat Theater Bremen GmbH

Antrag der Fraktion der CDU

vom 9. Februar 2010

(Drucksache 17/549 S)

Abg. Kau (CDU) 1505

Abg. Senkal (SPD) 1506

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1507

Abg. Woltemath (FDP) 1508

Abg. Beilken (DIE LINKE) 1509

Abg. Kau (CDU) 1511

Abg. Möhle (parteilos) 1512

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1513

Bürgermeister Böhrnsen 1513

Abg. Möhle (parteilos) 1515

Abg. Kau (CDU) 1515

Abg. Woltemath (FDP) 1515

Abstimmung 1516

ReSoSta-Mittel vertragskonform für Wirtschaftsfördermaßnahmen in Bremen-Nord verwenden!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 16. Februar 2010

(Drucksache 17/553 S)

Abg. Kastendiek (CDU) 1516

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 1518

Abg. Liess (SPD) 1519

Abg. Frau Nitz (DIE LINKE) 1520

Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	1521
Abg. Möhle (parteilos)	1522
Abg. Kastendiek (CDU)	1523
Staatsrat Dr. Heseler	1524
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	1525
Abstimmung	1526

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Kasper.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes**
Vizepräsident Ravens**Schriftführerin Ahrens**
Schriftführerin Cakici
Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats, Senator für Kultur und für kirchliche Angelegenheiten

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Inneres und Sport **Mäurer** (SPD)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 36. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Schülerinnen und Schüler der Oberschule an der Helgolander Straße. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nummer 3 vom 23. Februar 2010, Drucksache 17/558 S.

Gemäß Paragraf 11 Absatz 2 des Petitionsgesetzes werden die Berichte auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt. Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt mit dem Tagesordnungspunkt 7, das ist der Petitionsbericht Nummer 2, zu verbinden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Gedenken an die Bremer Räterepublik - Denkmäler erhalten
Mitteilung des Senats vom 16. Februar 2010
(Drucksache 17/554 S)
2. Bebauungsplan 2338 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Berckstraße, Leher Heerstraße und Bahnlinie Bremen - Hamburg
Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/556 S)
3. Vorhaben- und Erschließungsplan 71 (Vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Erweiterung des Betriebsgeländes der Firma ZF Services GmbH in Bremen-Obervieland
Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/557 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der März-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Lkw-Umfahrungsverkehr auf Bremens Straßen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 27. August 2009
Dazu
Antwort des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/550 S)
2. Anbindung der Straßen „Hochschulring“ und „Universitätsalle“ an die A 27
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 17. November 2009
Dazu
Antwort des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/551 S)
3. Feinstaubreduktion durch verschiedene Maßnahmen
Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 21. Dezember 2009
Dazu
Antwort des Senats vom 16. Februar 2010
(Drucksache 17/555 S)
4. Qualitätsstandards bei der Vergabe von privaten Krankentransporten
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 19. Januar 2010
Dazu
Antwort des Senats vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/552 S)
5. Konflikte in der Beiratsarbeit
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. Februar 2010
6. Wohnen in Nachbarschaften - Beschäftigungsverhältnisse der Quartiersmanager/-innen
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 22. Februar 2010

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 3, es handelt sich hierbei um Maßnahmen zur Verbesserung des Kinder- und Jugendhilfesystems in Bremen, und zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit diesen interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die Anfrage Nummer 4 wurde zwischenzeitlich vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Rennstrecke Brokhuchtinger Landstraße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Verkehrskontrollen wurden im Jahr 2009 auf der Brokhuchtinger Landstraße durchgeführt, und wie viele Verstöße gegen das Tempolimit wurden festgestellt?

Zweitens: Wurden bei diesen Verkehrskontrollen auch Verstöße gegen das Lkw-Fahrverbot festgestellt und, wenn ja, in welcher Anzahl?

Drittens: Verfolgt der Senat derzeit Planungen, die Überwachungen in diesem Bereich zu intensivieren oder andere Maßnahmen zur Durchsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung und des Lkw-Fahrverbots vor Ort zu ergreifen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Jahr 2009 wurden in der Brokhuchtinger Landstraße 15 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Dabei wurden insgesamt 168 Verstöße festgestellt. Weitere Verkehrskontrollen wurden nicht durchgeführt.

Zu Frage 2: Bei den Geschwindigkeitskontrollen wurden 25 Verstöße gegen das Lkw-Fahrverbot festgestellt.

Zu Frage 3: Die durchgeführten Maßnahmen werden auch künftig in vergleichbarem Umfang stattfinden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, mir ist bekannt geworden, dass es ein Problem mit der Beschilderung vor Ort gibt, aufgrund dessen die Polizei Bremen dort keine Kontrollen mehr durchführen kann. Ist dies dem Senat auch bekannt, und, wenn ja, wann ist mit Abhilfe zu rechnen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, dem Senat ist natürlich alles bekannt!

(Heiterkeit - Abg. Röwekamp [CDU]:
Darauf kommen wir zurück!)

Wir haben deswegen im September das Amt für Straßen und Verkehr gebeten, die Schilder so anzubringen, dass sie auch passen. Dieser Prozess ist noch in der Umsetzung, aber ich denke, dass die Schilder angebracht werden können, wenn es taut, sodass wir dann auch wieder vernünftig kontrollieren können.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Bei der Brokhuchtinger Landstraße handelt es sich um eine Strecke, die vor allem auch viel von Ausflugsfahrradfahrern benutzt wird. Sie haben eben auf die Zahlen hingewiesen; ich finde diese Häufigkeit bei 15 Kontrollen relativ hoch. Sieht der Senat die Möglichkeit, dass Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer dort sicherer als bisher fahren können, vielleicht durch Einrichtung einer Fahrradstraße vor Ort? Kann der Senat das in irgendeiner Form vorsichtig und positiv prüfen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Der Senat hat sich mit dieser Frage noch nicht befasst, aber ich weiß, dass sich die Deputation für Bau und Verkehr zuletzt am 4. März 2009 mit dieser Frage befasst hat. Auf Vorschlag des Senators für Bau und Verkehr hat die Deputation beschlossen, dieses Projekt nicht weiterzuverfolgen. Ich bitte deswegen um Nachsicht, dass ich mich nun nicht in fremden Gebieten als sachkundig erweise und Ratschläge erteile. Ich denke, man muss das vor Ort und mit dem zuständigen Senator klären.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, würden Sie mir, wenn Ihnen die Straße bekannt ist - und davon gehe ich aus - recht geben, dass sie für Fahrradfahrer doch sehr gefährlich ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Mir ist die Straße bekannt, weil ich mir eine Karte angeschaut habe. Ich weiß aber aufgrund der Statistik, die uns vorliegt, dass die Zahl der Verkehrsunfälle sehr überschaubar ist. Im Zeitraum 2008 bis 2009 gab es insgesamt vier Verkehrsunfälle, darunter war ein Unfall mit einem Radfahrer. Insofern kann man nicht sagen, dass es eine hochgefährliche Straße ist. Wenn man aber den ganzen Lkw-Verkehr herausnimmt und die Straße zu einem Radweg umwandelt, wären diese Probleme natürlich gelöst. Ich bitte aber wirklich um Verständnis; wir kontrollieren als Polizei den Verkehr, auch die Einhaltung der Geschwindigkeitskontrollen, aber Vorschläge und Fragen, wie man Straßen gestaltet, ob mit oder ohne Lkw, bitte ich doch an meinen geschätzten Kollegen zu stellen!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Es ist doch aber richtig, dass Sie hier für den gesamten Senat sprechen, Herr Senator?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Die Frage ist aber gewesen, wie es konkret mit den Verkehrskontrollen aussieht. Wir haben uns nicht mit der Frage beschäftigt, die Gegenstand der Beratung in der Deputation gewesen ist, ob man nun dort einen Radfahrweg anlegt oder möglicherweise diese Straße für den gesamten Pkw-Verkehr sperrt.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, da Sie auch für Verkehrssicherheit zuständig sind, würde ich Sie fragen wollen, ob Sie sich denn dafür einsetzen würden, vielleicht auf den zuständigen Senator einzuwirken, bei Planung eines Fahrradweges Verkehrssicherheitsaspekte viel mehr einzubringen als Naturschutzaspekte? Die Eltern schicken ihre Kinder nämlich mit dem Fahrrad dort gar nicht mehr entlang, weil es einfach viel zu gefährlich ist.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich kann nur zur Kenntnis nehmen, dass die Deputation mehrheitlich beschlossen hat, dass hier kein Radfahrweg gebaut wird. Wir sind für alle Anregungen offen, aber ich bitte, das am richtigen Ort und zur richtigen Zeit einzubringen! Ich bin dafür jedenfalls nicht zuständig.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Investorengrundstück auf dem Bahnhofsvorplatz**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Richter, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Richter!

Abg. **Richter** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann ist das ursprünglich im Februar 2008 ausgeschriebene, im April 2008 vorübergehend eingestellte und mittlerweile mehrfach verlängerte Ausschreibungsverfahren für das Investorengrundstück auf dem Bahnhofsvorplatz voraussichtlich beendet?

Zweitens: Wie erfolgversprechend schätzt der Senat derzeit die Chancen ein, den vor zwei Jahren angedachten Verkaufserlös in Höhe von 5,9 Millionen Euro tatsächlich zu realisieren?

Drittens: Welche offenen Fragen sind zwischen Stadt und Interessenten noch zu klären, und wann ist mit einem Baubeginn zu rechnen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Den im Vergabeverfahren verbliebenen Bietern wurde mit dem Aufforderungsschreiben zur Angebotsabgabe mitgeteilt, dass die Frist zur Abgabe eines verbindlichen Angebotes bis zum 31. Mai 2010, 12.00 Uhr, verlängert wurde. Nach Eingang der Angebote sind diese durch die Vergabestelle formal zu prüfen und sodann anhand der Zuschlagskriterien zu werten. Mit Erteilung des Zuschlags an den Bestbietenden ist das Vergabeverfahren beendet.

Zu Frage 2: Wenn bis zum 31. Mai 2010 von den Bietern wertbare Angebote abgegeben werden, wird der erwartete Verkaufserlös erzielt, da dieser mit 5,9 Millionen Euro in den Verdingungsunterlagen als Festpreis festgeschrieben wurde.

Zu Frage 3: Zwischen der Stadtgemeinde Bremen und den Bietern sind keine offenen Fragen zu klären, da die Verhandlungsgespräche bereits abgeschlossen sind. Entsprechend den Verdingungsunterlagen ist der Bieter, dem der Zuschlag erteilt wird, verpflichtet, innerhalb einer Frist von neun

Monaten nach Abschluss des Grundstückskaufvertrages einen genehmigungsfähigen Bauantrag mit allen erforderlichen Unterlagen gemäß Bauvorlagenverordnung für das von ihm geplante Neubauprojekt bei der zuständigen Behörde einzureichen und das Neubauprojekt innerhalb von 36 Monaten nach Erteilung der Bauerlaubnis nutzungsfertig herzustellen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Die erste lautet: Dann ist die Mitteilung, die Ende Januar über Radio Bremen gelaufen ist, dass noch viele offene Fragen bestehen, falsch?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja, sicher ist sie falsch! Wir haben das Verfahren verlängert, wir haben alle aus unserer Sicht erforderlichen Gespräche mit den potenziellen Bietern, die im Rennen geblieben sind, geführt. Es wird jetzt davon abhängen, ob es Bieter gibt, die sich bis zum 31. Mai 2010 bewerben. Offene Fragen haben wir im Moment keine; die 5,9 Millionen Euro sind in den Verdingungsunterlagen festgeschrieben. Wir sehen natürlich, dass es vor dem Hintergrund der Wirtschaftslage, die wir haben, ein sehr schwieriges Projekt ist. Wir brauchen - Sie haben es schon in der Frage formuliert - zwei Jahre für dieses Verfahren. Ich glaube, die erste Ausschreibung war vor 16 Jahren. Wir haben also hier ein schwieriges Verfahren, und wir hoffen, dass wir einen oder mehrere Bieter finden, die bis zum 31. Mai 2010 auf der Grundlage der Ausschreibung ein Angebot abgeben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Das erzeugt bei mir geradezu eine Zusatzfrage! Herr Staatsrat, Sie haben hier in der Bürgerschaft am 6. Mai 2008 erklärt, dass es zu einer Verzögerung von 59 Tagen kommen wird. Wenn ich das jetzt bis Mai hochrechne, sind es zwei Jahre.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ja, Sie wissen aber auch, in welcher Situation wir uns befinden. Es tut mir leid, wir sind in einer ganz schwierigen wirtschaftlichen Lage; im Mai 2008 war sie noch nicht ganz so schwierig, wie sie sich jetzt darstellt. Der Ort ist nicht der einfachste. Vor diesem Hintergrund sahen wir uns gezwungen, das Verfahren noch einmal zu verlängern. Wir hoffen, in dieser Frist ein

Angebot zu bekommen. Ich kann nur eines sagen: Es ist jetzt das dritte Ausschreibungsverfahren. Ich kann niemandem raten, ein viertes zu machen. Wir hoffen, dass wir auf diesem Wege bei einem zugegebenermaßen sehr schwierigen Projekt in einer schwierigen wirtschaftlichen Zeit zu einem Erfolg kommen.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Wenn Sie von 36 Monaten nach Zuschlag sprechen, wann würde dann der Verkaufserlös fließen? Gibt es noch Vorausleistungen, die die Stadt erfüllen muss, die noch Geld kosten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Zweites ist nicht der Fall, und das Erste kann ich Ihnen jetzt nicht genau sagen. Ich bin aber gern bereit, Ihnen die Antwort nachzureichen, wann genau der Verkaufspreis zu fließen hat.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Richter** (FDP): Mich würde noch eines interessieren: Es ist jetzt das dritte oder vierte Ausschreibungsverfahren, haben Sie gesagt, seit 1994 das erste. Können Sie eine konkrete Aussage darüber treffen, was die Ausschreibungsverfahren inklusive Wertgutachten bisher gekostet haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Auch dies muss ich Ihnen nachreichen, kann ich Ihnen aber geben. Die Informationen werden wir bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft herausbekommen, und ich teile sie Ihnen dann mit.

(Abg. Richter [FDP]: Herzlichen Dank!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „Ausführung der Streu- und Winterdienste im Winter 2010“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Focke, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welchen Herausforderungen müssen sich die öffentlichen Streu- und Winterdienste in diesem Winter in Bremen stellen?

Zweitens: Wie bewertet der Senat den bisherigen Einsatz der öffentlichen Streu- und Winterdienste in diesem Winter auf den Straßen in Bremen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Ich dachte, das macht Herr Böhrnsen!)

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfragen wie folgt:

Zu Frage 1: Der für mitteleuropäische Verhältnisse außergewöhnlich lange, niederschlagsreiche und kalte Winter 2010 stellt wie alle anderen Städte und Kommunen auch die Freie Hansestadt Bremen vor Herausforderungen wie selten in den vergangenen drei Jahrzehnten. Seit dem 17. Dezember 2009 herrscht eine fast durchgehende Dauerfrostperiode mit ungewöhnlich vielen Schneefällen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Winterdienstes waren seitdem an über 50 Tagen mit zum Teil zwei- bis dreifachen Einsätzen pro Tag im Einsatz. Die durchschnittliche Anzahl der Einsatztage bei einer kompletten mittleren Winterdienstperiode der vergangenen Jahre lag bei 35 Tagen. Ein Ende des Dauereinsatzes ist bislang nicht absehbar, sodass schon jetzt die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Amt für Straßen und Verkehr, Stadtgrün und der Entsorgung Nord die Grenzen der Belastungsfähigkeit erreicht.

Der Streugutverbrauch bei Salz und Sand liegt bereits zum jetzigen Zeitpunkt bei der drei- bis vierfachen Menge gegenüber einer kompletten normalen Wintersaison. Die Salzbeschaffung ist zurzeit sehr problematisch; die Vertragslieferanten haben ihre Lieferungen seit Ende Dezember 2009 wegen der bundesweiten Knappheit der Salzvorräte teils drastisch reduziert beziehungsweise vorübergehend ganz eingestellt.

Bedingt durch die Streugutknappheit konnten die Hauptverkehrsstraßen gemäß Winterstreudienstkatalog oft nur mit reduzierter Salzstreumenge beziehungsweise mit Sand gestreut werden. Für Autobahnen und Bundesstraßen wurde der Winterdienst vorrangig mit Salz beliefert.

Darüber hinaus sind die Geräte für den Winterdienst durch die Minustemperaturen reparaturanfällig. Die Krankenquote ist durch die hohe Bean-

spruchung und durch witterungsbedingte Arbeitsunfälle sehr stark angestiegen.

Zu Frage 2: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Stadtgrün, der Entsorgung Nord und dem Amt für Straßen und Verkehr waren extrem belastet und sind bis an die Grenzen ihrer Einsatzfähigkeit gegangen. Der öffentliche Nahverkehr konnte aufrechterhalten werden, die Hauptverkehrsadern waren durchgängig befahrbar. So ist es trotz der extremen Bedingungen gelungen, die Beeinträchtigungen des öffentlichen Lebens zu begrenzen.

Die Witterung mit teils heftigen Schneefällen und kurzen Tauperioden mit anschließendem Frost haben dazu geführt, dass sich verstärkt Eisschichten auf Nebenfahrbahnen, Fuß- und Radwegen gebildet haben. Nachdem sich die Situation auf den Hauptverkehrsstraßen mit Beginn der sechsten Kalenderwoche vorübergehend entspannt hatte, hat der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa die Entsorgung Nord gebeten, verstärkt Radwege und wichtige Fußgängerwege im öffentlichen Raum wie Straßenquerungen und den Zugang zu Haltestellen des ÖPNV zu räumen. Dieser Bitte ist die ENO mit der zeitlich befristeten Einstellung von zusätzlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachgegangen, was zu einer deutlichen Verbesserung der Situation geführt hat. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Herr Senator, können Sie sagen, wie viele Mitarbeiter in den verschiedenen Ämtern, die daran beteiligt waren, insgesamt mit dem Winterdienst beschäftigt waren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das sind keine Ämter. Die Entsorgung Nord ist ein Privatunternehmen, Stadtgrün ist ein Eigenbetrieb, und das ASV ist ein Amt.

(Abg. Focke [CDU]: Ja super!
Ganz klasse! - Heiterkeit)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Das beantwortet aber meine Frage nicht. Ich habe Sie gefragt: Wissen Sie, wie viele Mitarbeiter in den Winterdiensten in dieser Art beschäftigt worden sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich hatte nur die Antwort gegeben, weil Sie von den Ämtern sprachen, und ich wies darauf hin, dass von diesen dreien nur eines ein Amt ist. Wie viele Mitarbeiter es waren, kann ich jetzt aus dem Stand nicht sagen. Wir hatten hier eine zentrale Anrufstelle eingerichtet, wo alles an Bürgerwünschen und Bürgerbegehren aufgelaufen ist. Es war sehr hilfreich, und ich kann nur sagen, dass zwischen den drei, ASV, ENO und Stadtgrün, eine ganz enge Koordination stattgefunden hat. Das kann ich sagen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Können Sie sagen, wie viele Überstunden dort angefallen sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Die Anzahl der Überstunden habe ich jetzt nicht da. Ich habe Ihnen aber in der Antwort vorgelesen, wie die Arbeitsbelastung ist, und ich war selbst beim ASV und habe die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ENO und Stadtgrün auch da gehabt, und es sind wirklich gewaltige Überstunden, die sich da aufgetürmt haben. Die zu quantifizieren dürfte, wenn die ganze Sache abgeschlossen ist, ein Leichtes sein, dann werde ich Ihnen das gern in der zuständigen Deputation genauer mitteilen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Noch eine Nachfrage, Herr Senator! Wie bewerten Sie denn die Tatsache, dass sich Bürgermeister Böhrnsen in die Debatte eingeschaltet hat und erhebliche Mängel in der Bearbeitung festgestellt hat?

(Abg. Brumma [SPD]: Besser als der CDU-Bürgerschaftspräsident!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich fand, das war jetzt nicht so bemerkenswert, sagen wir es einmal so. Sie wissen, in unserer befreundeten Hansestadt Hamburg, musste sogar der der CDU angehörende Bürgerschaftspräsident wegen dieser Winterdienstgeschichte zurücktreten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das war bei uns in Bremen nicht erforderlich, Gott sei Dank möchte ich sagen, Herr Präsident!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Herr Senator, hätten Sie es nicht vielleicht besser gefunden, wenn der Bürgermeister sich zuerst an Sie gewandt hätte und nicht erst über die Presse gegangen wäre?

(Widerspruch bei der SPD)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Wir sprechen viel in der Frühstücksrunde, und über die Gespräche in der Frühstücksrunde herrscht absolutes Stillschweigen, wie Sie wissen. Da haben wir das besprochen, und insofern ist das jetzt erledigt.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Dann können Sie nicht bestätigen, dass in der Frühstücksrunde die Fetzen geflogen sind?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das kann ich auch nicht bestätigen. Das ist wirklich nicht wahr!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Focke!

Abg. **Focke** (CDU): Ist im Senat über die Winterdienste vorher berichtet worden oder ständig informiert worden?

(Abg. Pohlmann [SPD]: Stündlich!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Nein, man redet über die Dinge. Es gibt eine klare Verantwortlichkeit, und die Verantwortung liegt beim Verkehrssenator. Der Verkehrssenator hat dafür zu sorgen, dass es funktioniert, und wenn es nicht funktioniert, muss er dafür Kritik einstecken, wenn es funktioniert, darf er keinen Dank erwarten, aber erhoffen. So ist also die Arbeitsteilung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. **Focke** (CDU): Dann habe ich noch eine letzte Frage. Herr Senator, glauben Sie denn, dass das - -.

Präsident Weber: Herr Kollege Focke, ich frage Sie jetzt, ob Sie noch eine Frage haben. Dann können Sie diese Frage stellen, Das Kommando habe ich hier oben noch!

Abg. **Focke** (CDU): Ja, Herr Präsident, ich habe noch eine Frage. Können Sie mir vielleicht die Frage beantworten, Herr Senator, ob Sie denn meinen, dass Sie alles richtig gemacht haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Grundsätzlich ist es in vielen Bereichen im Leben so, dass man immer besser werden kann und muss und so weiter. Ich aber finde, auch verglichen mit anderen Städten und vor dem Hintergrund dessen, was ich beurteilen kann - ich war vorher auch nicht der Winterdienstexperte, traue mir aber mittlerweile zu, es zu sein -, dass wir das gut und ordentlich gemacht haben, was Verbesserungsmöglichkeiten nicht ausschließt, weshalb wir, wenn der Winter einmal vorbei ist, was hoffentlich bald der Fall ist, alle zusammen kommen werden und beratschlagen, was wir aus diesen schneereichen Monaten lernen können.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Hamann!

Abg. **Hamann** (SPD): Herr Senator, es gab in dieser Zeit ein oder zwei Pressemitteilungen, dass Leute gefordert haben, man möge eine nationale Winterstreusalzreserve einführen, um für solche - wie Sie richtig gesagt haben - alle Jahrzehnte auftretenden Schwierigkeiten gerüstet zu sein. Was halten Sie von so einem Plan, dass wir jetzt tonnenweise Salz für ein seltenes Ereignis einlagern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Es war ein Vorschlag der FDP,

(Abg. Hamann [SPD]: Interessant!)

die ansonsten nicht gerade als Freundin von allzu großer staatlicher Planung gilt, doch, wie wir seit wenigen Wochen wissen oder seit wenigen Tagen, um genau zu sein, für populistische Forderungen recht anfällig ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

So bewerte ich das. Ich selbst glaube, dass es unsere Aufgabe ist als Kommunen, das gut zu machen. Allerdings habe ich auch Kritik, das

muss ich schon sagen. Die Unternehmen, die Salz liefern, müssen ihre Verträge einhalten. Es kann nicht sein, dass der Bürger darunter leidet, dass die Unternehmen ihre Zusagen, die sie vertraglich gemacht haben, nicht einhalten. Das ist schon ein Problem. Insofern sehe ich die Verantwortung bei den Unternehmen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Rupp!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Herr Senator, kann ich davon ausgehen, dass wir als Bürgerschaft im Laufe des Jahres eine objektivierte Zusammenfassung der Unzulänglichkeiten, Probleme oder auch, wie man neudeutsch sagt, der Herausforderungen bekommen und vielleicht auch ein Konzept, wie man sich auf diese ungewöhnlichen Dinge einstellen muss, weil wir jetzt nicht die Chance haben, dass wir die nächsten fünf Jahre sanfte Winter haben, sondern wir wissen unglücklicherweise nicht, wie die Winter werden, können aber auch nicht für arktische Verhältnisse vorsorgen? Meine Frage ist eigentlich, ob beabsichtigt ist, der Bürgerschaft einmal eine objektivierte Form dieser Probleme darzustellen und auch, wie man jetzt darauf reagiert, damit man dann möglicherweise auch Maßnahmen beschließen kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich hatte ja gesagt, dass wir - wenn der Winter vorbei ist, was hoffentlich bald der Fall sein wird -

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das beschließen wir gleich!)

uns dann noch einmal zusammensetzen, ENO, ASV, Stadtgrün, Behörde, aber auch die Privaten. Man muss sagen, die Privaten haben auch eine ganz klare Verantwortung, der auch nicht immer und überall nachgekommen wurde, das muss man leider so sagen. Deswegen setzen wir uns dann zusammen. Auch die Kaufmannschaft, ganz eindeutig, weil vor manchen Geschäften auch nicht alles in Ordnung war! Manchmal bin ich durch die Obernstraße gegangen und habe gedacht, Mensch! Wir werden uns dann zusammensetzen und eine Defizitanalyse machen, Handlungsempfehlungen geben. Dann wäre von mir aus der richtige Weg, in die Deputation für Bau und Verkehr zugehen. Wenn aber dieses Hohe Haus es wünscht, auch hier zu berichten, machen wir das selbstverständlich. Von uns aus würden wir, glaube ich, nur in die Deputation gehen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Garling!

Abg. Frau **Garling** (SPD): Ich möchte im Prinzip in eine ähnliche Richtung. Auch wenn hier diese Frage in der Fragestunde zu Heiterkeit führt, muss man doch feststellen, dass diese Kälteperiode zum einen dem Einzelhandel in der Stadt sehr geschadet hat

(Abg. Kau [CDU]: Wo ist die Frage?)

und zum anderen auch Menschen daran gehindert hat, sich überhaupt auf die Straße zu trauen, ältere, mobilitätseingeschränkte Menschen. Ich möchte eigentlich auch wissen - weil mir aufgefallen ist, dass insbesondere stark frequentierte Wegebeziehungen auch hier in der Stadt nicht ausreichend gestreut waren -, inwieweit Sie eigentlich, wahrscheinlich, wie Sie vorhin schon gesagt haben, in der Baudeputation, ein Konzept erstellen wollen, damit das im nächsten Jahr etwas reibungsloser funktioniert.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Mit Letzterem wäre ich nicht ganz einverstanden, weil ich glaube, dass wir relativ gut dastehen, wenn wir das mit anderen Städten vergleichen. Insofern sehe ich jetzt in Bremen keine besonders schlimme Situation, die besonderer Bearbeitung bedarf. Trotzdem würde ich sagen - das habe ich auch schon gesagt -, dass wir das auf jeden Fall noch einmal aufarbeiten und schauen, was wir besser machen können.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben vorhin angesprochen, dass durchaus auch im privaten Bereich vor den Häusern oder vor einzelnen Geschäften der Winterräumdienst suboptimal geleistet worden ist, und in der Tat - da stimme ich Frau Garling zu - ist das gerade für viele ältere Menschen ein Problem, die auf den Fußwegen zum Einkaufen gehen müssen. Insofern wäre meine Frage, inwieweit das wirklich kontrolliert wurde, ich glaube, das Stadtamt ist dafür zuständig. Inwieweit sind da Kontrollen erfolgt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Der Kollege Mäurer hat eben vorgemacht, wie man sich nicht in die Angelegenheiten anderer Ressorts einmischt, deswegen will ich ihm jetzt ungern hier Ratschläge geben, wie das Stadtamt sich zu verhalten hat. Richtig ist

aber, dass für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten das Stadtamt zuständig ist. Was wir als Behörde gemacht haben, worum wir uns bemüht haben, ist, immer wieder öffentlich dazu aufzurufen, dass wir alle auch vor unserer eigenen Haustür kehren müssen,

(Abg. Frau Busch [SPD]: So ist es!
Im wahrsten Sinne des Wortes!)

und wir haben darauf hingewiesen, dass wir alle auch eine Verpflichtung haben. Das war sozusagen eher der appellative Bereich. Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, was das Unterlassen des Kehrens ist, muss man ganz klar sagen, dazu kann ich jetzt keine gesicherten Aussagen treffen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage wurde inzwischen zurückgezogen.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf das **Polizeirevier Horn-Lehe**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hinners, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Planungen gibt es zur räumlichen Unterbringung von Polizei und Ortsamt in Horn-Lehe?

Zweitens: Wann ist mit der Realisierung der Maßnahmen zu rechnen?

Drittens: Ist beabsichtigt, das Polizeirevier Horn-Lehe zu einem so genannten Teilintegrationsrevier umzuwandeln und dabei personell zu verstärken?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Dienstgebäude für Polizeirevier und Ortsamt Horn-Lehe ist so stark sanierungsbedürftig, dass es immobilienwirtschaftlich betrachtet abgängig ist. Größere Reparaturen werden nicht mehr durchgeführt; dies führt bereits zu Einschränkungen im Dienstbetrieb.

Die zuständigen Ressorts und Immobilien Bremen prüfen derzeit mehrere Standortalternativen und werden voraussichtlich im März 2010 einen umsetzungsfähigen Vorschlag vorlegen.

Zu Frage 2: In Abhängigkeit von der Standortfestlegung und -entscheidung ist mit einem Jahr bis zwei Jahren Bau- beziehungsweise Herrichtungszeit zu rechnen.

Zu Frage 3: Das Polizeirevier Horn wird sich ab 1. April 2010 am Teilintegrationsprozess beteiligen. Die damit verbundene personelle Verstärkung beträgt acht Vollzeitkräfte. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Senator, seit wann ist die Lage bekannt, wonach das Revier sanierungsbedürftig ist? Seit wann ist die Baufälligkeit bekannt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich glaube, das ist noch auf die Zeit der Großen Koalition zurückzuführen. Bei meinem ersten Besuch waren die Bauschäden jedenfalls schon nicht mehr zu übersehen.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Senator, gleichwohl sind Sie erst jetzt, im März 2010, in der Lage, eine Bauplanung vorzulegen. Habe ich das richtig verstanden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Wir haben die Alternativen geprüft. Es sind insgesamt drei Alternativen durchgerechnet worden. Verbleibt man in der Berckstraße, oder mietet man das alte Postgebäude an? Die dritte Alternative ist die Errichtung eines Neubaus, in dem Polizeirevier und Ortsamt zusammen untergebracht werden. Ich tendiere dazu, dass wir uns in der Tat die neue Lösung anschauen. Alles andere ist auch mit enormen Kosten verbunden. Ich denke, deswegen sollten wir nach einem vernünftigen Vorlauf in der Deputation im April die Entscheidung treffen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Wie oder wo sind denn die Mitarbeiter jetzt untergebracht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: In der Berckstraße 10!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): In dem baufälligen Gebäude?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja! Ich bin dort gewesen, und es ist natürlich nicht besonders ansprechend, aber ich habe keine Alternative dazu.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Sie sagten, es soll eine Verstärkung durch acht Beamte durchgeführt werden, um den Teilintegrationsdienst durchführen zu können. Können Sie sagen, woher diese Beamten kommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ja, erst einmal ist es eine erfreuliche Botschaft, dass wir dieses Problem gelöst haben,

(Beifall bei der SPD)

was auf einer Fehlentscheidung der Vergangenheit beruht. Wir haben es in der Tat geschafft, zusätzliche Kräfte dort einzusetzen, und damit natürlich auch die Möglichkeit geschaffen, dass von dem Revier aus ein Streifenwagen den Einsatz fährt. Das ist allemal besser, als wenn man zu lange Anfahrtszeiten aus der Vahr in Kauf nimmt. Das ist das Positive, und wir haben es im Rahmen der Polizei so umgesteuert, dass diese Kräfte freigestellt werden. Dieser 110er-Prozess, das heißt, die Erreichbarkeit der Polizei, hat absolute Priorität, und dahinter müssen wir dann andere Aufgaben zurückstellen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Eine habe ich jetzt doch noch! Herr Senator, die zusätzliche Notwendigkeit, dort ein Teilintegrationsrevier einzurichten, liegt doch an der Zunahme der Bevölkerung dort durch die Baumaßnahmen und nicht daran, dass es in der Vergangenheit falsch gesteuert worden ist.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Nein, ich denke, es kommt natürlich beides zusammen. Die Entwicklung der Bevölkerung ist das eine, auf der anderen Seite ist aber auch zu sehen, dass der Weg aus der Vahr durchaus nicht unproblematisch ist. Ich denke deswegen, es ist eine vernünftige Kombination, dass der Rundumdienst von der Vahr aus gesteuert wird und im Bereich des Reviers ein Wagen zur Verfügung steht. Diese vernünftige Kombination trägt auch den Erwartungen der Beiräte Rechnung.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Ampelanlagen Senator-Apelt-Straße**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Imhoff, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Kam es nach Fertigstellung des betreffenden Bauabschnitts der A 281 zu einem Abbau von Ampelanlagen an der Senator-Apelt-Straße?

Zweitens: Sieht der Senat Möglichkeiten, dort vorhandene Ampelanlagen aufgrund des geringeren Verkehrsaufkommens abzuschalten und zu demontieren?

Drittens: Welche Kosten würde eine Demontage einer Ampelanlage im Vergleich zu den jährlichen Betriebskosten der dortigen Ampelanlagen verursachen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Nach der Fertigstellung und Inbetriebnahme der BAB A 281 hat sich die Verkehrsbelastung in der Senator-Apelt-Straße verringert. Dieser Rückgang rechtfertigt jedoch nicht einen Abbau der Lichtsignalanlagen, die weiterhin insbesondere dem Schutz von Radfahrern und Fußgängern dienen. Die vier vorhandenen Lichtsignalanlagen in der Senator-Apelt-Straße wurden mit neuen Steuerungsprogrammen ausgerüstet, die den neuen Verkehrsverhältnissen angepasst wurden.

Die Kosten der Demontage einer Lichtsignalanlage betragen circa 7 500 Euro. Die jährlichen Betriebskosten - Strom, Wartung, Störungsbeseiti-

gung - einer Anlage liegen bei circa 4 500 Euro. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Imhoff** (CDU): Herr Senator, können Sie sich denn Folgendes vorstellen? Man kann ja auch Ampeln schalten, die nur für Fußgänger da sind. Insofern könnte man sie vielleicht dementsprechend umstellen, wenn es Bedarf gibt, der dort an der Senator-Apelt-Straße bezüglich der vier Ampeln bestimmt nicht groß ist, dass, wenn ein Fußgänger kommt und die Taste an der Ampel betätigt, dass er auch hinüber kann.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Dafür ist wieder zu viel Verkehr. Die Anzahl der Fahrzeuge ist an Werktagen von 17 000 im Jahr 2003 auf heute werktags rund 7 000 Fahrzeuge zurückgegangen. Was wir jetzt schon machen, ist, dass wir die Lichtsignalanlagen an Wochenenden, am Samstag, am Sonntag, und an Feiertagen abschalten. Montags bis freitags werden alle Anlagen nachts ausgeschaltet. Die Anlagen Hempenweg und Wartumer Heerstraße werden bereits um 19 Uhr abgeschaltet, die Anlagen Niedervielander Straße und Neustädter Hafentor um 20 Uhr. Das, was Sie jetzt erbitten, ist zumindest teilweise schon realisiert, weil wir sie eben an Wochenenden und Feiertagen ganz und an Werktagen früh abschalten. Dass wir sie ganz weglassen können, ist aber - das habe ich gesagt - aus Gründen der Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger nicht angeraten. Das sagt die Verkehrsbehörde, und das scheint mir auch plausibel zu sein.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Führerscheinstelle**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Neumeyer!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum ist es für Bürger aus Bremen-Nord nicht möglich, einen Ersatzführerschein im Bürger-Service-Center Mitte zu beantragen?

Zweitens: Sieht der Senat eine Möglichkeit, die für Führerscheine zuständigen Stellen in Bremen und

Bremen-Nord jeweils für alle Bremerinnen und Bremer nutzbar zu machen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Aufgrund der historischen Entwicklung bestehen in der Stadtgemeinde Bremen zwei Führerscheinstellen, eine in Bremen-Mitte und eine in Bremen-Nord. Die beiden Führerscheinstellen verfügen über getrennte Datenbestände und können auf den Datenbestand der jeweils anderen Führerscheinstelle nicht zugreifen. Das Bürger-Service-Center Mitte kann deshalb für in Bremen-Nord erfasste Führerscheininhaber keine Ersatzführerscheine ausstellen.

Zu Frage 2: Spätestens mit der Eröffnung des Bürger-Service-Center Nord im Frühjahr 2011 wird die Zusammenlegung der Datenbestände erfolgen. Dann wird für Kunden aus allen Stadtteilen die Möglichkeit bestehen, bei beiden Führerscheinstellen beziehungsweise Service-Centern ihre Führerscheinangelegenheiten zu erledigen. Das Stadtamt prüft zudem, ob übergangsweise die Möglichkeit geschaffen werden kann, dass Anträge bei der gegenwärtig nicht zuständigen Dienststelle angenommen und dann an die zuständige Stelle weitergeleitet werden. Bei der nichtzuständigen Antragsstelle könnte dann auch gegebenenfalls das beantragte Dokument später abgeholt werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Keine Ausweitung des nächtlichen Flugverkehrs**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Forderung nach mehr nächtlichen Flügen vor dem Hintergrund des am 1. November 1994 im Zuge der Änderung der Genehmigung für den Verkehrsflughafen Bremen vom 23. Februar 1993 ergangenen Bescheids des Senators für Wirtschaft an den Flughafen, in dem eine Ausweitung des Nachtflugverkehrs über die täglich maximal sechs plan-

mäßigen Nachtflugbewegungen hinaus ausgeschlossen wurde?

Zweitens: Wie erklärt der Senat, dass trotz Kenntnis dieses Bescheides in der Prognose zur Umsetzung des neuen Fluglärmsgesetzes von durchschnittlich zehn Flugbewegungen in den sechs verkehrsreichsten Monaten ausgegangen wird?

Drittens: Wie lässt sich die Prognose für den Nachtflugbetrieb mit der geltenden Genehmigung vereinbaren?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Eine konkrete Forderung nach mehr nächtlichen Flügen am Flughafen Bremen wurde an den Senat nicht gerichtet. Eine durch den Geschäftsführer der Flughafen Bremen GmbH ins Gespräch gebrachte Veränderung der Nachtflugbeschränkungen bis zum Jahre 2020 wurde noch nicht näher spezifiziert.

Bei der Beurteilung des nächtlichen Luftverkehrs hat der Ausschluss von Gesundheitsgefahren oberste Priorität. Das Fluglärmsgesetz von 2007 sieht daher vor, dass im Zeitraum der sechs verkehrsreichsten Monate eines Jahres durchschnittlich nicht mehr als sechs Fluglärmereignisse pro Nacht den Einzelschallpegel von 57 dB im Innenraum überschreiten sollen. Diese gesetzlichen Vorgaben werden in der Umgebung des Flughafens Bremen eingehalten.

Die Genehmigung für den Verkehrsflughafen Bremen in der Fassung des 1994 ergangenen Bescheids beschränkt die Flugbetriebszeiten und nicht die nächtliche Verkehrsmenge von Flugbewegungen. Die derzeitigen Nachtflugbeschränkungen sind durch die Abwägung von Belangen der vom Fluglärm betroffenen Anwohner eines stadtnahen Flughafens einerseits und den Luftverkehrsbedürfnissen der Stadt und der Region andererseits entstanden.

Dem Senat sind derzeit keinerlei Gründe bekannt, die eine Ausweitung der nächtlichen Flugbetriebszeiten rechtfertigen würden.

Zu Frage 2: Der Prognose für das Jahr 2020 liegt eine verhältnismäßig große Steigerung der Nachtflugbewegungen zugrunde. Ausgehend vom Basisjahr 2008 wurde eine jährliche Zunahme der nächtlichen Flugbewegungen um 3,3 Prozent unterstellt. Es kann nicht als sicher gelten, dass die-

se Zahlen im Jahr 2020 auch tatsächlich erreicht werden.

Durch das Datenerfassungssystem, das zur Ermittlung des neuen Lärmschutzbereichs für den Flughafen Bremen erstellt wurde, wurden für den Zeitraum der sechs verkehrsreichsten Monate des Prognosejahres 2020 für den Nachtzeitraum westlich des Flughafens 4,17 Fluglärmereignisse pro Nacht und östlich des Flughafens durchschnittlich 6,07 Fluglärmereignisse pro Nacht ausgewiesen. Durch die prognostizierte marginale Überschreitung des zuvor erläuterten Einzelschallpegelkriteriums im Ostbereich des Flughafens kam es erst zu einer Ausweisung einer relativ großen Nacht-schutzzone mit den daraus ab Ende 2014 resultierenden Ansprüchen auf Aufwendungserstattung für bauliche Schallschutzmaßnahmen.

Diese Vorgehensweise steht nicht im Widerspruch zur Flughafengenehmigung. Sie sorgt vielmehr dafür, dass ein höheres Schutzniveau erreicht wird, als es nach der derzeit absehbaren Luftverkehrsentwicklung erforderlich wäre.

Zu Frage 3: Die prognostizierten Werte sind mit der Genehmigung vereinbar. Eine Ausweitung der gültigen Flugbetriebszeiten ist weder geplant noch erforderlich. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe es jetzt hoffentlich richtig verstanden: Sie sehen keinen Anlass für eine Ausweitung der nächtlichen Flugbetriebszeiten, und ihr Datenerfassungssystem gibt eine Prognose zwischen 4 und 6,07 Fluglärmereignissen pro Nacht für das Jahr 2020 ab? Ich möchte gleichwohl noch einmal nach der Anzahl der Ausnahmegenehmigungen fragen. Wir alle kennen zum Beispiel das Problem der Home Carrier. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Anzahl der Ausnahmegenehmigungen zu verringern, damit solche Zahlen dann auch wirklich eingehalten werden können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Erstens kann ich das bestätigen, so wie Sie es auch festgestellt haben. Das mit den Ausnahmegenehmigungen ist so eine Sache: Sie sind ja nicht planmäßig und kommen nicht Stunden vorher, sondern der bei uns zuständige Mitarbeiter wird in der Nacht kurzfristig angerufen, und dann muss er sie schnell erteilen. Im Übrigen: Wenn Sie einmal genau nachschauen

- ich weiß es jetzt nicht ganz genau, aber ungefähr -, zwei Drittel aller Ausnahmegenehmigungen beziehen sich auf den Zeitraum zwischen 22 Uhr und 22.30 Uhr. Da in diesem Zeitraum eigentlich sowieso leisere Flugzeuge landen dürfen, muss man, glaube ich, das tatsächliche Ausmaß der von uns erteilten Sondererlaubnisse relativieren, es ist nicht sehr groß.

Zu Ihrer Frage kann ich nicht einfach zusagen, dass wir Ihnen eine Statistik erstellen, dann muss der Mitarbeiter nachts immer einen Vermerk schreiben, der dann sowieso ein bisschen genervt ist, da er natürlich seinen Dienst dort tut. Die Zahl der abgelehnten nächtlichen Anflüge ist jedenfalls deutlich größer als die der Erlaubnisse. Wir werden uns bemühen, Ihnen dazu auch einige Daten zu ermitteln, aber es ist nicht ganz so einfach, um es so zu sagen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Bürgerservice- und Ordnungsdienst**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Hinners, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat den in der Stadt Bremerhaven eingerichteten Bürgerservice- und Ordnungsdienst, insbesondere hinsichtlich des Aufgabenspektrums und der Finanzierung?

Zweitens: Hält der Senat die Einführung eines solchen Dienstes auch in Bremen für sinnvoll?

Drittens: Wären die bestehenden rechtlichen Grundlagen hierfür ausreichend?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Mäurer.

Senator Mäurer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat hält die Einrichtung eines Bürgerservice- und Ordnungsdienstes in der Stadt Bremerhaven sowohl hinsichtlich des Aufgabenspektrums als auch der Finanzierung für ein bedenkenswertes Projekt. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass über die Anschubfinanzierung

mit Mitteln der EU die Arbeitgeberpersonalkosten nur für die Dauer eines Jahres gefördert werden. Im Anschluss daran trägt die Kommune die Personalkosten in vollem Umfang. Ein Ausgleich kann teilweise durch verhängte Geldbußen erfolgen.

Zu Frage 2: In Bremen ist bereits Mitte 2007 ein aus vier Personen bestehender kommunaler Ordnungsdienst eingerichtet worden, der die Sauberkeit des Stadtbildes überwacht. Er ist schwerpunktmäßig im Innenstadtbereich eingesetzt. Die Bediensteten sind in der täglichen Dienstausbildung den Verkehrsüberwachungskräften im Stadtamt zugeordnet.

Zu Frage 3: Die Bediensteten sind bei den Kommunen angestellt und nehmen die Befugnisse der jeweiligen Behörden wahr. Sie sind zudem als Hilfspolizeibeamte bestellt worden. Die rechtlichen Grundlagen für die Tätigkeit reichen aus. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Senator, Sie sagten, dass seit 2007 insgesamt vier Stellen für Bremen schon vorgesehen sind. Nun geht erstens das Aufgabenspektrum des Bürgerservice- und Ordnungsdienstes in Bremerhaven darüber hinaus, und zweitens wird dort besonders auf Arbeitslose über 50 Jahre abgestellt, die für diese Aufgaben gewonnen werden sollen. Von daher ist das schon eine etwas andere Aufgabe. Ich wiederhole deswegen meine Frage: Hält der Senat einen solchen Dienst auch in Bremen für sinnvoll, also einen weitergehenden als das, was jetzt gemacht wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich glaube, wir können nicht übersehen, dass es Probleme in zahlreichen Stadtteilen gibt. Das, was wir bisher organisiert haben, ist natürlich schwerpunktmäßig auf den Bereich der Innenstadt konzentriert. Ich denke, wir müssen dieses Thema annehmen. Wir sind da nicht allein, ich habe gesehen, dass auch in Hamburg Anstrengungen unternommen worden sind, nun Kräfte von der Zentralverwaltung auf die Ebene der Bezirksämter zu verlagern, um dort diese Probleme anzugehen.

Das Problem mit Müll und Unrat ist in der Tat auch in dieser Stadt vorhanden. Es gilt natürlich nicht für alle Stadtteile, aber Sie wissen von den Stadtteilen, über die ich spreche. Ich denke, dass wir da mehr machen müssen, als eigenes Perso-

nal dazuzugeben. Man kann in den Stadtteilen genau feststellen, wer dafür verantwortlich ist. Es sind ja nicht die Reihenhäuser, die uns Probleme bereiten, sondern es sind meistens große Siedlungen. Ganz entscheidend ist, wer diese Siedlungen verwaltet. Da gibt es positive Beispiele, wo ich keinen Müll antreffe, das ist bei der Gewoba, und es gibt andere, die wir verkauft haben, da liegt der Müll auf der Straße. Ich denke, dagegen müssen wir etwas tun.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Senator, sehen Sie die Gefahr, weil das in Bremerhaven auch diskutiert worden ist, dass bei der Einführung eines solchen Dienstes Einsparungen bei Polizeivollzugsbeamten vorgenommen werden könnten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Mäurer: Ich glaube, dass wir kaum Polizeivollzugsbeamte für diese Aufgaben einsetzen, deswegen denke ich, das, was Bremerhaven gemacht hat, unterstützen wir. Wir sehen natürlich auch, dass das Ganze mit finanziellen Mehrkosten verbunden ist, und die Förderung wird teilweise auslaufen. Wir müssen in Bremen deswegen noch einmal darüber nachdenken, wie wir ganz gezielt in bestimmten Stadtteilen mit Unterstützung der Beiräte vorgehen. Wir haben wunderbare Ansätze, wir haben Präventionsräte in einigen Bereichen, die sich diese Dinge anschauen, zum Beispiel ist Bremen-Nord dafür ein gutes Beispiel, wie man dieses Thema aufgreift. Ich denke, daran müssen wir arbeiten, und das geht nur ressortübergreifend.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Bevor ich nun den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich recht herzlich eine Gruppe vom Zentrum für Migranten und Interkulturelle Studien e. V. auf dem Besucherrang. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Lebenssituation der älteren Migrantinnen und Migranten in Bremen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/
Die Grünen und der SPD
vom 8. Dezember 2009
(Drucksache 17/520 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2010 (Drucksache 17/547 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Rosenkötter, dass Sie darauf verzichten wollen, sodass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohammadzadeh.

Abg. Frau **Dr. Mohammadzadeh** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als meine Fraktion gemeinsam mit der SPD im September 2009 die Große Anfrage zu Lebenssituationen der älteren Migrantinnen und Migranten in Bremen an den Senat stellte, war uns klar, dass die Beantwortung nicht leicht sein würde. Der Senat hat es sich nicht leicht gemacht. Er hat versucht, den in den Teilfragen angesprochenen Aspekten gerecht zu werden. Ich möchte der Verwaltung und insbesondere Herrn Krancke herzlich dafür danken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die gesellschaftliche Vielfalt nun auch endgültig unter den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern Einzug gehalten hat. 180 Herkunftsländer kennzeichnen die Buntheit dieses Bevölkerungssegments unserer Stadt, und das ist gut so! Einerseits ist es für eine Stadt, deren Geschichte den Bogen zwischen Buten und Binnen umspannt hat, normal, andererseits bringt es auch Probleme mit sich. Wenn wir nur an die finanziellen Aspekte denken, Sozialversicherung, Gesundheitsversicherung, allein das Problem der Pflege, all dies sind Sorgen,

die mit dem Gedanken an die ältere Bevölkerung einhergehen.

Wir wissen, dass diese Sorgen bei Menschen mit Migrationshintergrund besondere Dimensionen haben. Es wird aus der Senatsantwort deutlich, dass wir dennoch an dem Grundsatz des sozialen Gemeinwesens, der sozialen Stadt, festhalten. Unabhängig von Alter und Herkunft wollen wir auch diesen Menschen eine möglichst breite gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Wir stecken die Menschenwürde nicht in den Sparstrumpf!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Um dies zu verwirklichen, ist es notwendig, zielgruppenorientiert vorzugehen. 23 000 ältere Migrantinnen und Migranten, 15 000 sogenannte junge Alte, das ist unsere Zielgruppe. Die meisten von ihnen sind als junge, gesunde Menschen hierher gekommen. Sie kamen anfänglich mit der gleichen Vorstellung, mit der diese Gesellschaft sie auch empfing, dass sie irgendwann einmal zurückgehen würden. Das bedeutete, dass sie sich hier ihren Platz suchen, zugleich aber den Kontakt zu der alten Heimat aufrechterhalten mussten. Das war für viele von ihnen mit einem regelrechten Spagat verbunden, hat große psychosoziale Belastungen mit sich gebracht, die weder für sie bekannt waren, noch - zumindest in der Anfangszeit - von den Sozial- und Gesundheitssystemen überhaupt erkannt wurden.

50 Jahre hat es gedauert, bis unsere Gesellschaft den Weg vom Anwerberland über das Aufnahme-land zum Einwanderungsland Deutschland gegangen ist. 50 Jahre hat man diese Menschen gefragt: Wann geht ihr wieder? Erst vor kurzem hat diese Gesellschaft sich besonnen und Integration auf ihre Fahnen geschrieben. Jetzt fragt sie diese Menschen: Warum fühlt ihr euch nicht endlich als Deutsche zu Hause und seid immer noch halbe Italiener, halbe Griechen, halbe Türken und so weiter? Können Sie sich vorstellen, dass diese Migrantinnen und Migranten in diesem Land sich die Augen reiben und gar nicht wissen, wie ihnen geschieht? Eben noch sollten sie ständig auf gepackten Koffern sitzen, plötzlich sollen sie bessere Deutsche sein als die Einheimischen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade die Tausenden von Arbeitsmigranten, die mitgeholfen haben, Bremen zu der schönen, modernen, lebenswerten Stadt zu machen, die sie ist, sehnen sich nach Anerkennung dafür. Sie möchten, dass diese Stadt sich ihres Beitrages in allen diesen Jahrzehnten bewusst ist. Die wenigen verfügbaren Zahlen sagen uns, dass diese

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Bevölkerungsgruppe unter den Geringerverdienenden und Beziehern von Sozialleistungen eindeutig überpräsentiert sind. Nicht wenige sind von Armut bedroht, die Arbeitslosenstatistik hat nur Aussagen für Ausländer, 22,9 Prozent sind davon betroffen. Die Zahl für Migranten, auch ältere Migranten darunter, wenn sie nicht genannt werden kann, ist also noch höher. Damit können wir von einem hohen Armutsrisiko ausgehen und auch von einem hohen Krankheitsrisiko im Alter wegen der eher gesundheitsschädigenden Arbeit.

Der Mangel an migrationssensibler Datenerhebung, der sich aus der Senatsantwort ergibt, erschwert eine angemessene Planung und Qualitätskontrolle der Versorgung. Sorgfältige Planung und Qualitätssicherung ist aber auch in diesem Bereich lebenswichtig, sonst werden wertvolle Ressourcen vergeudet. Dabei gibt es hier bei uns durchaus gute Ansätze, gute Projekte, die diese Mängel überwinden wollen. Hier sehe ich nach wie vor einen großen Handlungsbedarf.

Nun zu den vorhandenen Angeboten für Ältere: Wie werden sie denn von Migrantinnen und Migranten genutzt? Auch ohne punktgenaue Erhebung kommt der Senat zu dem Schluss, dass die Nutzung im Vergleich weit unter dem Durchschnitt zur allgemeinen Bevölkerung liegt. Das liegt aber vielleicht nicht nur an fehlender Information. Dies mag ja besser geworden sein als früher, wenn auch das Papier dazu keine Angaben macht. Auch das Personal in den Einrichtungen ist sicherlich guten Willens. Könnte es vielleicht daran liegen, dass ältere Migrantinnen und Migranten kaum Mitgestaltungsmöglichkeiten haben? Dass in der Seniorenvertretung keine Migranten sitzen, bereitet mir Sorge. Auch beim Portal des Seniorenlotsen findet sich keine Mitgestaltung der Migranten, ebenso wenig bei den Freiwilligen des Seniorenbüros und des Forums älterer Menschen. All dies ist bedenklich.

Gestatten Sie mir die Frage, ob es wirklich ausreicht, dass Vertretungsstrukturen grundsätzlich offen für Migrantinnen und Migranten sind! Kann man bei solcher Zurückhaltung von Integrationschancen sprechen? Müssen nicht Zielgruppen wie diese abgeholt werden, wenn man tatsächlich an ihrer Partizipation interessiert ist? Ich denke, hier müssen wir weiterdiskutieren. Ähnliches gilt für die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen und Organisationen der Migranten selbst. Dass die Situationsbeschreibung zu diesem Punkt überhaupt nichts hergibt, muss bedenklich stimmen. Etwas mehr Dialog als die Ansage, eine umfassende Erhebung liegt zu den Angaben zum Beispiel der religiösen Einrichtungen nicht vor, hatten wir uns erhofft. Vielleicht muss man nicht gleich eine Großerhebung in Angriff nehmen, es würde ja

schon nützen, wenn man sich einmal mit den Moscheen, mit Kulturvereinen, mit Migrantenorganisationen zusammensetzt und redet.

Was es anderswo längst gibt, kann Bremen auch: Begegnungsstätten unter Selbstverwaltung der Migranten, Räume für Ältere im Wohnviertel, niedrigschwellige Möglichkeiten, interkulturelle Begegnungen auch im Alter, aber auch Angebote zu Begegnungen zwischen den Generationen und insbesondere Kooperation mit den Einrichtungen, die in den Migrantengruppen verankert sind.

Gerade an solchen Punkten erweist sich eine gewisse Hartherzigkeit auf Behördenseite. Meine Damen und Herren, wir sind in der interkulturellen Diskussion schon weiter, als hier der Stand der Dinge ist. Hilfe zur Selbsthilfe ist auch bei den älteren Migrantinnen und Migranten ein gutes Prinzip. Kaum eine Migrantengruppe hat soviel nutzbare, aber brachliegende Erfahrung in dieser Gesellschaft. Es kann nicht richtig sein, dass wir zulassen, dass diese Erfahrungen den Älterwerdenden ungenutzt entgegenschlummern. Hilfe zur Selbsthilfe funktioniert aber auch nur, wenn wir Möglichkeiten zur Selbstorganisation herstellen. Darum möchte ich Sie und uns alle bitten! - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krümpfer.

Abg. Frau **Krümpfer** (SPD)*): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wie in unserer Anfrage beschrieben, rückt die zunehmende Anzahl der älteren Menschen mit Migrationshintergrund auch mehr in den Blickpunkt der Sozial-, Kultur- und Gesundheitspolitik. Im Land Bremen leben zurzeit circa 80 000 Menschen mit einem Migrationshintergrund. Wir sprechen hier, bezogen auf die älteren Menschen, von einer Größenordnung von circa 22 000 ab dem 25. Lebensjahr, die zum größten Teil eine Migrationsgeschichte aus der Türkei haben, darauf folgen die Herkunftsländer Polen und die ehemalige Sowjetunion, gefolgt von vielen anderen Ländern.

Die Mitteilung des Senats deutet darauf hin, dass die Migrantinnen und Migranten häufiger von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind. Da es sich bei den älteren Migrantinnen und Migranten überwiegend um Arbeitsmigrantinnen und -migranten

* Von der Rednerin nicht überprüft.

handelt, die körperlich schweren Arbeitsbelastungen ausgesetzt waren, sind die physischen Folgeerscheinungen größer als bei der deutschen Bevölkerung. Daraus entstehen erhöhte Bedarfe im Rahmen der Unterstützung und Versorgung. Gleichzeitig sind die finanziellen Mittel der Migrantinnen und Migranten geringer. Sprachliche sowie kulturelle Hindernisse erschweren den Zugang zu den verschiedenen Unterstützungsangeboten. Die Nutzung von Versorgungs- und Unterstützungsangeboten wird von der Migrationsbevölkerung noch nicht umfänglich genutzt. Dies wird aber von den Anbietern immer mehr in den Fokus genommen.

Einige besondere Selbsthilfe- und Gruppenangebote liegen quartiersorientiert in Bremen Nord und im Bremer Westen, in Gröpelingen, wie das der Bremer Heimstiftung in der Alten Feuerwache. Hier finden die Bedarfe der älteren Migrantinnen und Migranten in Teilen besondere Berücksichtigung. Auch kleinere Hilfsangebote wie die Begleitung bei Behördengängen, Fragen zur Pflege und zu weiteren Hilfen wirken unterstützend, wenn die Möglichkeiten muttersprachlicher Personen genutzt werden können.

In der häuslichen Versorgung bieten die Dienstleistungszentren in den Stadtteilen ihre Versorgungsnetze an. Einige ambulante Dienste haben sich in der Hauspflege auf die Migrationsbevölkerung aus den osteuropäischen Staaten spezialisiert und sind mit dem Einsatz von muttersprachlichem Personal den Bedarfen der älteren Menschen entgegengekommen. In der teilstationären und stationären Pflege ist die Bevölkerungsgruppe unterrepräsentiert. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass auch häufig familiäre Lösungen gesucht und gewählt werden.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Ja, das ist doch viel schöner!)

Wir können aber auch davon ausgehen - so ist der Mitteilung des Senats zu entnehmen -, dass zurzeit die Pflegeangebote wie präventive Hilfen zu weniger als zwei Prozent von der Migrationsbevölkerung in Anspruch genommen werden. Es lässt sich auch heute schon erkennen, dass die Pflegebereitschaft aus der Familie heraus ebenso nachlässt wie bei der deutschen Bevölkerung auch, denn bei den nachfolgenden Generationen verändern sich die sozialen Normen, und es entstehen andere Lebensentwürfe.

Die gesundheitliche Lage und Versorgung älterer Migrantinnen und Migranten sind im Altenplan der Stadtgemeinde Bremen hinreichend beschrieben. Wir begrüßen es sehr, dass hier ein Schwerpunkt auf kultursensibler Gesundheitsvorsorge liegt. Die

Ziele, die verfolgt werden, sind: Die Unterschiedlichkeiten im Pflegealltag wie die Sensibilität gegenüber unterschiedlichen Tabus und Schamgrenzen, aber auch Höflichkeitsregeln und Formen der Schmerzäußerung zu berücksichtigen. Das Referat Migration und Gesundheit verfolgt kontinuierlich in stadtweiten Erhebungen die gesundheitliche Versorgung älterer Migrantinnen und Migranten und entwickelt zielgerichtete Schritte zur besseren Integration.

Die Arbeit im Gesundheitstreffpunkt West zeigt ein besonderes Beispiel, wie die kontinuierlich vernetzte Arbeit mit dem dortigen Arbeitskreis „Älter werden im Bremer Westen“ sich mit Trägern und Einrichtungen den Fragen und Problemen stellt und vor allem gemeinsam nach Lösungen sucht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der demografische Wandel wird sich in den nächsten Jahren bei der Migrationsbevölkerung auch entscheidend verändern, sodass alle Anbieter, die daran beteiligt sind, sich dem Konzept der kulturellen Öffnung der Altenhilfe widmen müssen. Das heißt, Maßnahmen in der Altenhilfe müssen stärker interkulturell ausgerichtet sein, um den Folgen auch materieller Armut entgegenzuwirken. Die kulturellen Angebote in den Stadtbibliotheken und der VHS werden von der älteren Migrationsbevölkerung auch altersgemischt wahrgenommen, vielfach im Rahmen von Sprachkursen, wobei diese auch gleichzeitig der Vorbereitung von Einbürgerungstests dienen.

Weitere niedrigschwellige Angebote finden in enger Kooperation mit Migrationsorganisationen statt. Die Kulturvereine organisieren Aktivitäten im Rahmen des Kulturprogramms für Emigrantinnen und Emigranten, die vielfach von der ersten Generation der Migrationsbevölkerung genutzt werden. Sie haben eine große Bedeutung im Hinblick auf ihre kulturelle Identität und fördern die sozialen Kontakte. Die Bürgerhäuser in den Stadtteilen mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Migrationsbevölkerung bieten verschiedene kulturelle Begegnungen wie türkische Frauenfeste, Chor- und Musikangebote, Gesprächskreise und vieles mehr. Wir als SPD begrüßen diese Form der Beteiligung und fordern daher weitere Anstrengungen für die kultursensible Eigenarbeit.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Nun gehe ich noch einmal auf die Wohnquartiere ein. Uns allen ist bekannt, dass ein erhöhter Anteil unserer Migrationsbevölkerung nicht in den eher privilegierteren Stadtteilen lebt, sondern in den

Stadtteilen und Quartieren, in denen die Mieten gering sind und die Wohnqualität so ist, dass die Modernisierung und Instandhaltung häufig vernachlässigt wird.

(Abg. Strohmann [CDU]: Da, wo Sie wohnen, oder was?)

Auch die Außenanlagen zeigen zum Teil Anzeichen von Verwahrlosung. Die gute Beteiligung vieler Menschen im Rahmen der Quartiersentwicklung mit den finanziellen Mitteln wie WiN und Soziale Stadt zeigte viele sehr gute Beispiele. Es müssen jedoch die Wohnungsbaugesellschaften - damit meine ich insbesondere die sogenannten Heuschrecken - noch mehr öffentlich aufgefordert werden, sich an dem Sanierungstau zu beteiligen, um dort ein barrierefreies Wohnen zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/ Die Grünen und bei der LINKEN)

Ein besonders gutes Beispiel zeigt die Entwicklung in Tenever. In Seniorenvertretungen sind die Migrantinnen und Migranten noch sehr unterrepräsentiert. Hier wäre eine größere Beteiligung aus meiner Sicht wünschenswert. Dies wird sich hoffentlich in den nächsten Jahren verändern, wenn ältere Migrantinnen und Migranten, die sich bereits jetzt in Arbeitnehmervertretungen engagieren und diese Form von Beteiligung auch gelebt haben, mit ihrer Erfahrung in der Seniorenvertretung mitarbeiten werden.

Der Senat hat seine Handlungsfelder bezüglich der wachsenden Zahl der älteren Migrationsbevölkerung beschrieben. Wir werden die weiteren Entwicklungen mit großem Interesse verfolgen beziehungsweise da, wo es notwendig ist, auch entsprechend intervenieren. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/ Die Grünen und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen heute speziell die älteren Menschen mit Migrationshintergrund in den Blick nehmen. Für diese Menschen gab es keine Integrationskonzepte, als sie nach Bremen kamen, denn zu lange war in der Bundesrepublik kein Konsens darüber zu erzielen,

ob wir uns als Einwanderungsland verstehen oder nicht. Denen, die es dennoch geschafft haben, sich zu integrieren, müssen wir Anerkennung zollen. Ich will dies von dieser Stelle auch gern tun.

(Beifall bei der CDU)

Die Zuwanderung wurde damals als vorübergehender Zustand betrachtet, der sich von selbst erledigen werde, wenn die Zuwanderer wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Insbesondere die sogenannten Gastarbeiter kamen auf Bitten Deutschlands zu uns und hatten ursprünglich wirklich die Absicht, in ihre jeweiligen Herkunftsländer zurückzukehren. Die Entwicklung nahm jedoch einen anderen Verlauf. Vielfach mehr zufällig als geplant haben diese Menschen hier Wurzeln geschlagen. Sie haben ihre Kinder in die Schulen und in Ausbildungen geschickt. Die zweiten und dritten Generationen sind bereits hier in Bremen geboren. Die älteren Zuwanderer blieben hier bei ihrer Familie. War früher ihr Ziel, nach der aktiven beruflichen Schaffensphase in die alte Heimat zurückzukehren und dort den Lebensabend zu genießen, sieht die Wirklichkeit eben heute vielfach anders aus.

Nach der aktiven Berufsphase schätzen ältere Migrantinnen und Migranten in ihrer neuen Heimat verstärkt die Sozial- und Gesundheitssysteme. Während des Berufslebens gewachsene Bindungen und Gewohnheiten wollen nicht aufgegeben werden,

(Abg. Dr. Buhler [FDP]: Sollen sie auch nicht!)

zumal man in der alten Heimat doch fremd geworden ist und Kinder und Enkelkinder in Deutschland arbeiten und leben. Ein Doppelleben lässt die finanzielle Situation der älter gewordenen Migrantinnen und Migranten oftmals nicht zu, da viele der ehemaligen Gastarbeiter in den Unternehmen oft körperlich schwere Arbeiten verrichtet haben. Vielfach sind sie durch gesundheitliche Einschränkungen früher in Rente gegangen oder haben Arbeiten im Niedriglohnbereich verrichtet mit der Folge, dass sie dementsprechend geringere Renten beziehen als die deutschen Alten. So bleiben sie in Deutschland und richten sich hier auf das Älter- und Altwerden ein.

Die altersbedingten Schwierigkeiten belasten sowohl deutsche als auch ausländische älter werdende Menschen. Beispielhaft sei hier die veränderte oder zu verändernde Wohnsituation erwähnt: Der Eintritt von Pflegebedürftigkeit oder der eingeschränkte Zugang zu kulturellen Einrichtungen aufgrund nachlassender Mobilität ist dann für die Migrantinnen und Migranten besonders schwierig. Vielfach gibt es auch Hemmnisse durch

*) Vom Redner nicht überprüft.

Sprachbarrieren, kulturelle oder religiöse Traditionen sind unterschiedlich, es bestehen Ängste, die es schwer machen, sich aus dem sicheren familiären Wohnumfeld zu lösen und alternative Lebens- und Wohnformen zu suchen.

Wir müssen uns in Bremen auf diese Situation einstellen und spezielle Konzepte für die älteren und alten Mitbürger mit Migrationshintergrund entwickeln. Dies betrifft uns als Großstadt in einem besonderen Maß, denn allein schon durch die Werftengeschichte Bremens, aber auch durch die industriellen Großbetriebe sind viele Zuwanderinnen und Zuwanderer zu uns gekommen.

Aktuell zielen viele notwendige Aktivitäten insbesondere auf junge Menschen mit Migrationshintergrund, das ist auch gut so. Wir dürfen aber darüber hinaus den Fokus nicht verlieren, auf die alten Menschen zu schauen. Wir dürfen in Zukunft nicht die älteren Menschen mit Migrationshintergrund vergessen, die an Bildungsmaßnahmen damals nicht teilnehmen konnten, deren Integrationsdefizite vor allem bei der Sprache liegen und mit den heutigen Integrationsmitteln, die auf die junge Generation zugeschnitten sind, nicht zu verbessern sind.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns auch in Bremen der Herausforderung stellen, die Integration und gesellschaftliche Teilhabe unserer älteren Migrantinnen und Migranten sicherzustellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen unsere Seniorenpolitik für die Gruppe der Migranten anpassen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir müssen dies mehr und mehr als Querschnittsaufgabe verstehen. Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage zur Lebenssituation der älteren Migrantinnen und Migranten in Bremen ist ein solcher Ansatz, wobei uns in weiten Teilen ein wenig der Mut fehlt und die konkreten Maßnahmen noch sehr gering sind. Man ist am Anfang statt schon mittendrin. Meine geschätzte Kollegin Frau Dr. Mohammadzadeh hat von Halbherzigkeit gesprochen, ich denke, wir können an der Stelle noch zulegen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schon bei der Lektüre wird klar, dass es bundesweit an Datenmaterial fehlt. Ich glaube, es braucht eine ganze Menge Anstrengungen, das notwendige Datenmaterial für Migrantinnen und Migranten

zusammenzustellen. Es ist ganz wichtig, dass wir uns über die Fakten und auch über die Bevölkerungszahlen im Klaren sind. Nach der Mikrozensuserfassung aus dem Jahr 2007 kann man einschätzen, dass im Land Bremen nicht 80 000 Migrantinnen und Migranten leben, sondern rund 170 000 Menschen mit Migrationshintergrund, Frau Kollegin Krümpfer. Darunter sind 85 000 mit deutscher Staatsbürgerschaft und 86 000 Ausländerinnen und Ausländer. Von diesen etwa 170 000 Menschen im ganzen Lande Bremen sind rund 16 000 in der Altersgruppe von 55 bis 65 Jahre und 15 000 über 65 Jahre alt. Das sind zusammengenommen rund 20 Prozent, die Tendenz ist steigend.

Insgesamt wurden zum Beispiel - so gibt es die Senatsantwort wieder - am 31. Dezember 2008 im Einwohnermelderegister der Stadtgemeinde Bremen, das kann man daraus entnehmen, 26 628 Migrantinnen und Migranten in der Gruppe der 55-Jährigen und älter verzeichnet. Der größte Anteil ist der der Türkischstämmigen mit 21 Prozent, gefolgt von Polen mit circa 19 Prozent und der ehemaligen Sowjetunion mit 11,5 Prozent. Die türkischsprachige Bevölkerung ist also die größte und zugleich am längsten hier lebende Gruppe. Sie ist seit Jahrzehnten präsent und hat in ihrem alltagsbezogenen Versorgungsbereich zum Teil ein eigenes Netz aufgebaut, dessen Existenz Bemühungen um Integration und das gesamtstädtische Leben aus Sicht dieser Gruppe nachrangig macht. Der Normalalltag lässt sich durchaus bewältigen, zum Teil sogar ohne Basissprachkenntnisse des Gastlandes. Kommen aber besondere Risikolagen hinzu wie zum Beispiel der akute Pflegebedarf, reicht das informell geknüpft Netz in vielen Fällen eben nicht mehr aus.

Die Aufgabe, hier den Senioren gerecht zu werden, ist sehr komplex, wenn man bedenkt, dass es nicht den typischen Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Die kulturelle Vielfalt kennzeichnet diesen Prozess, und Zahlen bilden diese Vielfalt der Kulturen, der Lebensentwürfe, der Bildungsgrade oder kurzum das, was den Einzelnen ausmacht, eben nicht ab. Dennoch sind wir davon überzeugt, wir brauchen ausreichend Transparenz über die Ausgangssituation. Das heißt, wir brauchen eine belastbare Zahlen- und Faktenlage. Sicherlich sind manche Bedarfslagen von Senioren mit Migrationshintergrund so spezifisch, dass neue Angebote geschaffen werden müssen, denn die Frage ist immer: Tun wir auch genügend und ausreichend?

Ältere Migrantinnen und Migranten, die aus der kulturellen Tradition wenig oder gar keine Deutschkenntnisse aufweisen, haben bei der Beschaffung von Hilfe eine hohe Schwelle zu über-

winden. Viele schaffen diese Überwindung sicher nicht. Sozialwissenschaftler erwarten künftig eine nachlassende familiäre Pflegebereitschaft. Maßnahmen der Altenhilfe müssen daher künftig stärker interkulturell ausgerichtet sein, auch um den Folgen materieller Armut begegnen zu können.

Wir erwarten bei der teilstationären Pflege einen Zuwachs. Die Inanspruchnahme aus der Migrationsbevölkerung liegt bei derzeit nur rund zwei Prozent der dort versorgten Menschen. Bei zunehmendem Alter auch in der Migrationsbevölkerung ist hier eine echte Steigerung des Betreuungsbedarfs zu erwarten, da insbesondere auch Demenzerkrankungen in der Häufigkeit deutlich parallel zur Alterung zunehmen. Wir haben in etwa 6 700 Bewohner in den Einrichtungen der stationären Versorgung. Circa 150 Migrantinnen und Migranten sind darunter, also etwas mehr als zwei Prozent. Einzelne Heime und Altenwohnanlagen wenden sich derzeit schon gezielt Migrantinnen und Migranten zu.

Das ist ein echter Trend, den der Senat erkennen muss. Wir erwarten an dieser Stelle mehr und dass wir aufgrund des Datenmaterials, das wir derzeit als zu gering einschätzen, zu einer aktiven Politik des Senats kommen müssen. Ich finde es nicht ausreichend, wenn wir einfach nur abwarten, dass Migrantinnen und Migranten im Zuge von Beiträgen in der Seniorenvertretung oder in anderen Gremien von selbst an der Gesellschaft teilnehmen. Ich finde, hier muss der Senat Signale setzen.

Diese Antwort des Senats ist ein erster Auftakt, und wir sollten sicherlich weiterdiskutieren. Wir werden aber den Senat daran messen, ob er seine Hausaufgaben in dem Bereich macht, denn Migrantinnen und Migranten werden zunehmend älter, und die Zahl der Migrantinnen und Migranten im hohen Alter in Bremen nimmt zu. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Cakici.

Abg. Frau **Cakici** (DIE LINKE)¹⁾: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über die Lebenssituation der älteren Migrantinnen und Migranten in Bremen. Ich dachte auch, dass Bremerhaven berücksichtigt wird. Mir ist aufgefallen, dass in der Konzeption zur Integration von Zuwandererinnen und Zuwan-

derern im Land Bremen von 2007 bis 2011 für Bremerhaven in Bezug auf ältere Migrantinnen und Migranten nur ein einziger Satz steht. Dieser lautet: „Verbesserung des Angebotes für ältere Menschen mit Migrationshintergrund durch gezielte Information und Beratung“. Ich muss sagen, das ist ganz schön happig, das ist bei Weitem nicht ausreichend.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Bartels hat gerade die Zahlen korrigiert: 170 000 Migrantinnen und Migranten leben im Lande Bremen. Wie gerade schon gesagt wurde, beträgt der Anteil älterer über 20 Prozent, das ist eine recht große Zahl, die man wirklich berücksichtigen sollte. Ich möchte noch einmal besonders auf die Pflege von Migrantinnen und Migranten eingehen. Aufgrund der Arbeitsimmigration vieler Migranten der älteren Generation und der Leistung von belastenden Arbeiten in dieser Altersgruppe ist es so, dass diese Menschen tendenziell früher pflegebedürftig sind als ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund, was vorhin auch schon gesagt wurde. Diese strukturelle Schlechterstellung von Migrantinnen und Migranten im Erwerbsleben, insbesondere der sogenannten Gastarbeiter, führt zum einen zu einem besonderen Pflegebedarf und zum anderen zu geringeren finanziellen Mitteln.

Auch die sprachlichen und kulturellen Barrieren dieser Generation sind eine Herausforderung in der Pflege, wobei man dazu auch sagen muss, dass da in den letzten Jahren schon mehr passiert ist und die Entwicklung dort sicherlich groß ist. Ältere Menschen haben aber andere Ansprüche an ihre Pflege und an Pflegepersonen. Personal und Klientel der Pflegeeinrichtungen müssen sich interkulturell öffnen und vermehrt auf Migranten zugehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hierzu gehören insbesondere Fortbildungen und die Beschäftigung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich betrifft das nicht nur den türkischen oder den Ostblock-Teil, sondern alle Richtungen. Die interkulturelle Öffnung muss einfach gegeben sein, genauso aber auch beim deutschen Personal. Auffällig ist die niedrige Betreuungsquote von Migrantinnen und Migranten in der häuslichen, teilstationären und stationären Versorgung sowie bei Hospizdiensten. Bei allen liegt die Migrantenquote bei zwei Prozent. Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass das relativ wenig ist. Das

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

bedeutet eine deutliche Unterrepräsentanz bei den Pflegediensten. Als Grund wird immer wieder angeführt, dass ältere Migranten eher von der Familie gepflegt werden, wobei das wiederum zunehmend zu Konflikten zwischen der älteren und der jungen Generation führt und natürlich auch zu Überbelastungen. In der heutigen Gesellschaft, im Zeitalter von Arbeitslosigkeit, aber auch in den meisten Familien müssen mehrere Menschen arbeiten, das ist nicht mehr so einfach wie früher.

Laut einer Erhebung des Referats Gesundheit und Migration in Bremen und Bremerhaven von 2008 haben nur 5,9 Prozent der Personen, die ambulante Pflegeleistungen nach dem SGB XI erhalten, einen Migrationshintergrund. 5,9 Prozent ist auch keine besonders hohe Zahl, es ist aber immerhin ein deutlich höherer Anteil als die zwei Prozent, die der Senat angibt. Daraus lassen sich für uns zwei Schlüsse ziehen: Entweder erhalten in Bremerhaven überdurchschnittlich viele ältere Migranten ambulante Pflegeleistungen, oder der Senat hat falsche Zahlen.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Wir sind hier eigentlich in der Stadtbürgerschaft!)

Herr Dr. Buhlert, ich glaube, wir können nicht nur einen Teil betrachten, ob Stadtbürgerschaft oder nicht! Die Zahlen sind dramatisch. Ich persönlich finde es sehr gut, dass sie in diesem Fall nicht beschönigt wurden. Dass nur zwei Prozent der älteren Personen, die Pflegeleistungen bekommen, einen Migrationshintergrund haben, weist deutlich auf eine riesige Lücke hin.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier besteht nicht nur ein Informationsmangel, sondern es gibt auch teilweise berechnete Befürchtungen seitens der Migranten, nicht kultursensibel betreut werden zu können. Es gilt vor allem, diese Vorbehalte auszuräumen und gezielt beim Pflegepersonal auf Interkulturalität, transkulturelle Kompetenzen zu setzen und diese zu fördern.

In dem Konzept „Interkulturelle Öffnung“ der Altenhilfe, das die AWO Bremen 2003 in Auftrag gegeben hat, werden deswegen vor allem Fortbildungen und die Einstellung von Altenpflegerinnen mit Migrationshintergrund empfohlen. Dabei darf es laut der Verfasserin nicht nur um Herkunft, sondern vor allem auch um die Interkulturalität im Team gehen. Dadurch sollen Brücken geschlagen werden zwischen den verschiedenen Ethnien, die Verständnis, Empathie und Einfühlungsvermögen stärken sollen, um mit der Klientel besonders umgehen zu können.

Die Fragen und damit auch die Antworten des Senats lassen aber Angaben darüber vermissen, inwieweit die Konzepte und Vorschläge in Bremen und Bremerhaven angewendet werden. Interessant wäre für uns an dieser Stelle, wie viele Fortbildungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz stattgefunden haben.

Ganz außen vor gelassen werden sowohl Fragen als auch Antworten nach rechtlichen Problemen der Migranten. Wie der Senat anmerkt, wünschen sich viele einen Lebensabend im Herkunftsland. Aus den verschiedenen Gründen bleiben die meisten aber hier leben. Trotzdem sind ihre Verbindungen in die Heimatländer viel stärker, und viele Pensionäre verbringen weiterhin viel Zeit dort. Gemäß deutschem Aufenthaltsrecht erlischt jedoch ihre Aufenthaltserlaubnis, sobald sie mehr als sechs Monate im Ausland sind, egal wie lange sie hier gelebt und gearbeitet haben. Diese Regelung schränkt ihre Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit ein.

Es ist schon oft vorgekommen, dass Ausländerbehörden die Aufenthaltserlaubnisse älterer Migranten aufgehoben haben, weil sie einige Tage zu lange im Ausland waren. Das stellt auch die Schlechterstellung gegenüber ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen dar. Niemand würde einer deutschen Rentnerin oder einem deutschen Rentner sagen, sie oder er dürfte nur für eine bestimmte Zeit ins Ausland reisen. Die Rente ist eine wohlverdiente Leistung, die nicht an Bedingungen geknüpft werden sollte, auch nicht für Migrantinnen und Migranten.

(Beifall bei der LINKEN)

Generell muss gesagt werden, wenn ich persönlich die Situation der älteren Migrantinnen und Migranten betrachte und wiederum unsere junge Generation sehe, muss man auch ganz großen Respekt davor haben, was die ältere Generation geleistet hat. Wie Herr Bartels schon sagte, damals gab es keine Konzepte, damals gab es keine Förderung, und ich finde, da muss man noch einmal ganz großen Respekt zollen. Sie haben uns vieles vorgelebt, sie haben uns den Weg geebnet, und manchmal, wenn ich mir zumindest die Sprachprobleme anschau oder aber auch die Integration, habe ich sogar das Gefühl, dass die ältere Generation teilweise fortgeschrittener ist - Betonung auf teilweise - als die jüngere Generation.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, das wird immer außer Betracht gelassen. Andererseits wurde hier angemerkt, die Migranten seien wenig in Seniorenvertretungen und auch anderswo vertreten: Ich finde, das hat

sich in den letzten Jahren generell in Bezug auf Migration verändert. Man muss betrachten, dass es, egal ob Jung oder Alt, immer sehr schwierig ist, diese Bevölkerungsgruppe zu mobilisieren oder auch mitzuziehen. Wenn ich mir zum Beispiel den Rat für Integration anschau: Dort wurde erreicht, dass es jetzt einen Raum der Stille gibt. Daran wurde die letzten Jahre gearbeitet, das ist schon eine tolle Leistung. Solche Punkte sollte man auch ein bisschen hervorheben, und ich hoffe, dass in den nächsten Jahren wesentlich mehr passieren wird. Wir sind der Überzeugung, dass sich auch die Migrantinnen und Migranten mitziehen lassen, egal ob die Jungen oder die Alten, Hauptsache, wir stellen die Rahmenbedingungen, und ich hoffe, dass da in den nächsten Jahren weiter miteinander gearbeitet wird! - Danke schön!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns heute auf Antrag der Koalitionsfraktionen nicht mit der Lage älterer Menschen in Bremen, sondern mit der speziellen Lage der älteren Migrantinnen und Migranten. Um es gleich zu sagen, auf mich wirkt diese spezielle Behandlung von älteren Menschen mit Migrationshintergrund wenig zielführend. Wenn ich mir die Debatte anhöre, Frau Mohammadzadeh und auch die anderen Rednerinnen und Redner, Sie haben hier nur über eine Teilgruppe der Migrantinnen und Migranten gesprochen, und das ist, glaube ich, wenig zielführend.

Die Anlage der vorliegenden Antwort macht deutlich, den älteren Migranten gibt es gar nicht. In Bremen leben Senioren aus über 150 Nationen, jeder Mensch muss individuell gesehen werden. Genau wie bei den Senioren ohne Migrationshintergrund sind auch ihre Lebensläufe höchst unterschiedlich, ihre Probleme und Bedürfnisse vielzählig. Ich verstehe auch nicht ganz, was uns die Zahlenkolonnen am Ende nützen sollen. Wir können nicht für alle spezielle Programme machen. Etwa für die 20 chinesischen Senioren? Nein! Ich denke, wir sollten insgesamt eine gute Seniorenpolitik für alle alten Menschen machen.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das ist ein bisschen zynisch! Und das mit den 20 Chinesen war ein bisschen zynisch!)

Ich denke, wir sollten eine gute Seniorenpolitik für alle machen, eben auch für die 20 chinesischen Senioren und keine spezielle! Das war die Sache,

Frau Busch, und wenn Sie geschwiegen hätten, wäre vielleicht aus Ihnen eine Philosophin geworden.

(Beifall bei der FDP - Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das denke ich mir bei Herrn Westerwelle auch immer!)

Eine Seniorenpolitik, die anerkennt, was die Senioren für die Gesellschaft geleistet haben, und Respekt vor den Älteren zeigt! Doch wie machen wir das am besten?

Meine Damen und Herren, mit dieser Anfrage verfolgen die Fragesteller der Koalition meines Erachtens zwei Ziele: erstens, schauen, was es an Angeboten für ältere Migrantinnen und Migranten gibt, und zweitens, wo die Stadt Bremen noch mehr machen kann. Ersteres finde ich interessant und die Antwort auch aufschlussreich. Dem zweiten Punkt kann ich und können wir als FDP nicht soviel abgewinnen, weil er von einer bestimmten Prämisse ausgeht. Rot-Grün sucht hier nämlich wieder einmal ein Feld, wo wohlklingende Sozialprogramme erdacht und Versprechungen gemacht werden können, die am Ende vielleicht nicht mehr finanziert werden können.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Da kommt ja wieder der kleine Haider durch!)

Das Ganze, um durch das Umsorgen von Menschen diese zu Wählern zu machen! Auch und gerade da jetzt schon feststeht, dass dafür wenig oder kein Geld da sein wird und vieles heute zu Recht auch schon privat und ehrenamtlich organisiert wird, will die Koalition den Menschen zeigen, wir wollen uns um euch kümmern. Leider möchte nicht jeder von ihnen - und nicht nur ich gehöre dazu - umsorgt werden, und das ist richtig so, denn es ist immer ein gutes Stück Bevormundung dabei. Die FDP stellt erst einmal fest, nur weil jemand über 65 Jahre alt ist, ist er oder sie noch nicht so bedürftig, wie Rot-Grün das gern hätte.

Auch die älteren Menschen aus anderen Staaten sind doch deswegen noch lange keine Problemfälle.

(Beifall bei der FDP - Unruhe bei der SPD - Abg. Frau Möbius [SPD]: Wo haben Sie denn eigentlich Ihren Doktor gemacht? Dass Sie so schlecht zuhören können!)

Wir sollten uns davor hüten, Menschen, die zugewandert sind, stets als Problemfälle zu sehen. Rot-Grün tut das leider viel zu häufig und jetzt wieder. Immer wieder stellen Sie die Frage nach

Integration. Ich sage, die Zeit der Integration ist vorbei.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt hören Sie doch erst einmal zu!

(Abg. Frau Busch [SPD]: Das ist sehr schwer!)

Ich sage, die Zeit der Integration ist vorbei, für mich gibt es nämlich kein wir und die, wir sind alle Menschen, alle gehören dazu, und es gilt, das Zusammenleben zu organisieren: individuell und passgenau. Das können die Menschen allerdings selbst am besten.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen]: Passgenau!)

Diese Antwort zeigt jedoch einmal wieder, wie Sie in der Koalition immer noch im Wir-und-sie-Denken verhaftet sind. Doch es geht hier um Inklusion und nicht mehr um Integration. Das war gestern! Wenn wir jetzt die Diskussion beispielsweise über die Frage gehört haben, wie es denn aussieht mit dem Älterwerden und dem dann höheren Bedarf an Pflege, dann muss ich erst einmal sagen, das wird so sein, die demografische Entwicklung ist so, und die macht natürlich vor Migrantinnen und Migranten keinen Halt.

Auf der anderen Seite finde ich es erst einmal gut, wenn hier festzustellen ist, dass dort heute noch ein höherer Anteil von Familien geleistet wird. Das finde ich erst einmal nicht verwerflich, sondern erst einmal gut.

Das nächste ist, wir brauchen Pflegekräfte mit interkultureller Kompetenz, ohne Frage! Wir müssen hier dann aber erst einmal eine entsprechende Menge an Ausbildung leisten, um überhaupt die Menge an Altenpflegekräften zu haben, die wir brauchen. Das ist eben kein spezielles migrantisches Problem.

(Beifall bei der FDP)

Das andere ist, wenn Sie in die Pflegeheime und in die Altenheime gehen, werden Sie da schon viele finden, die zugewandert sind, aber eben nicht aus dem Land, wo die Hauptgruppe der Zugewanderten herkommt. Auch dazu wird man dann spezielle interkulturelle Kompetenz liefern müssen, aber eben nicht dafür sorgen müssen, dass die dort nationengenau funktionieren, weil das gar nicht leistbar ist.

(Beifall bei der FDP)

Wir setzen auf Subsidiarität. Der Staat muss nur dort eingreifen, wo es deutliche Missstände gibt, die von Familien, Vereinen, Religionsgemeinschaften und Nachbarschaften nicht gelöst werden können. In dieser Antwort kann ich diesen Ansatz, diese Sichtweise nicht erkennen!

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich mich in den Stadt- und Ortsteilen umsehe, kann ich jedoch erkennen, dass es auf vielen Ebenen viel ehrenamtliches Engagement gibt. Kirchen, Bürgerhäuser, Kulturvereine und viele mehr leisten hier erfolgreiche Arbeit. Auch inmitten der verschiedenen Gruppen der Zuwanderer existieren beachtliche Netzwerke und Initiativen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch gut so!)

Das ist die Ebene, die wir meiner und unserer Meinung nach stärken müssen. In diesem Fall heißt stärken eben auch, sich zurückzuhalten, und Selbstorganisation, Frau Mohammadzadeh, kann man nicht organisieren, die findet einfach statt, die Menschen machen zu lassen, und ihnen statt leerer Rhetorik Respekt und Wertschätzung zukommen zu lassen. Das ist der richtige Ansatz! Natürlich gibt es auch weiße Flecken, und nur dort sind wir gefordert. Damit meine ich nicht in erster Linie uns hier als Bürgerschaft, sondern die Bürgerinnen und Bürger, die dort erst einmal gefordert sind. Es geht nämlich auch da um Subsidiarität. Als Letztes kommt der Staat und nicht als Erstes! Ich meine, auch die kulturellen und religiösen Einrichtungen in den Stadtteilen sind gefordert. Meine Kirchengemeinde ist da beispielsweise aktiv, und ich sehe das auch in anderen Gemeinden, in vielen Moscheen, Vereinen, Gruppen und Nachbarschaften.

Auch manch alteingesessene Vereine und Verbände - und das ist angesprochen worden - müssen sich noch bewegen und sich den Migrantinnen und Migranten öffnen. Das sollte meiner Meinung nach Selbstverständlichkeit sein. Ich und wir als FDP möchten eben keine Bevormundung seitens der Politik, gleichzeitig möchten wir diese Öffnung. Viel wichtiger ist es, diese Organisationen zu vernetzen, sodass sie voneinander lernen können. In diesem Zusammenhang möchte ich den schon angesprochenen Bremer Rat für Integration hervorheben, der da, glaube ich, eine wichtige Aufgabe hat. Vielleicht wäre es eine Idee, dass sich dieses Gremium einmal mit den Akteuren der Seniorenarbeit zusammensetzt und sie gemeinsamen Perspektiven ausloten! Politik kann solche Initiativen unterstützen, aber längst nicht ersetzen. Wir können sie unterstützen, wenn sie sinnvoll und gewünscht sind, ansonsten, denke

ich, sich heraushalten, Eigeninitiative, nicht bevormunden. Das muss der Weg sein!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lebenssituationen der älteren Migrantinnen und Migranten in Bremen, das ist der Titel der Großen Anfrage, und das ist gut. Die Große Anfrage gibt einen aktuellen Blick auf die Lebenssituationen aus ganz unterschiedlichen Lebensbereichen, auf das Leben dieser älteren Migrantinnen und Migranten in unserer Gesellschaft. Deswegen auch herzlichen Dank den beiden anfragenden Fraktionen für diese Anfrage!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde, das war schon ein ganz besonderer Redebeitrag, den wir eben zum Schluss gehört haben. Mir fehlt ein bisschen die Linie dafür, was Sie damit eigentlich haben sagen wollen. Vielleicht ist das die Zuspitzung dessen, was wir derzeit auch auf der bundespolitischen Ebene von Ihnen erleben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, natürlich stellt uns die demografische Entwicklung insgesamt neu vor eine Aufgabe, für ältere Menschen auch andere Angebote für ganz unterschiedliche Hilfebedarfsituationen und Lebenssituationen bereit zu halten. Dass wir denjenigen, die als sogenannte Arbeitsmigrantinnen und -migranten, insbesondere Arbeitsmigranten, in den Sechziger- und Siebzigerjahren zu uns gekommen sind, es hier auch von uns erwarten können, eine Wertschätzung und einen Respekt im Alter entgegenbringen, der es ihnen möglich macht, auch hier bei uns in Bremen im Alter würdevoll leben zu können, glaube ich, ist ganz selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Situation der ersten Gastarbeiter war - wir haben es gehört - hier teilweise auch davon geprägt, sich an körperlichen Belastungsgrenzen und darüber hinaus zu bewegen. Das ist sicherlich auch ein Stück weit von schwierigen und ungünstigen Wohnsituationen geprägt gewesen, ganz sicherlich auch von psychischen Belastungen, die sich durch Sprachbarrieren, aber auch durch Isolation

ergeben haben. Das hat in nicht seltenen Fällen dazu geführt, dass diese älteren Migrantinnen und Migranten früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden mussten. Wir haben uns im Zuge unserer Altenberichterstattung damit sehr ausführlich auseinandergesetzt. Natürlich müssen wir unsere Angebote und Angebotsformen weiterentwickeln, wir müssen sie an die Bedürfnisse auch der älteren Menschen mit Migrationshintergrund anpassen.

Kultursensible Pflege, transkulturelle Pflegekonzepte, Qualifizierung migrantischer Pflegekräfte, das sind nur einige Stichworte, die in diesem Zusammenhang genannt worden sind. Dass wir uns hier gemeinsam weiter auf einen Weg machen müssen ist, glaube ich, sehr deutlich geworden. Wir stellen fest, dass es eine unterdurchschnittliche Nutzung von Möglichkeiten durch die Menschen mit Migrationshintergrund gibt. Da müssen wir uns doch fragen: Woran liegt das? Wie können wir das aufbrechen? Wie können wir dafür sorgen, dass die, die helfen können und wollen, die unterstützen können - ganz gleich, ob es Professionelle oder Ehrenamtliche sind -, zu denen kommen und zu denen gehen? Wie bringen wir sie zusammen, damit beide davon profitieren können?

Letztendlich geht es darum, die Möglichkeit zu eröffnen, dass Migrantinnen und Migranten die Hilfe bekommen, die sie benötigen. Es geht um die Teilhabe an der Gesellschaft. Natürlich ist es auch wichtig, über Zahlen, Daten und Fakten zu sprechen, aber es geht letztendlich um jeden Einzelnen, der eine Unterstützung braucht. Insofern ist das eine weitere - Herr Bartels hat es angesprochen - Hilfe und Unterstützung. Das ist aber nicht der eigentliche Grund und die eigentliche Basis dafür, was zu tun ist. Da muss ganz sicherlich auch auf Bundesebene durch die Bundesbeauftragte nachgesteuert werden. Da gibt es noch eine ganze Menge von Möglichkeiten!

Es muss unsere Aufgabe sein, dieses Gespräch, diese Kontakte, diese Kommunikation zwischen den Menschen zusammenzubringen. Ich will ganz besonders hervorheben, dass wir eine ganze Reihe von Initiativen haben, die hier sehr gute Arbeit im ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bereich leisten: Die Alte Feuerwache ist genannt worden und die Bremer Heimstiftung, die auch im ambulanten Bereich unterwegs sind. Wir haben einige Pflegedienste, gerade im ambulanten Bereich, die sich ein Stück weit darauf einstellen. Herr Dr. Buhlert, ich bin da ganz anderer Meinung! Es braucht in der Tat auch aus dem eigentlichen Verständnis heraus in Krankenhäusern, in der Pflege einen ganz unterschiedlichen Umgang miteinander. Ich finde, das haben wir zu respektieren

gerade in einem Bereich, in dem es um kranke und pflegebedürftige Menschen geht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Dann lesen Sie meine Rede an dieser Stelle noch einmal nach!)

Ich will das abschließend sagen: Dieses Thema gehört weiter in das Licht der Gesellschaft. Ich würde mich freuen, wenn wir das, was wir begonnen haben, auch mit dem Rat für Integration weiter fortführen: einen kontinuierlichen Austausch, ein Dabeisein, ein Einbringen, zum Beispiel in der Sozialdeputation, was wir verabredet haben. Ich denke, das ist der richtige Weg, und der Rat für Integration ist, glaube ich, ein ganz wichtiges Gremium, uns bei dieser Aufgabe weiterzuhelfen und uns weiterzubegleiten. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht vor, zu diesem Tagesordnungspunkt etwas zu sagen, aber das unsortierte, ja, ich meine, teils dumme Gerede von Herrn Dr. Buhlert reizt mich jetzt doch, hier noch etwas zu sagen.

Erstens, Herr Dr. Buhlert, ich glaube, Sie haben das Verhältnis von Integration und Inklusion nicht verstanden! Integration bedeutet, dass man Maßnahmen zur Wiedereingliederung, zur Eingliederung einer Bevölkerung erreicht, aber Inklusion bedeutet, dass man Bedingungen schafft, die den Menschen, die Migrantinnen und Migranten hier in Deutschland, die Möglichkeit geben, sich genauso zu bewegen wie andere auch, das heißt, alle anderen Angebote genauso in Anspruch nehmen zu können wie andere deutschstämmige Bürger auch, und dafür ist eine Spezifizierung der Angebote und eine Ausrichtung auch auf diesen Personenkreis nötig. Das bedeutet Inklusion. Sie haben das offensichtlich nicht verstanden. Sie können nicht sagen, jetzt brauchen wir keine Unterschiede mehr, sondern wir brauchen gerade die Unterschiede, um die Inklusion zu erreichen.

Das Zweite ist das Verhältnis von Angeboten und Selbstorganisation. Wenn man Angebote spezifisch ausrichtet und auf den Personenkreis mit Migrationshintergrund zuschneidet, dann bedeutet das nicht, dass man sie bevormundet. Selbstorganisation bedarf der Unterstützung, der Begleitung und der Beratung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Auch das müssen Sie organisieren!

Drittens, dann bin ich auch schon am Ende, dieses gegenseitige Ausspielen von familiärer Unterstützung und Unterversorgung! Sie schließen daraus, das ist schön, dass sie zu Hause bleiben und dort versorgt werden. Aber dass dahinter eine Unterversorgungssituation stehen kann, dass dahinter stehen kann, dass schwierige Lebensverhältnisse bestehen für diejenigen, die die Hilfe in Anspruch nehmen müssen, schwierige Verhältnisse für diejenigen, die die Pflege leisten, und dass das eine Situation ist, die geändert gehört, auf die man eingehen muss und die man analysieren, wofür Daten benötigt werden, sollten Sie endlich begreifen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass hier verstanden worden ist, es geht darum - und Herr Frehe hat das deutlich gemacht -, dass wir ein Zusammenleben aller Menschen organisieren müssen. Damit ist eben auch klar, dass es nicht darum geht zu organisieren, wie irgendwelche benachteiligten Gruppen in die Gesellschaft geholt werden, sondern wie alle in der Gesellschaft miteinander umgehen können, die Benachteiligungen für alle abgebaut werden können und Regelungen getroffen werden, mit denen auf alle speziellen Gegebenheiten wie Herkunft, Religion, Gebräuche Rücksicht genommen wird. Dass dabei dann natürlich auch besonders benachteiligte Menschen, die Aufwendungen für Pflege vielleicht im stärkeren Maße erbringen, berücksichtigt werden müssen, ist klar.

Das ist aber keine spezielle Sache, die daran festgemacht werden kann, woher jemand kommt, sondern hängt immer von der individuellen Lebenssituation ab, und die sind in der Tat in gewissen Bevölkerungskreisen stärker, aber das heißt nicht, dass sie dort einzig sind, und darauf wollte ich mit meinem Redebeitrag hingewiesen haben. Das war das Ziel. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/547 S, auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD Kenntnis.

**Brillkreuzung umgestalten:
Innenstadt aufwerten**

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2010
(Drucksache 17/545 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am vergangenen Donnerstag haben die Deputationen für Wirtschaft und für Bau gemeinsam beschlossen, das Ansgaritorviertel aufzuwerten und durch die Ansiedlung von zusätzlichem Einzelhandel, von zusätzlichen Dienstleistungen und auch Wohnen insgesamt die Innenstadt zu stärken. Diese Beschlüsse stehen in einem engen Zusammenhang, sowohl städtebaulich als auch verkehrlich, mit der Brillkreuzung, über die wir nun heute erneut diskutieren.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

An der Schnittstelle zwischen dem Stephanitor und der City befindet sich nach wie vor eine unwirtliche Kreuzung, die wahrlich kein Aushängeschild, weder für das Stephaniquartier noch für die City, darstellt. Aus diesen Gründen haben wir im vergangenen Jahr hier im Parlament einen Antrag eingebracht, in dem wir den Senat aufgefordert haben, ein Gesamtkonzept für die Brillkreuzung vorzulegen, das sowohl die städtebauliche Erscheinung verbessert, als auch die Querung der Kreuzung für Fußgänger und Radfahrer erleichtert und Voraussetzungen schafft, aus einer Verkehrsschneise wieder einen städtischen Raum zu entwickeln, der verbindet, statt zu trennen.

Wie wir nun der Antwort des Senats entnehmen, geht das leider alles nicht so schnell, wie wir es uns gewünscht haben, gleichwohl zwei wichtige Maßnahmen umgesetzt werden beziehungsweise sind. Erstens, im März beziehungsweise April werden die Grünzeiten für Fußgänger und Radfahrer deutlich verlängert, und da sage ich einmal,

das ist ein erster wichtiger Schritt zur Qualitätsverbesserung für diese beiden bedeutenden Verkehrsteilnehmer. Zweitens, endlich wurde der Brilltunnel geschlossen und damit eine wesentliche Voraussetzung für das Gesamtkonzept zur Aufwertung der Brillkreuzung geschaffen. Noch allerdings, wenn man sich die Kreuzung anschaut, sehen die verbarrikierten Treppenaufgänge alles andere als schön aus, und wir Grünen wünschen uns, dass es möglichst bald zu einer Entscheidung kommt, ob der Tunnel für eine Diskothek umgenutzt wird oder nicht. Auch im Interesse des Stephaniquartiers ist hier eine Hängepartie keine gute Lösung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Wir möchten, dass die Treppenwülste und die hässlichen Lüftungsschächte möglichst bald verschwinden. Alle weiteren Verbesserungsmöglichkeiten für den ÖPNV, für bessere Querungsmöglichkeiten in Höhe der Schlachte, für eine deutliche Aufwertung der Kreuzung durch eine Reduzierung des Verkehrsraumes werden zurzeit, so sagt uns der Senat, noch untersucht. Die Ergebnisse fließen in die weiteren Planungen zur Entwicklung des Ansgaritorviertels ein, und bis zum Herbst sollen diese Untersuchungen abgeschlossen sein. Das ist nun alles noch sehr lange hin, wenn man sich ansieht, dass wir eigentlich zum vergangenen Herbst schon ein solches Konzept vorgelegt bekommen haben wollten. Aber immerhin, wenn am Ende eine verträgliche Brillkreuzung dabei herauskommt, dann hat sich das lange Warten gelohnt, aber warten auf Godot wollen wir dabei nicht. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Einzige, das wirklich feststeht, ist das, was Frau Krusche zuletzt gesagt hat, dass der Bericht eigentlich schon längst fertig sein sollte, nun erst in einem halben Jahr fertig ist. Das ist natürlich insbesondere schade, weil wir uns ja eigentlich einig sind, dass wir da, was die Brillkreuzung und das ganze Umfeld betrifft, eine ganze Menge zu machen haben. Ich sage aber auch, das Einzige, was jetzt umgesetzt wird, außer dass der Tunnel natürlich geschlossen worden ist, was aber auch eine lange bestehende Forderung von allen war, ist die erhebliche Verlängerung der Grünphase für Fußgänger und Fahrradfahrer.

* Von der Rednerin nicht überprüft.

Im Bericht steht, dass eine Simulation vorliegt, die nachweist, dass es keine besonderen Verlustzeiten für den ÖPNV oder auch für den Individualverkehr gibt. Ich finde, das muss man sich noch einmal genau anschauen. Grundsätzlich ist das ja richtig, wir wollen das auch verbessern, aber wir müssen aufpassen, dass das nicht zu erheblichen Veränderungen beim ÖPNV führt, denn insbesondere diese Kreuzung ist auch eine Kreuzung, wo viele Straßenbahnen und Busse fahren, wo viele Menschen umsteigen. Das ist also eine wichtige Kreuzung und auch eine wichtige Verkehrsbeziehung für den ÖPNV, da muss man ganz besonders achtsam sein. Wir sollten uns vielleicht auch noch einmal anschauen, wie die Simulation tatsächlich aussieht, das haben wir bisher noch nicht getan.

Die weiteren Punkte sind angesprochen worden, werden noch untersucht, und da kann ich nur sagen, da muss ganz genau auch untersucht werden, denn das, was da mit der wesentlichen Verengung des Verkehrsraums auf Einspurigkeit der Bürgermeister-Smidt-Straße angesprochen worden ist, sehe ich noch nicht so ohne Weiteres. Da muss man erst einmal nachweisen, dass es wirklich möglich ist, auf Linksabbiegespuren in die Martinstraße zu verzichten. Wo der Verkehr dann eigentlich hin soll, da gibt es Unwägbarkeiten, die meines Erachtens noch nicht geklärt sind. Deswegen ist es auch nicht möglich, umfassend über diesen Bericht hier zu sprechen, weil das ja auch alles gar nicht ausgeführt ist.

Ich bin gespannt, wie uns vielleicht in der Deputation eine Simulation zeigen kann, dass das, was geplant ist, in Ordnung ist. Aber über den Rest, finde ich, können wir erst dann debattieren, wenn der Senat hier Vorschläge unterbreitet und Untersuchungen vorgelegt hat. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einleitend möchte ich noch einmal sagen, Herr Kollege Focke, selbstverständlich wären wir alle froh - ich glaube, auch von der Koalition, das hat Kollegin Krusche ja gesagt -, wenn wir dies heute schon abschließend beraten könnten. Es gibt hier aber trotzdem eine klare Aussage, dass diese Untersuchungen stattfinden und wir dann umfassend die Maßnahmen, insbesondere auch, was finanzierbar ist, das wird im Bericht gesagt, hier diskutieren und noch einmal in der Baudeputation vorbereiten.

Gestatten Sie mir aber noch einmal zu sagen, die Geschichte der Brillkreuzung ist ja eine längere. Wenn wir hier diskutieren, ist nicht nur unmittelbar der Übergang an der Brillkreuzung zu sehen, sondern wir müssen auch feststellen, dass hier schon vor einiger Zeit, damals noch unter dem Bausenator Eckhoff, sehr viel Geld in die Hand genommen wurde! Die Martinstraße, die Bürgermeister-Smidt-Straße wurden ja mit nicht wenigen Mitteln aufgerüstet, ich sage einmal, schön gemacht, breiter gemacht.

Ich finde, eine Erkenntnis ist in dieser Diskussion, und darum darf man nicht nur separat die Brillkreuzung sehen, sondern das Gesamtareal, dass hier Punkte, die damals schon vor Ort, im Beirat, hier im Parlament intensiv und auch strittig diskutiert worden sind, sich leider heute bewahrt haben, dass dies einfach zu überdimensioniert war. Das ist die Erkenntnis, auf deren Grundlage wir heute eine vollkommen vernünftige Sache diskutieren müssen, weil die Menschen, die darüber gehen, das ist ja ein Ausgangspunkt gewesen, knappe acht Sekunden haben, um diese breite Straße zu kreuzen. Das schafft man ja gerade im jugendlichen Alter, also insbesondere für ältere Menschen oder auch Menschen mit Behinderung war das eine Unmöglichkeit. Hier musste etwas geschehen. Der inhaltliche Punkt ist ja, hier ist damals unter den Gesichtspunkten einer Innenstadtentwicklung noch schöner, noch breiter, noch autogerechter gehandelt worden.

Doch die Realität hat uns heute überholt. Die Realität sieht so aus, es wird nicht mehr benötigt, und das ist richtig, und hier steht die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion für eine Politik, die sagt, dass wir auch eine Innenstadt in diesem Bereich Brillkreuzung brauchen, die menschengerecht ist, und dass wir hier auch zu Maßnahmen des Rückbaus kommen. Das ist eine absolute Aufwertung der Innenstadt. Das ist keine Reduzierung des Standortes, und da ist ein Punkt, der wurde schon von Frau Krusche einleitend gesagt, die Innenstadtentwicklung, das Konzept, was wir letzte Woche hier diskutiert haben. Das ist ein Bestandteil dafür.

Gestatten Sie mir aber, noch weitere Punkte zu nennen! Ich finde und wir als Fraktion finden es gut, dass es zu einer kurzfristigen Lösung bei der Ampelschaltung kommt. Das ist prima. Das muss auch so sein, dass wir hier unmittelbar nachvollziehbare Maßnahmen in der Realität umsetzen. Außerdem möchte ich noch einmal benennen, dass es ja nicht nur die Brillkreuzung ist - und wenn wir auch sagen, der Zusammenhang für den Standort Innenstadt bezieht sich ja nicht nur auf das Ansgariquartier -, sondern nach meinen Erkenntnissen und Wahrnehmungen ist es doch so,

das geht bis hin zu großen Kreuzungen wie Am Dobben, geht hin zu Fragen, wie sich überhaupt die Bahnhofsvorstadt entwickelt. Das ist ja auch in der Antwort dargelegt worden.

Das ist ja nicht nur ein Punkt am Brill hier, sondern wir müssen das im Gesamtzusammenhang sehen. Ich finde es unmöglich, wenn solche Fragen wie Am Dobben geregelt sind, wir müssen auch daran gehen. Wir müssen insbesondere auch wichtige Baustellen im Bereich der Stadtentwicklung und Verkehrsführung der Bahnhofsvorstadt hier in einem Zusammenhang diskutieren. Ich finde es absolut vernünftig, dass wir die Fragen, die die AOK-Kreuzung einschließlich des Rückbaus einer Hochstraße, die absolut nicht mehr benötigt wird, betreffen, in diese Konzeption mit einbeziehen.

Meine Damen und Herren, deshalb sagen wir als SPD, es ist richtig, diesen Weg zu gehen, aber auch mit diesem strategischen Ansatz, den ich versucht habe an einigen Punkten deutlich zu machen, dass es die Baustelle Brillkreuzung hier nicht nur separat zu sehen haben, sondern dass wir daran arbeiten müssten, so verstehe ich auch die Weiterentwicklung dieses Berichts, Herr Senator, dass wir hier eine gesamtstrategische Ausrichtung der Verkehrspolitik, der Entwicklungspolitik für alle Verkehrsbereiche der Innenstadt benötigen.

Zum Schluss! Hieran werden wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner arbeiten. Es geht darum, die Innenstadt zu stärken, das heißt, sie für Menschen erlebbarer zu machen, das ist ein wichtiger Schritt. Ich glaube, die Brillkreuzung ist hier eine wichtige erste Maßnahme. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn die Nutzung des Brilltunnels in der letzten Zeit wegen der nicht mehr gegebenen Aufenthaltsqualität auf fast Null tendierte, wäre es natürlich besser gewesen, wenn zeitgleich mit der endgültigen Schließung bereits die zweifelsohne notwendigen Optimierungen der Querungsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer realisiert worden wären.

(Beifall bei der FDP)

Aber gut Ding will Weile haben, schließlich geht es bei den derzeitigen Planungsüberlegungen nicht nur um den eng begrenzten Bereich der Brillkreuzung, sondern um eine von allen Seiten

gewünschte und für notwendig erachtete Aufwertung der Innenstadt. Gefühlt hört die im Moment ja eher am Ende der Obernstraße und am Anfang der Hutfilterstraße auf. Zu nennen ist auch das Potenzial, das ist auch genannt worden, des Ansgaribereichs und die nun auf den Weg gebrachten ersten Überlegungen für eine Optimierung dieses Innenstadtquartiers, ohne dabei natürlich die Gesamtentwicklung des Bereichs zwischen Wall und Weser - und das ist aus meiner Sicht wirklich die Innenstadt und nicht nur der begrenzte Bereich - aus den Augen zu verlieren, sonst wird es eines Tages zu erheblichen Entwicklungsproblemen auch in anderen Bereichen unserer Innenstadt kommen.

Aufstrebendes Stephaniviertel: Es ist richtig, hier hat sich schon viel getan, aber Radio Bremen, das Bamberger Haus und die Weiterentwicklung der Schlachte reichen nicht aus. Noch ist die Aufenthaltsqualität und die Anziehungskraft für Innenstadtbesucher doch eher bescheiden zu nennen. Seit sich „Saturn“ direkt in der Innenstadt angesiedelt hat und seitdem das Modehaus „Leffers“ seine Türen schließen musste, hat die Faulenstraße zumindest im vorderen Bereich nur noch die Sparkasse zu bieten. Auch hier ist die Aufwertung des Bereichs Am Brill und dann des Gesamtabschnittes zwischen der AOK-Kreuzung und der Weserquerung nur ein erster, wenn auch wichtiger Schritt. Weitere müssen folgen, bis eine hohe städtebauliche Qualität durchgängig vom Roland bis in die Überseestadt erreicht wird.

(Beifall bei der FDP)

Aus der Mitteilung des Senats entnehmen wir, dass die jetzt für den Zeitraum ab April vorgesehene fußgänger- und radfahrerfreundlichere Signalisierung der Querung Am Brill nicht zu nicht hinnehmbaren Leistungsdefiziten für den motorisierten Individualverkehr führen wird. Den brauchen wir nun einmal auch in Bremen, damit Besucher und Kunden auch weiterhin in die Innenstadt kommen. Ideal wäre da vielleicht eine Verlagerung des Verkehrs in einen erweiterten Brilltunnel, dies würde optimale Aufwertungspotenziale erschließen, ist aber ja leider nicht finanzierbar. Erlauben Sie mir diese etwas scherzhafte Anmerkung, aber vielleicht überzeugt man ja die Sparkasse, diese Lösung zu finanzieren. Das wäre eine tolle Aufwertung, und wir hätten dort oben eine schöne Fußgängerzone.

Wir sind gespannt, zu welchen Ergebnissen die in Auftrag gegebene Verkehrsuntersuchung als Grundlage für die weiteren Planungsüberlegungen für eine echte Innenaufwertung führt. Wir hoffen, dass all diese Aspekte und Notwendigkeiten für alle Verkehrsteilnehmer berücksichtigt

werden, denn die Stadt muss auch weiterhin erreichbar sein, sonst stirbt sie eines schnellen Todes. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE^{*)}): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt jetzt ein Bericht vor, wie die Brillkreuzung umgestaltet werden sollte, wie sie bisher nicht umgestaltet worden ist. Ich möchte zu diesem Konzept wie folgt Stellung nehmen:

Erstens, die meisten Rednerinnen und Redner haben es gesagt, selbstverständlich begrüßen wir die Umgestaltung der Ampelschaltung, damit Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrerinnen und Radfahrer mehr Zeit haben, die Straße zu überqueren, einmal davon abgesehen, dass der Brilltunnel jetzt als Sofortmaßnahme geschlossen worden ist, wobei ich, ehrlich gesagt, das noch nicht als wirklich erfolgreichen Bestandteil eines Konzepts werten kann, das ist also eine notwendige Maßnahme. Die Frage ist: Was wird eigentlich aus dem Brilltunnel? Erst wenn die beantwortet werden ist, haben wir ein Konzept. Diese Frage ist jetzt vertagt worden in das Gesamtkonzept Innenstadt beziehungsweise die Gestaltung des Ansgariviertels.

Zunächst kommt einem solch eine Form von Integration eines Einzelkonzeptes in ein Gesamtkonzept vernünftig vor. Ich finde es vor allen Dingen aus zwei Aspekten nur begrenzt vernünftig. Der eine Aspekt ist, wir hatten die Debatte in der letzten Woche in der entsprechenden Deputation, die bisher vorliegenden Szenarien für das Ansgariviertel basieren auf der Annahme, dass es in den nächsten sieben Jahren mehr Kaufkraft gibt, und reden davon, dass man die Einzelhandelsflächen deutlich aufgewertet. Es kann ja sein, dass das alles klappt und wir also demnächst im Ansgariviertel zwischen 20 und über 30 Prozent mehr Verkaufsflächen haben als jetzt. Das heißt, wir werden ein Konzept möglicherweise verabschieden und das Brillkonzept dort einbinden, was in aller Wahrscheinlichkeit mehr Einzelhandel, also auch mehr Kunden und auch mehr Verkehr, bedeutet. Die spannende Frage ist: Konterkarieren wir durch die Einbindung in dieses Konzept nicht den Anspruch, dass der Brilltunnel verkehrärmer und fußgängerfreundlicher wird? Das sehe ich als Gefahr.

Zweitens, ich halte nichts davon, ein Innenstadtkonzept zurzeit an einem Anwachsen der Kaufkraft zu orientieren, zumindest nicht ausschließlich. Man muss auch ein Konzept für den Fall haben, dass diese Form von Kaufkraft nicht eintrifft. Sonst hat man möglicherweise die Situation, dass man Fehlinvestitionen und Fehlplanung kombiniert, und dann hat man auch ein Stück weit die Brilltunnel-Geschichte in den Sand gesetzt. Meines Erachtens ist diese Einbindung in das Ansgariviertel-Konzept nur begrenzt tauglich, auch und schlussendlich weil ich meine, dass ein Teil der Maßnahmen, die möglicherweise für den Brilltunnel möglich sind, auch ohne unmittelbare Einbindung in dieses Konzept denkbar sind oder zumindest so, dass sie ein irgendwie geartetes Konzept im Ansgariviertel nicht beeinflussen.

Ich nenne einmal die einspurige Gestaltung der Bürgermeister-Smidt-Straße. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn man das Ziel hat, dort den Verkehr zu beruhigen, dass das unmittelbar negative Auswirkungen hat auch auf das Ansgariviertel. Es sei denn, man braucht eben diese Doppelspur, um die Leute dorthin zu bringen.

Ich meine, der Herausforderung, einerseits vergleichsweise zügig diese Brillkreuzung umzugestalten und auch Maßnahmen zu entwickeln, die unabhängig sind von Gesamtkonzepten, und andererseits die Maßnahmen so zu gestalten, dass sie gegebenenfalls Gesamtkonzepte nicht gefährden, dieser Aufgabe ist die rot-grüne Seite nicht gerecht geworden. Ich sage auch einmal ganz deutlich, nach eigenem Bekunden wäre eine Umgestaltung der Brillkreuzung für die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler im Sinne der Attraktivität der Innenstadt. Eine Verschiebung und Vertagung der Maßnahmen auf das Ansgariviertelkonzept ist ein Verlust von Initiative. Jede nicht gemachte Maßnahme schadet dann auch nach eigenem Bekunden, weil ja Maßnahmen der Attraktivität der Innenstadt nützen würden.

So gesehen bin ich, wie gesagt, nur begrenzt begeistert, dass ein Teil der vorgeschlagenen Maßnahmen, die ich im Ansatz für sinnvoll halte, vertagt worden ist. Ich hoffe, dass man noch einmal darüber nachdenkt, auch Maßnahmen zu entwickeln, die man zur Umgestaltung der Brillkreuzung machen kann, ohne Gesamtkonzepte zu gefährden. - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Es ist so, man muss es sagen, wie das

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Herr Pohlmann eben schon gesagt hat: Mit der vor Jahren vorgenommenen Umgestaltung der Bürgermeister-Smidt-Straße konnte die Barrierewirkung Am Brill zwischen Stephaniviertel und City nicht reduziert werden. Das ist der Ausgangspunkt, warum wir uns über dieses Thema nach wie vor unterhalten. Es hat viele Gründe, auch natürlich den Grund, dass diese Brillkreuzung ein hochkomplexer Knotenpunkt im innerstädtischen Verkehrsnetz ist. Ich will noch einmal die Anforderungen formulieren: Bedeutung als Fußgänger-Verbindung vom Stephaniviertel beziehungsweise von den ÖPNV-Haltestellen in die City, für den Radverkehr in die Innenstadt, als ÖPNV-Knotenpunkt, für die Erreichbarkeit der Innenstadt und für den Wirtschaftsverkehr. Das sind viele Anforderungen auf einmal, und insofern haben wir es hier gewissermaßen mit einem zweiten Anlauf zu tun.

Wenn wir uns jetzt über die Brillkreuzung konkret unterhalten, dann haben wir immer gesagt, das sind drei Punkte auch mit unterschiedlicher Fristigkeit. Der erste ist die Schließung des Tunnels, die ist vollzogen. Der zweite ist die Verbesserung der Querungsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer, das wird im April umgesetzt, im Detail gleich mehr dazu. Der dritte ist die Neuorganisation der Verkehrsbeziehungen und die Neugestaltung, wie Frau Krusche zu Recht sagte, eben auch zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität an der Brillkreuzung. Das sind die drei Aufgaben.

Zu der ersten Aufgabe! Ich sagte bereits, die Schließung des Tunnels ist kein Wert an sich, da haben Sie vollkommen recht, Herr Rupp, aber es ist natürlich die Voraussetzung dafür, dass wir jetzt weitergehen können. Ob dort eine Disko hineinkommt, liegt nicht in unserer Hand. Es gibt Gespräche mit dem Investor, die werden aber, das habe ich auch gesagt, bis Ostern abgeschlossen sein müssen, da muss klar sein, ob es kommt oder ob es nicht kommt. Klar ist, es gibt dafür kein öffentliches Geld, und wir machen das im engen Austausch mit dem Beirat.

Die zweite Aufgabe sind die Querungszeiten. Ich will schon einmal darauf hinweisen, dass das ein echter Sprung nach vorn ist. Ich würde fast sagen, das ist eine Win-win-Situation, denn wir werden es schaffen nach der Simulation, die wir jetzt durchgeführt haben, dass sich eine deutliche Verlängerung der Querungszeiten für die Fußgänger und für die Radfahrer ergibt. Für den ÖPNV bleibt im Wesentlichen alles so, wie es ist, weil Busse und Bahnen weiterhin die Freigabe der Ampel anfordern können. Die BSAG hätte dem Konzept ja auch sonst gar nicht zugestimmt, das hat sie aber. Nicht zuletzt wird auch für den Kraftfahrzeugverkehr die leistungsfähige Abwicklung möglich bleiben, die Erreichbarkeit der Innenstadt durch den

motorisierten Individualverkehr oder der Parkhäuser wird nicht davon tangiert. Das heißt auch, dieses zweite Teilziel werden wir jetzt kurzfristig umsetzen.

Was das dritte Teilziel betrifft, die Veränderung der Brillkreuzung selbst, so müssen wir dann noch einmal unterscheiden zwischen den Verkehrsbeziehungen und der Gestaltung der Kreuzung. Was die Verkehrsbeziehung anbetrifft, so haben wir im Dezember 2009 eine Untersuchung bei einem Beratungsinstitut aus Aachen in Auftrag gegeben, um die Trennwirkung der Bürgermeister-Smidt-Straße zu reduzieren.

„Um mehr Bewegungsräume für den Fußgänger- und Radverkehr zu erhalten werden folgende Möglichkeiten hinsichtlich ihrer Verträglichkeit für den ÖPNV und der Auswirkungen für den Kraftfahrzeugverkehr überprüft: erstens, die Einstreifigkeit der Bürgermeister-Smidt-Straße zwischen Wall und Weser ohne Einschränkung der Verkehrsbeziehungen Am Brill; zweitens, die Einstreifigkeit der Bürgermeister-Smidt-Straße zwischen Wall und Weser mit Wegfall des Linksabbiegers von der Bürgermeister-Smidt-Straße in die Martinstraße; drittens, die signalisierte Fußgängerquerung in Höhe der Schlachte.“

Das sind die Fragen, die untersucht werden, aber nicht nur die verbesserten Querungsmöglichkeiten stehen im Mittelpunkt, sondern die Verkehrsuntersuchung wird darüber hinaus auch verkehrliche Fragestellungen zur Anbindung des Entwicklungsvorhabens Ansgariviertel enthalten. Das ist nicht alles, Herr Rupp, das ist völlig richtig. Aber es ist ein ganz wichtiger Bestandteil, damit das gefühlte Ende der Fußgängerzone am Ansgarkirchhof eben nicht mehr ein Ende ist, sondern es gelingt, den Sprung über den Brill ins Stephaniviertel zu schaffen. Das halte ich auch stadtentwicklungspolitisch für einen äußerst vernünftigen Punkt, insofern hängen die beiden Dinge auch zusammen.

Es werden in diesem Zusammenhang eben auch der Vollanschluss des Parkhauses Am Brill, der Tiefgarage, an die Bürgermeister-Smidt-Straße untersucht, die Umgestaltung der AOK-Kreuzung und der Abriss der Hochstraße Am Wall. Hier werden die zu erwartenden Kfz-Belastungen der Innenstadt und in den angrenzenden Stadtteilen ermittelt hinsichtlich ihrer Verträglichkeit, und die Leistungsfähigkeit des Knotenpunktes AOK-Kreuzung und Am Brill und Am Wall/Herdentor wird überprüft. Wir gehen davon aus, dass die Ergebnisse dieser Verkehrsuntersuchung im Herbst 2010 vorliegen. Es wurde ein bisschen beklagt, das nehme ich an, dass das nicht eher der Fall ist, aber wir müssen eben auch sehen, dass hier Din-

ge miteinander zusammenhängen. Die Kosten für diese Untersuchung liegen bei ungefähr 70 000 Euro. Wir werden das in enger Zusammenarbeit mit den Ortsämtern Mitte, Östliche Vorstadt und Neustadt sowie einem Vertreter des Beirats Mitte in einem projektbegleitenden Arbeitskreis vorantreiben.

In einem dann folgenden Schritt geht es um die Gestaltung des Straßenraums Am Brill, das ist eine Sache, die wir dann in der Deputation ausführlich diskutieren können, weil das in der Tat etwas ist, das alle angeht. In dieser Untersuchung geht es eben auch um die Flächenpotenziale, was wir eigentlich zusätzlich für Fußgänger, für die ÖPNV-Haltestellen und für den Durchfluss des Kfz-Verkehrs zur Verfügung haben.

Summa summarum, ich würde sagen, Aufgabe eins, Schließung, haben wir erreicht; Aufgabe zwei, Verbesserung der Querungsmöglichkeiten, wir sind dabei und stehen kurz vor der Realisierung; bei Aufgabe drei ist es noch ein bisschen Zeit, aber der Prozess der Diskussion wird, glaube ich, gute Ergebnisse zeitigen. Dann geht es wirklich darum, das an den Grund zu bringen, und das ist eine gewaltige Aufgabe. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/545 S, Kenntnis.

17. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 2. Februar 2010
(Drucksache 17/546 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das 17. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung der Feuerwehr beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 2 vom 2. Februar 2010
(Drucksache 17/548 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 3 vom 23. Februar 2010
(Drucksache 17/558 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 17/143 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Möhle [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Nun lasse ich über die Petitionen S 17/200 und S 17/249 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Abg. Möhle [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen aus den Berichten abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Aufgabenwahrnehmung Aufsichtsrat Theater Bremen GmbH

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2010
(Drucksache 17/549 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster erhält der Abgeordnete Kau das Wort.

Abg. **Kau** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ ist eine wohlbekannte Redewendung -

(Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/
Die Grünen])

Herr Dr. Kuhn, eine Persönlichkeit, die Ihnen näher steht als mir, aber nicht nur Ihnen -, sie stammt angeblich von dem Politiker Lenin! Sie will besagen, dass man sich nur auf das verlassen soll, was man auch nachgeprüft hat.

Herr Dr. Kuhn, der Ausspruch ist in seinen Werken nicht auffindbar, er wird ihm nur zugesprochen. Wahrscheinlich ist es darauf zurückzuführen, dass er ein bekanntes russisches Sprichwort immer wiederholt hat, wo es heißt: „Vertraue, aber prüfe nach!“

(Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/
Die Grünen])

Genau, das habe ich ja gesagt! Sehr aufmerksam, Herr Dr. Kuhn!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wenn wir heute um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag in Sachen Aufgabenwahrnehmung von Aufsichtsräten in städtischen Gesellschaften werben, dann deswegen, weil wir glauben, dass man zum Beispiel nach dem traurigen Musicaldefizit bei „Marie Antoinette“ und dem Theaterverlust in Millionenhöhe sowie dem vorzeitigen Ausscheiden des Intendanten nicht einfach zur aufsichtsrechtlichen Tagesordnung übergehen kann, als wäre nichts geschehen.

Wenn man einen solchen finanziell desaströsen Vorgang miterlebt hat - es ist nicht der einzige, der erste in unserem Stadtstaat, vielleicht auch nicht der letzte -, ist man es unseres Erachtens den Steuerzahlern und Bürgern unseres Bundeslandes schuldig, dass man eine saubere Fehleranalyse betreibt und mit den gewonnenen Einsichten sinnvolle Konsequenzen ergreift, um künftig vergleichbaren Entwicklungen rechtzeitig und energisch entgegenzuwirken. Da hilft das bloße Auswechseln eines Aufsichtsratsvorsitzenden wenig.

(Beifall bei der CDU)

An die Stelle eines „Weiter so!“ nur mit anderen Mitspielern, irgendwann mit einem hoffentlich neuen Intendanten und einer bekannten Staatsrätin gehört die konsequente Anerkennung und vor allem, Herr Böhrnsen, die Anwendung eines vorhandenen Regelwerks und die Sicherstellung, dass sich derart negative betriebswirtschaftliche Entwicklungen auch in anderen städtischen Gesellschaften so nicht wiederholen dürfen. Da können wir eigentlich alle nur einer Meinung sein. Genau dafür ist neben den originär Verantwortlichen vor allem die Aufsicht eingesetzt. Besonders tragisch werden die Umstände, wenn beide gleichzeitig versagen.

(Beifall bei der CDU)

Darüber, dass die korrekte, zeitnahe und konsequente Wahrnehmung von Aufsichtspflichten eine besondere Verantwortung darstellt, Frau Krusche, brauchen wir, glaube ich, politisch nicht zu streiten. Diese Erwartungshaltung ist mehr als berechtigt und wird von Gesellschaftern, zum Beispiel Aktionären in der Privatwirtschaft, genauso geteilt wie von Bürgern und Steuerzahlern, wenn es um den Einsatz und die Verwendung ihrer Steuern, Abgaben und Beiträge geht. Zu Recht erwarten auch die Handelnden und Verantwortlichen im öffentlichen und politischen Raum, dass in der so-

genannten freien Wirtschaft mit Aufsicht in höchstem Maße verantwortungsbewusst umgegangen wird.

Wohin das unglückliche Zusammentreffen von verantwortungslosem Handeln, fehlenden Regularien und mangelnder Aufsicht führen kann, hat uns die hoffentlich langsam abschwellende Krise der Finanz- und Kapitalmärkte deutlich vor Augen geführt. Was die Politik dabei weltweit energisch einfordert, sind verlässliche Regelwerke sowie deren künftige Einhaltung und gegebenenfalls auch spürbare Sanktionierungen bei Verstößen. Herr Böhrnsen, was der Staat von der Privatwirtschaft erwartet und ihr notwendigerweise regulativ vorschreibt, kann für städtische Gesellschaften nicht minder richtig sein!

(Beifall bei der CDU)

Auch hier gelten Corporate-Governance-Grundsätze, die sich inhaltlich nicht wesentlich unterscheiden können. Der Bürger muss sich sicher sein können, dass die egal in welcher Rechtsform geführten Betriebe, Gesellschaften und Körperschaften mit städtischem und staatlichem Anteilsbesitz genauso verantwortlich und umsichtig geführt, controlled und beaufsichtigt werden.

Unter anderem beim Bremer Theater hat dies im Ergebnis nicht funktioniert. Das entstandene Defizit ist unverantwortlich, und alle Abgrenzungs- und Zuweisungsversuche zwischen Geschäftsführung, Ressort und Aufsichtsrat sind final dem Bürger nicht weiterhelfende Exkulpationsversuche; man habe das Desaster schlicht nicht verhindern können nach dem Motto: Keiner ist schuld, niemand hat es vorhergesehen, alles in allem war es unabsehbar und ließ sich auch bei bestmöglicher Aufsicht nicht verhindern, sozusagen höhere Gewalt in städtischen Niederungen. Man hat eben immer Theater mit dem Theater. Daran haben sich die Bremer längst gewöhnt, deswegen regt sich die Öffentlichkeit auch nicht mehr auf.

Wir von der CDU-Fraktion meinen, dass man daraus schon noch Lehren ziehen sollte, und zwar am besten gemeinsam.

(Beifall bei der CDU)

Dass man dem, Frau Krusche, was wir in unserem Antrag formuliert haben, mit Enthaltung oder gar, wie Sie ankündigen, mit Ablehnung begegnen kann, ist mir persönlich sachlich nicht nachvollziehbar, beantragen wir eigentlich doch Selbstverständliches, das nur bisher leider nicht hinreichend Anwendung findet, nämlich das, was nach gesundem Menschenverstand jedem, der verantwortlich handelt und ordnungsgemäß Aufsicht

darüber führt, eigentlich einleuchtend mit auf den Weg gegeben wird.

Ich vertraue und hoffe im Unterschied zu dem eingangs erwähnten Lenin auf Ihre Einsicht, Herr Dr. Kuhn, dass wir künftig eine bessere Anwendung der Kontrollmöglichkeiten benötigen, die unsere Anregungen unter 2 a bis f vorsehen, denn bei der nächsten Pleite und der übernächsten Schiefelage ist das Geschrei in der Stadt wieder riesengroß. Wer nach dem Staat ruft, meine lieben Kolleginnen und Kollegen hier links der Mitte, sollte in staatlichen und städtischen Gesellschaften meines Erachtens mit Vorbildfunktion handeln und proaktiv Aufsicht führen. Ein Von-sich-Weisen jeglicher Verantwortung wirkt wie ein oft beklagtes fehlendes Unrechtsbewusstsein. Machen wir es, Herr Böhrnsen, also künftig besser! Der Bürger wird es uns danken. - Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auch noch auf den Besucherrängen Herrn Bauer und Herrn Leyenfelder vom Personalrat des Bremer Theaters recht herzlich begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Als ich das erste Mal Ihren Antrag mit dem Titel „Aufgabenwahrnehmung Aufsichtsrat Theater Bremen“ gelesen habe, wusste ich, ehrlich gesagt, nicht so ganz, worauf Sie eigentlich hinauswollen. In den Beschlusspunkten habe ich nämlich nichts zum Bremer Theater gefunden. Sie möchten stattdessen, dass die Bürgerschaft beschließt, dass der aktuelle, gültige Corporate Governance Kodex angewendet werden soll. Sieh einmal einer an! Ich frage mich, ob das an Banalität überhaupt noch zu überbieten ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir schon dabei sind, können wir auch gleich noch beschließen, dass der Senat bitte die Gesetze einhalten soll, oder noch andere Selbstverständlichkeiten einfordern.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wenn es einen Anlass dazu gibt!)

Warum schreiben Sie hier nicht offen und ehrlich, worauf Sie mit diesem Antrag eigentlich hinauswollen? Sie haben es in Ihrer Rede auch bereits angedeutet, und ich denke, in der zweiten Runde werde Sie zeigen, was Sie eigentlich wollen: Sie wollen dem Aufsichtsrat des Bremer Theaters und besonders unserem Bürgermeister und Kulturse-nator Fehler bei der Arbeit im Zusammenhang mit dem Musical „Marie Antoinette“ unterstellen oder wenigstens den Eindruck erwecken, als sei das Defizit die Schuld des Kulturressorts.

Vor einigen Wochen haben Sie zu dem Thema bereits eine Kleine Anfrage gestellt, die sehr umfangreich war sowohl bei den Fragen als auch den Antworten. Sie sprechen in Ihrem Antrag dann noch von offenen Fragen und Mängeln bei der Aufgabenwahrnehmung, ohne aber konkret zu sagen, was Sie eigentlich damit meinen. Wenn Sie in Ihrer Anfrage und Ihrem Antrag die ganze Zeit um den heißen Brei herumreden, hat das ja einen Grund: Wenn Sie nämlich konkret sagen könnten, wo das angebliche Fehlverhalten des Aufsichtsrats gewesen sein soll, bräuchten Sie auch keine Anfrage mit 80 Einzelfragen zu stellen und banale Anträge einzureichen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Vorwürfe an den Aufsichtsrat sind deshalb so vage, weil sich der Aufsichtsrat nichts vorzuwerfen hat. Ihre Fraktion hat vollständige Aktenein-sicht in alle Vorgänge bekommen. Ihnen sind also alle Informationen rund um das Theater und den Aufsichtsrat bekannt. Auch vor dem Hintergrund ist Ihr Antrag ziemlich dünn gehalten. Entweder man hat konkrete Vorwürfe und benennt diese auch, oder man lässt es bleiben.

Auch der beste Aufsichtsrat - das wissen Sie sehr gut, Herr Kau - ist auf die Zusammenarbeit mit und vor allem auf die Zuarbeit der Geschäftsführung angewiesen. Wenn ihm diese Informationen vorenthalten werden oder die Lage beschönigt dargestellt wird, lassen sich Fehlentwicklungen nun einmal nicht sofort aufdecken. Das Kulturre-sort hat unverzüglich, nachdem es von den riesigen Defiziten von „Marie Antoinette“ erfahren hat, reagiert und mit den Konsolidierungsbemühungen begonnen. Aktuell legt das Theater der Kulturbe-hörde wöchentlich seine Zahlen vor. So genau wird wohl kaum eine andere Gesellschaft oder In-stitution in Bremen kontrolliert.

Ein unternehmerisches Risiko war „Marie Antoi-nette“ von Beginn an. Das war auch allen klar. Das Projekt hatte dennoch die volle Rückende-

ckung auch vom Kulturse-nator Herrn Kastendiek und der CDU,

(Beifall bei der SPD - Abg. Frau Busch [SPD]: Eben! So ist es!)

was Sie sowohl in Ihrer Anfrage als auch in Ihrem Antrag natürlich elegant weglassen.

(Beifall bei der SPD)

Mittlerweile sind wir alle ein Stückchen schlauer, und riskante Projekte dieser Größenordnung wird es am Bremer Theater zukünftig nicht mehr geben. In dem Zusammenhang ist auch der Ausstieg aus der öffentlichen Finanzierung des Musi-caltheaters konsequent und richtig.

Was dabei aber ganz sicher nicht hilft, sind öffent-liche Diskussionen über vermeintliches Fehlver-halten oder Missmanagement. Ich beziehe mich dabei auf all die Pressemitteilungen, die von Herrn Kau und der CDU-Fraktion während der ganzen Zeit eine nach der anderen herausgege-ben worden sind. Stattdessen würde ich mir auch von der CDU mehr konstruktive Vorschläge in der Kulturpolitik wünschen oder wenigstens eine gründlichere Oppositionsarbeit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden das Bremer Theater auf seinem zu-künftigen Weg jedenfalls weiter unterstützen. Der Aufsichtsrat wird dabei auch wie bisher seinen Teil dazu leisten und seine gründliche Arbeit fortsetzen. Ich würde mich freuen, wenn auch die Opposition in diesem Hause ihren Teil dazu be-trägt.

Dem Antrag der CDU werden wir natürlich nicht zustimmen. Wenn wir vom Senat richtiges Verhal-ten in Aufsichtsräten einforderten, würde das den Eindruck erwecken, als ob das in der Vergan-genheit nicht so gewesen wäre. Das ist aber nicht der Fall, und deshalb ist der Antrag auch überflüssig. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ver-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

ehrter Kollege Kau, dies war Ihre Kleine Anfrage - mein Kollege Herr Senkal hat darauf hingewiesen -, 80 Fragen an der Zahl, die Antworten waren meines Erachtens sehr ausführlich, und ich muss schon sagen, aus grüner Sicht sind wir sehr verwundert über Ihren Antrag zur Aufgabenwahrnehmung des Aufsichtsrats der Theater GmbH.

Wenn Sie das Parlament hier auffordern sicherzustellen, dass die Grundsätze der Regelwerke des Public Corporate Governance Kodex und des Handbuchs „Beteiligungsmanagement durch Aufsichtsräte“ eingehalten werden, dann ist das eine Selbstverständlichkeit. Der Senat stellt sicher, dass die für die Arbeit von Aufsichtsräten geltenden Regelwerke angewendet werden. Dies gilt selbstverständlich auch für den Aufsichtsrat der Theater GmbH Bremen.

Sie haben auf Ihre Kleine Anfrage zur Aufgabenwahrnehmung durch den Aufsichtsrat der Theater GmbH Bremen umfassende Antworten des Senats erhalten, die aus unserer Sicht belegen, dass der Theater-Aufsichtsrat seinen Pflichten umfänglich nachgekommen ist. Der finanzielle Misserfolg des Musicals „Marie Antoinette“ ist sicherlich für Bremen und auch für das Theater kein Aushängeschild gewesen. Aber sowohl das Kulturressort, das Finanzressort, der Aufsichtsrat als auch die Kulturdeputation und der Haushalts- und Finanzausschuss haben zeitnah die notwendigen personellen und finanziellen Konsequenzen gezogen.

Unser Interesse ist es - das sollte auch Ihr Interesse sein -, dass das Theater keinen Schaden nimmt und dass die von der Kulturdeputation beschlossene Konsolidierung des Theaters Erfolg haben wird. Das ist eine große Anstrengung für das Theater. Da stehen wir deutlich an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Theaters und auch der Künstlerinnen und Künstler, die uns viele schöne Stunden in Bremen auf der Bühne des Theater und im Zuschauerraum bescheren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Wir können aus den Antworten des Senats auf Ihre Kleine Anfrage keine Mängel der Aufgabenwahrnehmung erkennen. Vielmehr handelt es sich bei Ihrem Antrag um den durchsichtigen Versuch, unter Zuhilfenahme grundsätzlicher Unternehmensgrundsätze eine Abrechnung mit dem Kultursenator durchzuführen. Dies möchten wir an dieser Stelle deutlich zurückweisen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Ich möchte zu den einzelnen Punkten Ihres Antrags, die sich mit keinem Wort direkt auf den Theater-Aufsichtsrat beziehen, gleichwohl - wie im Vorspann Ihres Antrages ersichtlich - auf diesen Aufsichtsrat abzielen, Folgendes anmerken: Die geltenden Regelwerke werden eingehalten und auch angewendet. Nach ersten kritischen Hinweisen aus dem Theater im Oktober 2008 gab es vierzehntägig Sitzungen zwischen dem Kulturressort und dem Theater. Ziel war es, frühzeitig Risiken aus dem Projekt „Marie Antoinette“ einzuschätzen. Nach Verschlechterung der Datenlage im März 2009 hat das Kulturressort unmittelbar alle Beteiligten informiert und der Aufsichtsrat Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung in jeder Sitzung aufgefordert, über die Lage des Theaters insgesamt und des Projekts „Marie Antoinette“ Bericht zu erstatten. Abweichungen von den beschlossenen Budgets mussten dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Außerhalb der Aufsichtsratsitzungen wurde die Einhaltung der Budgets in Form von Sonderberichten durch das Ressort geprüft.

Aus heutiger Sicht hätte die Stadt auf die Durchführung dieses Musical-Projekts verzichten müssen. Im Jahr 2007 dagegen musste der Aufsichtsrat nach eingehender Prüfung davon ausgehen, dass Risiken im Bereich der Produktion sachgerecht von der Theater-Geschäftsführung geprüft wurden. Die gravierende und nicht mehr auszugleichende Verschlechterung der Zahlenlage hat dann im März 2009 dazu geführt, dass umgehende Schritte zur Konsolidierung eingeleitet wurden. Die Ergebnisse sind bekannt und auch breit in der Öffentlichkeit debattiert worden.

Wir können keinerlei Versäumnisse des Aufsichtsrats oder des Aufsichtsratsvorsitzenden erkennen, und es ist uns völlig unverständlich, dass Sie, die CDU, nachdem Sie Akteneinsicht haben nehmen können, nachdem Sie auf alle Ihre Fragen umfangreiche Antworten durch den Senat erhalten haben, hier heute diesen Antrag stellen. Wir werden ihn ablehnen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Wolthemath.

Abg. **Wolthemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen diesen Antrag der CDU, weil wir den Antragstext gelesen haben, und dieser Antragstext sagt eindeutig - ich glaube, das muss auch die Schlussfolgerung aus dem Debakel beim Theater sein -, er bezieht sich auf alle

städtischen Gesellschaften. Jeder, der im Aufsichtsrat einer städtischen Gesellschaft schon einmal tätig war, weiß, wie manche Abläufe sind und wie der Geschäftsbetrieb organisiert ist. Ich finde, da kann man dem Aufsichtsratsvorsitzenden und den Aufsichtsratsmitgliedern durch diesen Beschluss auch noch einmal eine deutliche Rückenstärkung geben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Man kann ihnen nämlich sagen, wir unterstützen die Arbeit. Die Debatte haben wir ja geführt und werden sie noch einmal führen, als es darum ging, wie es mit der Aufsichtsratsvergütung von Senatsmitgliedern aussieht. Da habe ich hier an dieser Stelle gesagt, das sind keine Frühstücksdirektoren, und das ist keine Hobbyaufgabe. Das ist eine ausgesprochen wertvolle, wichtige und anspruchsvolle Aufgabe, die entsprechend vergütet werden muss und die auch mit entsprechender Verantwortung wahrgenommen werden muss. Da müssen wir als Parlament - deshalb stimmen wir zu - jedem einzelnen der Aufsichtsratsmitglieder den Rücken stärken und sagen: Wenn etwas auffällt, wenn da etwas schief läuft, meldet euch zu Wort, und seid kritisch.

(Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/
Die Grünen])

Lieber Herr Dr. Kuhn, Sie können sich ja zu Wort melden, und dann können Sie dazu reden. Jetzt rede ich erst einmal! Ich sage Ihnen, dieser Beschluss ist enorm wichtig.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Darin steht doch gar nichts!)

Wir haben es doch beim Theater gesehen. Das ist doch ein Debakel mit Ansage! Jetzt im Nachhinein - ich koppele das jetzt einmal vom Bürgermeister ab, das könnte auch jeder andere Aufsichtsratsvorsitzende gewesen sein - zu sagen, wir haben uns bemüht, aber es ist uns nicht gelungen, ist am Thema vorbei.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn man schon sieht, dass es Probleme gibt, und die Beschlüsse des Aufsichtsrats gehen eigentlich in die Richtung, das wirtschaftliche Risiko zu minimieren, dann muss man auch bis zum Ende dort hinschauen und kann sich dann nicht mit fadenscheinigen Argumenten aus der Kulisse schieben. Das, denke ich, müssen wir ganz deutlich so sehen, und wir sollten diese Schlussfolgerung ziehen. Das ist unbedingt erforderlich! Wir haben sie in anderen Bereichen doch auch. Wir haben hier über Controlling und mangelhaftes

Controlling bei den „Havenwelten“ in Bremerhaven gesprochen. Was machen wir jetzt im Vorfeld bei den Kliniken? Da kommen wir wieder nicht mit dem Controlling aus dem Busch!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wie bitte?)

Da schaffen wir es wieder nicht, vernünftige Strukturen zu schaffen, um Verfahren, die auf uns zurollen können, zu verhindern. Das ist unsere Aufgabe! Es geht um Steuergeld, wir wollen ja unnötige Ausgaben verhindern, deshalb sage ich, wir unterstützen diesen Antrag.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich finde auch, das steht in dem Antrag auch, dazu sollte man sich auch noch einmal ernsthafte Gedanken machen, diese enge Verknüpfung zwischen Aufsichtsratsvorsitzendem und Fachressort, die es auch in anderen Bereichen gibt, ist nicht sinnvoll. Diese Verknüpfung muss es nicht unbedingt geben. Es wäre der Aufsichtspflicht und den Aufsichtsmöglichkeiten eher gedient, wenn es sie nicht gäbe.

Mir erschließt sich nach wie vor nicht, wie das passieren konnte, diese vier Millionen Euro beim Theater. Wenn man das vorher weiß - es ist ja in der Kulturdeputation schon berichtet worden, dass man da Bedenken hatte -, hätte man ganz einfach genauer hinschauen müssen. Das andere ist hier sehr blumenreich dargestellt worden, keiner trägt Verantwortung. Wir wollen das nicht! Wir sagen, wir wollen das doch, wir wollen die Aufsichtsräte stärken, wir wollen hinschauen, und wir wollen Steuergeld sparen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Waren die Steuergeldsparer von der FDP nicht gerade vornweg mit zusätzlichen Staatssekretären und so weiter?

(Abg. Woltemath [FDP]: Sie sind doch die Geldausgeber!)

Ich glaube, da auf Bundesebene etwas zu erinnern. Aber wir hören so etwas dann gleichzeitig mit Forderungen noch mehr Geld ausgeben hier

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

und Steuern weniger kassieren dort, und dann passt alles nicht zusammen, aber hört sich für den Augenblick immer gut an.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Anders als bei Ihnen!)

Riskante Investitionen im Mainstream-Unterhaltungstheater, das entsprach dem Zeitgeist der rot-grünen Regierungsjahre in Berlin und der Großen Koalition in Bremen. Die Bremer CDU hatte hier wunderbar Gelegenheit zu zeigen, wie man ein Theater als Wirtschaftsunternehmen führt. Dazu hat sie den passenden Intendanten ausgewählt und eingestellt und den passenden kaufmännischen Geschäftsführer. Das CDU-Konzept ist vom amtierenden Senat leider zunächst fortgeführt worden, bis es letztes Jahr gründlich gescheitert ist, vor allem finanziell. Dass ausgerechnet die CDU jetzt Garant für seriöses Wirtschaften am städtischen Theater sein will, befremdet vor diesem Hintergrund.

(Beifall bei der LINKEN)

Man könnte das vielleicht durchgehen lassen, weil ihr derzeitiger kulturpolitischer Sprecher nicht direkt zu denjenigen gehört, die damals die Weichen gestellt haben. Aber der hier vorliegende Antrag für mehr Kontrolle durch den Aufsichtsrat des städtischen Theaters ist aus drei Gründen sachlich völlig unnötig.

Der erste Grund: Zwar hat der jetzige Senat ein Umsteuern beim städtischen Theater aus politischer Überzeugung heraus zunächst nicht geschafft, aber nachdem das offenkundige Scheitern der Marketingorientierung für alle offensichtlich war, ist dieser Senat in der Lage - das habe ich von Anfang an gesagt -, das Theater finanziell an die kurze Leine zu nehmen. Das können Sie, und das passt zu diesem Senat, die dazu nötige Erfüllung der in dem Antrag geforderten Maßnahmen, die eigentlich selbstverständlich sind, ist ebenfalls hier nicht anzuzweifeln. Der Kollege Senkal und vor allem auch Kollegin Krusche haben das hier deutlich dargestellt.

Wir kommen zum zweiten Grund, nämlich einem zusätzlichen Kontrollgremium. Das haben wir als LINKE eingefordert, wir wollten eigentlich, dass der Betriebsrat einen Ausschuss bildet, der ein besonderes Vetorecht bekommt, eine Anregung des Betriebsrats. Es ist immerhin gelungen, einen neuen betrieblichen Wirtschaftsausschuss einzurichten, woran auch Betriebsräte teilnehmen. Nach den mir vorliegenden Rückmeldungen funktioniert dieses zusätzliche Kontrollgremium für kurzfristige und strategische wirtschaftliche interne Kontrolle gut. Das ist der zweite Grund.

Der dritte Grund ist aber der, dass wir mittlerweile ganz andere Sorgen haben am Theater, was vielleicht noch nicht überall angekommen ist, aber wir hatten eigentlich eigens zu einem Gespräch mit dem Theater eingeladen. Wer zugehört hat, weiß, dass es hier ein Problem der Unterfinanzierung gibt und eine Perspektive mit einer drohenden schleichenden Privatisierung. Wir wissen, dass es passieren kann und darüber diskutiert wird, Sponsoren zu bitten, besondere Highlights zu finanzieren, um so nach und nach dann Theater - das ist die Gefahr, die wir sehen - nach Gusto reicher Leute zu machen. Es ist kein Wunder bei der von Ihnen, von vier Parteien in diesem Land produzierten öffentlichen Armut und dem gleichzeitigen riesigen Reichtum,

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

den wir auch in Bremen haben. Aber wir haben eine Plutokratie der Kultur und nicht eine Demokratie der Kultur.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Berlin! In Berlin gibt es keine Armut?
Waren Sie schon einmal in Berlin?)

Wir brauchen ein Theater, welches frei ist und die finanziellen Möglichkeiten hat. Vier Parteien machen auf Bundesebene die Politik - Sie gehören dazu, Sie können sich gern davon distanzieren -, nach der eine Umverteilung geschieht, die uns hier in Bremen gewaltig Schwierigkeiten macht, auch im Kulturbereich.

(Abg. Woltemath [FDP]: Steht das im Antrag?)

Das müssen Sie hier mitverantworten. Dann fangen Sie an, hier nach reichen Leuten zu suchen, die Ihnen Kultur finanzieren. Wir aber sagen, es fehlt dann die Kultur, die wir brauchen, die künstlerisch so frei ist, dass sie auch die herrschenden Verhältnisse auf die Hörner nehmen kann.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wie Klein-Erna sich Kultur vorstellt! - Abg.
Röwekamp [CDU]: Wir wollen aber
Klein-Erna nicht beleidigen!)

Eine solche Kultur brauchen wir, dafür brauchen wir eine öffentlich finanzierte Kultur, ähnlich wie im privaten Rundfunk ist dann der öffentlich-rechtliche Teil nötig. Erhalten Sie den, das sind die Probleme! Dazu liefert dieser Antrag keinen Beitrag, deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat Herr Kollege Kau das Wort.

Abg. **Kau** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wird ja immer erst im zweiten Anlauf richtig schön hier, das macht richtig Spaß! Zur Rolle der Grünen vorab, Frau Krusche! Sie messen wirklich mit zweierlei Maß. Sie haben hier früher als einzige Oppositionspartei auf den harten Bänken der Opposition gesessen, kritisierten, was Herrn Kastendiek anbelangt, allein schon die Auswahl des Intendanten und verkünden jetzt bei dem, was hier passiert, eitel Sonnenschein. Das hätten Sie als Oppositionspartei bei einer anderen Koalition niemals durchgehen lassen. Das ist einfach total unglaublich.

(Beifall bei der CDU)

Wie man sich so wenden kann! Was Herrn Senkal anbetrifft, den ich persönlich sehr schätze, er hat die klassisch eingeschränkte Sichtweise und den politischen Mechanismus: Wenn einer meiner Leute angegriffen wird, muss ich sofort in Abwehrhaltung gehen. Das ist politisch auch zu wenig, das versteht der Bürger draußen auch nicht mehr.

Ich finde, wenn man Fehler macht - zumindest geht es mir als erwachsenem Menschen noch so, ich bin auch Vater von Kindern, ich mache auch meine Fehler im Privat- und Berufsleben -, kommt man doch zu gewissen Einsichten. Dann frage ich mich doch jedes Mal, wenn etwas misslungen ist, wie ich das hätte verhindern können, was ich falsch gemacht habe und wo ich gewissenhafter hätte sein müssen.

Frau Busch, ich mache mir doch Gedanken darüber, damit der Vorgang, der jetzt in die Grütze gelaufen ist, nicht noch einmal passiert, und das fehlt hier restlos!

(Beifall bei der CDU)

Wer, wie Herr Woltemath, den Antrag richtig gelesen hat, hat verstanden, dass es uns von der CDU-Fraktion, Frau Busch, gar nicht darum geht, jetzt im Klein-Klein nachzukarten, was im Theater passiert ist,

(Zuruf der Abg. Frau Busch [SPD])

sondern es geht darum, die Aufsichtsräte zu stärken und für künftige Vorgänge in anderen Gesellschaften dafür zu sorgen, dass solchen Entwicklungen rechtzeitig begegnet wird.

(Beifall bei der CDU)

Wer in mehreren Deputationen sitzt und sieht, in welchem Tempo solche Bündel von Controllingbe-

richten einmal eben abgenickt werden, ohne dass eine einzige Zahl --, der kann doch nicht glücklich darüber sein, wie wir mit öffentlichem Vermögen umgehen, Frau Busch!

(Beifall bei der CDU)

Was die mangelnde konstruktive Zusammenarbeit anbelangt, Herr Senkal, werde ich von Frau Emigholz so oft für die konstruktive Zusammenarbeit gelobt, dass es ungewöhnlich und mir in der eigenen Partei schon fast peinlich ist.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Was?)

Der Hinweis auf die Akteneinsicht ist falsch. Frau Krusche, mit der Akteneinsicht verbindet sich Vertraulichkeit. Vieles von dem, was ich da gelesen habe, ist hier gar nicht verwendbar. Das Zweite ist, wir wollen genau wie Sie den einzelnen Einrichtungen keinen Schaden zufügen. Es geht nicht darum, dem Theater jetzt irgendwelchen Dreck nachzuwerfen, sondern wir wollen in Zukunft dafür sorgen, dass diese Einrichtungen vernünftig geführt und auch vernünftig beaufsichtigt werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Kulturbehörde war in der Sache und in der Person hochsensibilisiert, denn Frau Emigholz hat immer wieder zum Ausdruck gebracht, welche Skepsis und Zweifel sie hatte, dass sie gegen sogenannte Großprojekte war, und daraus resultieren besondere Kontrollpflichten. Wenn man an einen Erfolg zunächst nicht glaubt, legt man doch rechtzeitig den Finger in die Wunde, wenn irgendetwas aus dem Ruder läuft.

(Abg. Rupp [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Kollegen Rupp anzunehmen?

Abg. **Kau** (CDU): Ja, ich nehme sie gern an!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Herr Kollege, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass Sie sagen, in den Deputationen und Ausschüssen, in denen Sie sind, werden Controllingberichte nicht gelesen und die Zahlen nicht angezweifelt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Kollege Kau!

Abg. **Kau** (CDU): Nein, ich habe nicht behauptet, dass sie nicht gelesen werden! Ich habe gesagt,

dass sie dort nicht ausgiebig erörtert werden, weil es eine sehr große Fülle an Zahlenmaterial ist, weil meistens mehrere vorgelegt werden, weil sie meistens mehrere Quartale zurückliegen, weil man auf den nächsten Bericht wartet und so weiter. Sie werden nicht Gegenstand ausgiebiger Debatten, wie es normalerweise in privatrechtlichen Aufsichtsgremien der Fall ist.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Und warum fordern Sie das nicht ein?)

Um zum Abschluss zu kommen! Diese Doppelrolle, die Herr Woltemath beschrieben hat, dass man eine Kulturbehörde oder wie auch immer eine Behörde leitet und dass man auch in einem Aufsichtsgremium sitzt, muss dazu führen, dass man doppelt verantwortlich ist und dass man alle Rechte nutzt, die man hat, alle Instrumente einsetzt, die zur Verfügung stehen, Druckmittel ausübt, Auskunftsrechte einfordert. Das kann einfach nicht durchgehen, es sei denn, ein anderer betrügt einen, und der Betrugsvorwurf ist bisher noch nicht auf dem Tisch gewesen.

Dieser Antrag ist daher nicht banal, er ist eine Pflicht, Herr Senkal, die wir unseren Steuerzahlern, unseren Bürgern, Ihren Wählern, unseren Wählern schuldig sind. Wir haben mit diesen Dingen verantwortlicher umzugehen, wir müssen ihnen mehr Zeit widmen, und wir müssen die Kontrollgremien, die wir eingesetzt haben, intensiv dafür nutzen, dass sich solche Dinge zum Wohle unseres Landes nicht wiederholen. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (parteilos)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag von Herrn Kau legt nahe, dass das Problem des Musicaltheaters darin bestünde, dass es nicht ordnungsgemäß kontrolliert worden sei. Das ist ein sehr großer Irrtum! Das Problem des Musicaltheaters fing folgendermaßen an, ich gehe geschichtlich ein bisschen zurück: Es gab einmal ein Schwimmbad, das Zentralbad in Bremen,

(Abg. Woltemath [FDP]: Das ist aber ganz weit zurück!)

das ist ganz weit zurück! Da kam irgendjemand auf die Idee zu sagen, das mit dem Schwimmbad

geht nicht, wir machen eine Markthalle, dann wurde eine Markthalle gemacht. Dann hat man gemerkt, die Markthalle geht nicht. Dann kam jemand auf die Idee, da muss ein Musical hin, es wäre jetzt absolut nötig,

(Unruhe bei der CDU)

dass wir ein Musical machen. Ich weiß aus meiner eigenen Erinnerung hier im Hause, dass ich damals als wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Fraktion noch gewarnt und gesagt habe: Dieses Projekt wird nicht funktionieren! Übrigens haben die Kollegin Frau Krusche und davor Frau Trüpel auch davor gewarnt. Es gab also durchaus warnende, mahnende Stimmen im politischen Raum, die davor gewarnt haben, dieses Musicaltheater überhaupt zu bauen, und das zu einer Zeit, als die Musicals in Deutschland absehbar zurückgingen. Die Stella AG war ganz deutlich im Abflug, und es war klar, dass ausgerechnet zu der Zeit, in der andere Städte Schwierigkeiten mit Musicals hatten, in Bremen die großartige Idee geboren wurde, das brauchen wir hier auch!

Im Übrigen war der damalige Staatsrat Haller treibend in der Frage, der immer gesagt hat, es gehe um regionalwirtschaftliche Effekte. Nun haben wir in der letzten Wirtschaftsdeputation die Fragen nach den regionalwirtschaftlichen Effekten gestellt, und das Ressort hat geantwortet, man hätte jetzt 250 000 Euro regionalwirtschaftliche Effekte für Bremen im Jahr angenommen.

Wenn man das nimmt, was in diesem Projekt an Steuergeldern versenkt ist, ich sage das auch zur FDP, was da in Gänze versenkt worden ist, und im Ergebnis sagt man dann, 250 000 Euro regionalwirtschaftliche Effekte, dann wird man, wenn man ökonomisch denkt, eine mittelmäßige Krise bekommen. Ich finde, da sollte die Bereitschaft - Herr Kau, da gebe ich Ihnen recht - ansetzen zu lernen. Ich lerne aus diesem Projekt aber nicht in der Weise, dass ich sage, der Aufsichtsrat hat schlecht kontrolliert, denn er hätte das Projekt nicht gesundkontrollieren können. Das ging nämlich nicht, weil das Projekt ziemlich kaputt war.

In der letzten Wirtschaftsdeputation ist beschlossen worden, dass die Verträge jetzt mit dem Musicaltheater gekündigt werden, dass es einen privaten Betreiber gibt. Es gibt fast gar nichts, was mich in dieser Stadt noch mehr ärgert als das, was jetzt passiert ist. Es gibt im Schlechten wahrscheinlich wirklich nichts Gutes, aber die Stadt zahlt weiter über 2,2 Millionen Euro jährlich in diese Immobilie und hat keinerlei Zugriff auf dieses Musicaltheater. Wir zahlen nur noch, und das war es dann. Wenn ich als privater Häuslebauer mir so meine Immobilie bezahlen lassen könnte, wür-

* Vom Redner nicht überprüft.

de ich es sofort machen, billiger kann man an so etwas als Privatmensch nicht herankommen!

Wenn Sie dann noch sagen, das sei eine Art Privatisierung - ich weiß nicht, ich habe meine großen Zweifel. Ich weiß aber auch, dass es keine Lösung gibt, deswegen habe ich eben gesagt, es gibt wahrscheinlich im Schlechten wirklich nichts Gutes. Vielleicht ist der Schritt, der jetzt gegangen worden ist, der einzig mögliche. Aber tun Sie hier nicht so, als sei das Problem Musical ein Kontrollproblem! Ansonsten habe ich selbst lange im Aufsichtsrat der BIG gesessen und habe gar nichts dagegen, wenn man die Aufsichtsräte stärkt. Ich habe auch nichts dagegen, wenn man gut kontrollieren kann und soll. Das ist alles in Ordnung, aber ich halte es für einen Irrweg, hier so zu tun, als sei das das Problem des Musicaltheaters gewesen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Kau, insgesamt finde ich, dass wir bei dieser Debatte, wenn es darum geht, ob ein Aufsichtsrat oder ein Aufsichtsratsvorsitzender seine Aufgaben wahrgenommen hat oder nicht, ausgiebig debattiert haben, dass wir aus grüner Sicht bei diesem Aufsichtsrat und dem Aufsichtsratsvorsitzenden keinerlei Verfehlung finden können, die in irgendeiner Weise darauf hindeutet, dass hier Pflichten verletzt wurden.

Was ich aber bedauerlich finde, ist, dass Sie hier ein Stück die Geschichte vergessen. Die Geschichte auch dieses Musicals hat einen Vorlauf. Der Intendant, der dieses Musical in Bremen implementieren wollte, Herr Frey, wurde von dem Vorgänger des jetzigen Kultursenators ausgewählt. Er hat in seiner Presseerklärung damals Folgendes gesagt: „Mit Hans-Joachim Frey haben wir einen Intendanten der jüngeren Generation gefunden, der die veränderten Anforderungen an die Leitung eines Mehrspartentheaters sowohl im künstlerischen als auch im betriebswirtschaftlichen Bereich hervorragend erfüllen wird.“

Nun kann man lange darüber debattieren: Ist ihm das gelungen oder nicht? Ich bin weit entfernt davon, diesem Intendanten eine alleinige Schuld zuzuweisen, was den Misserfolg des Musicals an-

geht. Da haben ganz viele Dinge zusammen gewirkt, aber es ist doch ganz eindeutig, dass der Aufsichtsrat die Absicht dieses Intendanten, hier in Bremen ein solches Musical spielen zu lassen --. Dies war politisch von dem vorherigen Kultursenator gewollt.

Es war gewollt, dass der neue Intendant mit Sondervorstellungen, mit Sonderprojekten, mit Events Einnahmen steigert und mehr Besucherinnen und Besucher ins Theater und auch ins Musicaltheater zieht. Unter dem Strich ist diese Rechnung, die im Interesse des Theaters Bremen wünschenswert war, nicht aufgegangen. Dies hat aber nicht ein Aufsichtsrat durch fehlende Kontrolle bewirkt, sondern hier haben unterschiedliche Dinge zusammengewirkt. Der Aufsichtsrat hat im Verlauf der Kenntnisse, die er haben konnte und die ihm die Geschäftsführung vorgelegt hat, meines Erachtens zu jeder Zeit konsequent gehandelt und das Nötige getan.

Ich fände es wünschenswert, auch vonseiten der CDU, wenn wir jetzt nach vorn schauen und nicht über Selbstverständlichkeiten reden, die meines Erachtens alle gar nicht Gegenstand eines Antrags sein müssen, sondern dass wir uns darauf konzentrieren, dass das Theater zukünftig keinen Schaden nimmt, dass es ausreichende und zufriedene Besucherinnen und Besucher hat und dass wir uns in Zukunft wieder auf einen guten Intendanten freuen können, der dieses Haus würdig nach außen vertritt und damit auch die Stadt Bremen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Wort vorweg zu Herrn Möhle! Ich würde die Fragen des Musicaltheaters und unseres Bremer Theaters bitte nicht in dieser Weise vermengen. Ich liebe das Bremer Theater, und schon deswegen sage ich es.

Lieber Herr Kollege Kau, so sehr ich den Ausgangssatz unterstreiche und für wichtig halte, dass man aus Problemen und Fehlern lernen muss, so sehr war ich erstaunt über - und der Begriff ist hier schon häufiger gefallen - die Banalität Ihres Antrags. Sie haben Akteneinsicht genommen, und es ist falsch, dass man Dinge aus Akteneinsicht nicht auch öffentlich verwerfen darf. Es kommt darauf an, welche Teile!

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

(Lachen bei der CDU)

Was lachen Sie denn da so? Wenn es um persönlich schützenswerte Daten geht, haben Sie da Zweifel, dass das so ist? Im Übrigen, schauen Sie einmal in die Grundlagen, wo es steht, in die Landesverfassung! Aber ich habe Sie schon häufiger hinweisen müssen, dass Wichtiges darin steht.

Herr Kau, Sie haben Akteneinsicht genommen, sie haben 80 Fragen gestellt. Diese 80 Fragen hat dieses Ressort in einer wirklich anstrengenden und engagierten Arbeit beantwortet.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin davon ausgegangen, jetzt kommt Herr Kau und sagt zum Ressort und auch zum Ressortverantwortlichen, über diese 80 Antworten, die dort gegeben worden sind, würden wir gern diskutieren. Das hätte ich für einen vernünftigen Weg der Aufarbeitung dieser in der Tat aufarbeitungswürdigen Angelegenheit gehalten. Warum haben Sie das nicht gemacht, warum reden wir nicht darüber, Punkt für Punkt, was Sie gefragt haben? Das hätte ich für richtig gehalten, denn man kann in der Tat nicht zur Tagesordnung übergehen.

Ich behaupte zwar und bin mir sicher, dass der Aufsichtsrat so, wie wir es beantwortet haben, keine Fehler gemacht hat, aber das ist doch nicht das Ende der Durchsage. Gleichwohl ist etwas geschehen, was nicht hätte geschehen sollen.

Der Ausgangspunkt ist gewesen, und hier benutze ich Ihre Wortwahl von Vertrauen und von Kontrolle: Wir haben kontrolliert, wir haben - und das sage ich jetzt einmal selbstkritisch und gewissermaßen weiterdenkend und auch generalisierend für andere Fragen von Aufsichtsräten über bremische Einrichtungen - gemeint zu kontrollieren, und wir haben auch Antworten bekommen. Diese Antworten waren aber von denen, die die Gesprächspartner des Aufsichtsrates sind, selbst augenscheinlich nicht mit dem nötigen Tiefgang und der Klarheit betrachtet worden.

Um es zu einem anderen Punkt zu bringen: Der Aufsichtsrat hat ausdrücklich beschlossen, dass das Budget für das Musical „Marie Antoinette“ einen bestimmten Betrag nicht überschreiten dürfe. Da fühlen Sie sich irgendwie so wie auf der Brücke eines Schiffes: Sie geben ein Kommando und gehen davon aus, dass, weil die Offiziere an Bord es auch entsprechend als Maßregel verstanden haben, das auch so umgesetzt wird, und es wird nicht so umgesetzt. Das sind die Erfahrungen, die wir machen mussten, und damit muss man sich in

der Tat auseinandersetzen, wenn wir wirklich Kontrolle ausüben wollen.

Ich bin nicht damit zufrieden, und ich sage nicht alles ist gut gewesen, sondern ich sage, ich bedauere es außerordentlich, dass das, was der Aufsichtsrat nach bestem Wissen und Gewissen veranlasst hat, nicht zu den Ergebnissen geführt hat, die wir gern gehabt hätten, nämlich dass wir nicht mit einem solchen Minus zu tun haben, denn das Minus führte dazu, und da wende ich mich dann auch an die Kolleginnen und Kollegen des Theaters, dass wir ein Konsolidierungskonzept für das Theater haben beschließen müssen, das von allen Beteiligten Großes verlangt.

Mir war dabei von Anfang an wichtig, dass zum Beispiel ein Bereich des Theaters richtig geschützt wird, und das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denn die haben schon aus der Theaterkrise 2005 ihr Päckchen zu tragen gehabt und weiter zu tragen, das ist ja noch nicht abgearbeitet, sondern das geht weiter und ist immer noch aktuell. Sie können am allerwenigsten für das, was dort geschehen ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben ein Konsolidierungskonzept, das leisten muss und nach meiner Überzeugung auch leisten wird, dass das Theater seinen künstlerisch wichtigen und guten Weg fortsetzen kann, allerdings auch mehr bezogen auf das eigene Ensemble und nicht so sehr auf teure Gäste und Produktionen von außerhalb, das ist ein Umsteuern. Wir erwarten, dass man auch vielleicht insofern zu ganz wichtigen Zeiten des Bremer Theaters zurückkehren kann, dass man eben auch auf jüngere Talente hier und dort setzt, dass man nicht nur von fertigen Produktionen sein Heil erwartet und vor allen Dingen, dass man eine richtige Einschätzung dessen hat, was zum künstlerischen und vor allem auch zum geschäftlichen Erfolg beiträgt, das ist die große Aufgabe.

Ich appelliere sehr an Sie, bei allem Streit, den wir hier vielleicht auch austragen können, dass Sie das Bremer Theater auf diesem Weg unterstützen, denn sie brauchen die Unterstützung! Sie brauchen das Wissen, das sie von der Politik getragen werden. Wir sorgen für gute Rahmenbedingungen, und wir erhoffen und tragen alles dazu bei, dass in diesem Rahmen gutes Theater in Bremen gemacht wird. Ich bin viel zu lang Fan und mit großer Begeisterung auch Abonnent dieses Theaters, als dass ich es auslassen würde, auf diesem Weg jedenfalls meinen Beitrag zu leisten. Zurückblicken ist also auch wichtig, aber mit

den richtigen Schlussfolgerungen aus dem, was man da sieht, nach vorn schauen!

Ich biete nach wie vor an, Herr Kau, um das Lernen fortzusetzen, dass wir die Kleine Anfrage nehmen, uns die Antworten anschauen, meinetwegen in der Kulturdeputation, und im Einzelnen sehen, an welchem Punkt man wo was verbessern kann. Für Verbesserungen bin ich immer, und wenn die Debatte ein bisschen dazu beiträgt, dann hat sie etwas genützt. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (parteilos)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Böhrnsen, Ihren Hinweis nehme ich gern auf. Ich habe, ehrlich gesagt, in der Kausalkette der Fehler vergessen, dass irgendwann, nämlich als das Musicaltheater am Boden lag und das Goethe-Theater das Musicaltheater retten sollte, die Idee geboren wurde, „Marie Antoinette“ als Musical vom Goethe-Theater spielen zu lassen. Ich selbst schätze das Goethe-Theater, auch wenn man das vielleicht nicht glaubt, sehr. Ich bin sehr daran interessiert, dass sozusagen das, was künftig mit dem Musicaltheater passiert - deswegen melde ich mich auch noch einmal als Warnung -, weder auf Kosten der „Glocke“ noch des Goethe-Theaters passiert. Das ist das, was ich so ärgerlich daran finde, denn jetzt hat niemand mehr Einfluss darauf, was der private Betreiber des Musicaltheaters dort machen wird. Wir werden mit Sicherheit Probleme in der „Glocke“ bekommen, möglicherweise auch im Goethe-Theater, und ich möchte das Kulturressort einfach darum bitten, genau darauf zu achten und an entsprechender Stelle auch gegenzusteuern! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Kau.

Abg. **Kau** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Böhrnsen, ich bedanke mich ausdrücklich für die Ihrerseits differenzierte Sichtweise, als ich sie von Kollegen Ihrer Koalition gehört habe. Ich kenne Sie auch nicht anders als Person; Sie sind jemand, der Einsichten hat und dazu auch steht. Es ist in der Tat so, dass oft, wenn wir Wirtschaftseinheiten leiten, das Ausrufen eines Kommandos eben nicht reicht. Je größer

über das Schiff ist, desto länger sind die Prozessketten, und daher ist ein Nachhalten dessen, was man an Umsetzung eingefordert hat, richtig. Daher freue ich mich, dass diese differenzierte Sichtweise hier geäußert wird.

Ich kann Herrn Möhle verstehen. Wenn man für eine Sache so viel Geld ausgegeben hat und sie nachher völlig pfandlos aus der Hand gibt, ist das schmerzlich, erst recht dann, wenn man persönlich immer der Sache kritisch gegenübergestanden hat.

Den ewigen Vorwurf, Frau Krusche, dass die Auswahl von Herrn Kastendiek entscheidend für die Kette sei, finde ich effektiv zu billig.

(Beifall bei der CDU)

Erst einmal wissen wir selbst anhand des neuen Verfahrens, welches in die Wege geleitet worden ist, dass Leute berufen werden, ein Gremium zur Verfügung steht, Vorschläge erarbeitet und dann entschieden wird. Anschließend hat man noch die Freiheit, ob man die Leute übernimmt oder ob man sie vorzeitig aus ihren Verträgen entlässt, aber immer wieder auf eine einzige Person abzuwälzen, dass durch ihre falsche Auswahl das Dilemma angezettelt worden sei, das finde ich zu wenig, das ist unter Ihrem Niveau.

Ich denke auch, wir schauen nach vorn, alle sind Freunde dieses Theaters. Wir hoffen, dass es, anders als es in der „Süddeutschen Zeitung“ gestanden hat, bald dann doch aus der ersten Wahl und der ersten Reihe Kandidaten gibt, die wir in dieses Intendantenamt berufen und erleben werden, und auf neue Spielzeiten.

Nach allem, was Herr Böhrnsen gesagt hat, müsste eigentlich konsequenterweise die Zustimmung zu diesem Antrag zustande kommen, alles andere ist rein politisches Geplänkel. Ich denke, wir sollten dieses Kapitel zuschlagen und für die Zukunft daraus lernen, dass wir gemeinsam mit Aufsicht proaktiver, verantwortungsbewusster und enger in der Nachhaltung umgehen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich sehe es auch als logische Schlussfolgerung aus den Äußerungen des Bürgermeisters, dass wir eigentlich alle hier einstimmig diesem Beschlussvorschlag folgen sollten, weil dieser die Stärkung der städtischen Auf-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

sichtsräte will, weil das quasi die Schlussfolgerung aus den Fehlern ist, die beim Theater gemacht worden sind, die aber in anderen Bereichen und auch an anderen Orten gemacht worden sind.

Deshalb kann ich hier noch einmal erklären, wir unterstützen diesen Beschluss, und ich appelliere auch an alle anderen, den städtischen Aufsichtsräten, die in unser aller Interesse und im Interesse der Steuerzahler agieren, mit diesem Beschluss den Rücken zu stärken. - Danke schön!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/549 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und Abg. Möhle [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

ReSoSta-Mittel vertragskonform für Wirtschaftsfördermaßnahmen in Bremen-Nord verwenden!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Februar 2010
(Drucksache 17/553 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor knapp fünf

Jahren hat der Bremer Senat sich von seinen Anteilen an den Stahlwerken Bremen in Form eines Verkaufs an den Mehrheitsgesellschafter ArceorMittal getrennt. Bremen verpflichtete sich damals, vom Verkaufserlös 20 Millionen Euro für Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen zu verwenden. Grundlage dieser Zweckbindung war eine Forderung von Betriebsrat und den IG-Metall-Vertrauensleuten der Stahlwerke Bremen während der Verkaufsverhandlungen im Winter 2004 und auch eine Bedingung der Zustimmung des Betriebsrats zu dem Verkauf der Anteile.

In diesem Zusammenhang wurde das sogenannte ReSoSta-Programm damals zwischen den damaligen Koalitionären und in enger Abstimmung mit Vorstand und Betriebsrat konzipiert. Dieses Programm ReSoSta hatte verschiedene Schwerpunkte wie die Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen im Zusammenhang mit, deswegen will ich das hier noch einmal erwähnen, dem FIT-Programm und dem Abbau von Arbeitsplätzen bei den Stahlwerken. Schwerpunkte waren unter anderem die Erschließungsmaßnahmen Industriepark und auf dem BWK-Gelände, Unternehmens- und Investitionsförderungen, Existenzförderungen, Weiterbildungspartnerschaften wie das Kunststoffkompetenzzentrum in Bremen-Nord, was sehr erfolgreich gelaufen ist, Machbarkeitsstudien im Zusammenhang mit dem Gesundheitspark Friedehorst beziehungsweise mit der Jacobs Universität Bremen.

Der damalige Senat hat in einer Antwort auf eine Große Anfrage im Jahr 2007 für sich festgestellt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Der Senat des Landes Bremen hat mit der Konzipierung dieses Sonderprogramms zur Verwendung der 20 Millionen Euro deutlich gemacht, dass er weiterhin nicht nur für den Erhalt der Stahlwerke Bremen einsteht, sondern sich darüber hinaus seiner besonderen Verantwortung für das regionale Umfeld bewusst ist und in diesem für die Schaffung neuer ebenso wie die Sicherung bestehender Arbeitsplätze besondere Anstrengungen unternimmt.“ Ein Zitat, meine Damen und Herren, das die heutige Regierung so nicht mehr glaubwürdig zu Papier bringen kann!

(Beifall bei der CDU)

Was ist passiert? Senat, Parlament, Deputation und auch Ausschüsse haben sich seitdem intensiv mit der Abarbeitung dieses Programms beschäftigt, Anfang 2007 im Rahmen einer Großen Anfrage, im August 2008 in der Deputation für Wirtschaft und mehrmals im Haushalts- und Fi-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

nanzausschuss, aber auch in der Deputation für Arbeit. In den Vorlagen, die dann seit August 2008 in der Wirtschaftsdeputation vorgelegt worden sind, wurde damals von Restmitteln in einer Höhe von 1,7 Millionen Euro gesprochen. Nicht erwähnt worden ist, obwohl das Wirtschaftsressort ja hier in den vergangenen Wochen in der Diskussion immer wieder den Anschein erweckt hat, dass diese Mittel nicht für wirtschaftsfördernde Maßnahmen eingesetzt werden sollten und somit keine sachgerechte Verwendung der Mittel im Sinne der Vereinbarung von damals zwischen Senat und den Stahlwerken, Betriebsrat und Vorstand gewährleistet werden kann.

Dann kam die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses Ende Januar. Die Finanzsenatorin erklärte, dass Mittel in Höhe von zirka 2,3 Millionen Euro nicht abgerufen und verwendet werden können und dass das Ressort des Wirtschaftsensors erklärt, es hätte keine Verwendung für diese Mittel. Also, so der Vorschlag der Finanzsenatorin, das Geld in den allgemeinen Haushalt! Wofür und für wen das Geld verwendet werden soll, völlig unklar, zur Schuldentilgung offensichtlich nicht! Strukturschwäche in Bremen-Nord, egal, die vertragliche Zusage gegenüber Betriebsrat und Stahlwerke wird ignoriert!

Sieht so eine verlässliche Politik aus, meine Damen und Herren, indem man vertragliche Zusagen nicht einhält? Sieht so eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik aus, dass man mit Gleichgültigkeit für die zur Verfügung stehenden Mittel keine Ideen entwickelt? So sieht das sicherlich nicht aus!

(Beifall bei der CDU)

Das Argument, das dann vom Wirtschaftsressort, aber auch von einzelnen Abgeordneten kam und nachweislich im Ausschussprotokoll nachzulesen ist, dass Mittel nicht anderweitig für wirtschaftsfördernde Maßnahmen ausgegeben werden konnten, ist doch ein Armutszeugnis. Wenn nach Aussagen des Ressorts seit August 2008 klar ist, dass diese Restmittel in dieser Höhe anstehen, dann frage ich mich, warum hat das Ressort in dieser Sache nichts getan?

Es wäre doch ein Leichtes gewesen, mit Vorstand und Betriebsräten der Stahlwerke Gespräche aufzunehmen. Es wäre doch ein Leichtes gewesen, wenn man schon keine eigenen Ideen hat und bereit ist, Ideen zu entwickeln, vorhandene Ansätze aus den anderen Projektmitteln weiter zu entwickeln und umzusetzen. Dann bei einer ersten öffentlichen Kritik des Ressorts für Wirtschaft und Häfen mit hektischen und nervösen Halbwahrheiten, ich benutze dieses Wort Halbwahrheiten be-

wusst in diesem Zusammenhang, die Öffentlichkeit in die Irre zu führen, reflektiert zumindest den inneren Zustand der Ressortspitze vor drei Wochen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist hoffentlich und Gott sei Dank Vergangenheit.

Ich frage mich auch in diesen Zusammenhang, was machen denn die Abgeordneten der Regierungskoalition aus Bremen-Nord? Ich will jetzt Frau Dr. Schaefer ausdrücklich ausnehmen, da sie ja für sich auch selbst erklärt hat, dass sie in der Rolle als Bürgerin aus Bremen-Nord und in der Rolle als Abgeordnete hier im Parlament einen Gewissenskonflikt sieht und sich da eher zurückhält. Wenn ich aber an Veranstaltungen des Wirtschaftsrates in Bremen-Nord denke oder an andere Angelegenheiten, wird liebend gern, Frau Arnold-Cramer, der Einsatz der SPD für wirtschaftsfördernde Maßnahmen immer wieder hervorgeholt. Wo haben Sie sich denn in diesem Zusammenhang bei Ihrem Senat eingesetzt? Wo haben Sie Druck gemacht, dass der Senat, dass der Senator für Wirtschaft und Häfen die Mittel so verwendet, wie es vertraglich zugesichert worden ist? Mit Sonntagsreden, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, kommen Sie hier nicht weiter!

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion fordert den Senat auf, die Restmittel für wirtschaftsfördernde Maßnahmen so einzusetzen, wie es vertraglich vereinbart ist, und wir fordern den Senat auf, bis Ende April - meinetwegen auch, wenn Sie sagen, die Zeit ist zu knapp, dass eineinhalb Jahren Ideensammlung noch nicht ausreichen, gern Ende Mai - entsprechende Vorschläge zu entwickeln.

Der Betriebsratsvorsitzende Michael Breitenbach formulierte damals im Mai 2005 in einem Positionspapier des Betriebsrats mit der Überschrift Zukunftsvertrag, ich zitiere: „Mit der Einlösung dieser Forderung, nämlich der 20 Millionen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen, kann der Region ein Teil des Kredits zurückgegeben werden, den Bremen den Stahlwerken in schwierigen Zeiten gegeben hat. Das gemeinsame Einstehen für den Erhalt der Stahlwerke Bremen soll seine Fortsetzung finden im gemeinsamen Einstehen für Arbeitsplätze in der Region.“ An diesem gemeinsamen Einstehen für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region scheint der Senat, scheint Rot-Grün kein Interesse zu haben. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hält sich hartnäckig seit Jahren, möglicherweise schon seit Jahrzehnten, ein Missverständnis über Grundregeln öffentlicher Haushalte. Die Bewilligung von Ausgaben, die der Haushaltsgesetzgeber vornimmt oder auch in bestimmter Höhe die Ressortchefs, so wird immer gedacht, würde bedeuten, dass das Geld, was da bewilligt worden ist, auch ausgegeben werden muss, sodass auf jeden Fall irgendwie eine politische Verpflichtung dazu bestünde, die bewilligten Gelder auch tatsächlich auszugeben, und wer das nicht tue, der sei zu blöd, um Geld auszugeben. In Wirklichkeit ist das aber ein bisschen anders.

Ich darf daran erinnern - und ich entschuldige mich jetzt schon, dass ich hier Selbstverständlichkeiten wiedergebe, aber offensichtlich ist es notwendig -, ein Haushaltsplan bedeutet allein, dass man, immer noch wohlbegründet, dann aber sehr wirtschaftlich und effektiv, Geld ausgeben darf. Da ist ein entscheidender Unterschied zwischen Müssen und Dürfen. Wenn sich aber die Ziele, die man sich einmal mit dieser Setzung im Haushaltsplan vorgenommen hat, im Konkreten wie auch die Umstände, dann ändern, wenn man Maßnahmen günstiger erreichen kann als geplant oder wenn die Ziele anders zu erreichen sind, dann hat man formal vielleicht noch die Möglichkeit, das Geld auszugeben - ja, das ist richtig - nach dem Motto: Das Geld ist schon einmal da, das sucht sich dann schon die Projekte, egal was.

Meine Damen und Herren, das macht aber keinen Sinn, das dann zu tun. Das macht schon überhaupt gar keinen Sinn, wenn das wie gegenwärtig in Bremen bedeutet, dass wir dafür zusätzlich Schulden aufnehmen. Denn die 2,3 Millionen Euro, die jetzt zur Debatte stehen, liegen ja nicht irgendwo im Safe des Wirtschaftssenators. Ich höre das immer so: Da ist doch Geld da, welches wir ausgeben können! In Wirklichkeit liegt das da nicht. Es ist bei den Banken auf deren Konten, und wenn die es uns geben, wollen sie Zinsen dafür haben. Das ist entscheidend, und warum um Gottes Willen sollte ich das dann tun?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Banalitäten scheinen offensichtlich nicht selbstverständlich zu sein, sonst hätte die CDU nicht diesen ziemlich wunderlichen Antrag gestellt. Der Antrag ist besonders wunderlich vor dem Hintergrund der Sonntagsreden, die Herr

Röwekamp hier immer mittwochs und donnerstags hält, wenn es um das brutalst mögliche Sparen geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verstehe nur eines, dass offensichtlich die CDU mit doppelten Spielkarten spielt.

Herr Kastendiek hat daran erinnert, dass das Programm mit der Abkürzung ReSoSta seinen Ursprung im Verkauf der Anteile Bremens Ende 2004/Anfang 2005 an Arcelor hat, verbunden mit dreiseitigen Verabredungen. Arcelor verpflichtete sich, ich will an alle Seiten erinnern, zu Maßnahmen, die zur Stärkung des Eigenkapitals dienen sollten in Höhe von 200 Millionen Euro. Der Betriebsrat sicherte seine konstruktive Mitwirkung an einem riesigen Rationalisierungsprogramm mit Personalabbau im Umfang von 1 700 Stellen zu, und das Land Bremen verpflichtete sich ausdrücklich, von 2005 bis 2007 der zeitliche Rahmen wurden damals sehr eng festgelegt Wirtschaftsstrukturmaßnahmen, Arbeitsfördermaßnahmen im Land Bremen in Höhe von 20 Millionen Euro durchzuführen, um diesen Arbeitsplatzabbau im Bremen-Nord auf der Hütte etwas abzufedern, vor allen Dingen natürlich in Bremen-Nord.

Ich weiß jetzt nicht ganz genau, wer da gerade CDU-Wirtschaftssenator war, aber jedenfalls 2007 waren die verabredeten Maßnahmen nicht umgesetzt. Es dauerte länger. Ich will das nicht kritisieren. Umgekehrt glaube ich nicht, dass die CDU das Recht hat, wie sie es am Anfang gemacht hat, gerade das zu kritisieren, dass wir jetzt erst am Ende sind bei der Abarbeitung eines Teils der Maßnahmen.

Aber - und das ist jetzt der entscheidende Punkt - bei der Umsetzung zeigte sich, dass einige Maßnahmen entweder günstiger wurden beziehungsweise korrigiert wurden wie die Erschließung des Geländes der Bremer Wollkämmerei. Sie wird gegenwärtig in der Tat nicht forciert, weil die Nachfrage im Moment nicht da ist. Deswegen ist es vollkommen vernünftig, das zu strecken, etwas zu warten, wie sich das entwickelt, zumal zugesichert und auch erklärt ist, dass, wenn der Bedarf wirklich kommen sollte, das aus dem regulären Haushalt dann bezahlt wird. Warum um Gottes Willen soll ich dieses Geld, welches dafür nicht ausgegeben werden muss, dann unbedingt für irgendetwas ausgeben?

Wir, sage ich für die Grünen, wollen dieses Geld in der Tat nach Möglichkeit einsparen, und wenn es denn doch für sinnvolle Maßnahmen ausgegeben werden soll, dann geht das aus dem allgemeinen Haushalt über einen Antrag an den Haus-

halts- und Finanzausschuss. Dann werden wir darüber befinden, ob es außer dem Sparen auch vernünftige Anwendungen gibt. Wir gehen zum jetzigen Zeitpunkt vom Sparen aus.

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Das Geld holen Sie dann nicht von der Bank?)

Nein, das Geld müssen wir dann nämlich nicht von der Bank holen, weil wir es ja nicht ausgeben, Herr Schrörs! Ich sage, wenn jemand Geld ausgeben will, dann muss er damit zum Haushalts- und Finanzausschuss kommen. Das habe ich gesagt, mehr nicht!

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Sie haben doch gerade gesagt, dass Sie das Geld ausgeben wollen!)

Herr Schrörs, ich habe gesagt: Wir, die Grünen, wollen dieses Geld einsparen, und wenn jemand kommt und will das Geld für Zwecke ausgeben, dann muss er in den Haushalts- und Finanzausschuss kommen. Mehr habe ich eben nicht gesagt! Sie werden mir nichts anderes in den Mund legen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die CDU wirft uns Vertragsbruch vor. Ich finde, das ist nun wirklich vollkommen und absolut lächerlich. Glauben Sie das im Ernst, Herr Kastendiek? Haben Sie das einmal nachgeprüft, dass Arcelor exakt 200 Millionen Euro eingesetzt hat? Wollen Sie das hier im Ernst behaupten? Wollen Sie im Ernst uns vorrechnen, dass exakt 1 700 Arbeitsplätze abgebaut worden sind? Es handelt sich um Rahmenverabredungen, um bestimmte Größenordnungen und um Summen in einem Dreiecksverhältnis, und das ist, glaube ich, von allen Seiten gut eingehalten worden. Eine große Anstrengung, bei der man der Belegschaft der Stahlwerke nur den größten Respekt zollen kann, dass das so gemacht worden ist!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Eine große Zumutung, aber mit Erfolg! Das war eine dreiseitige Verabredung, die von Ihnen damals begonnen worden und von uns weitergeführt worden ist zum Wohl der Stahlwerke, der Stadt und auch vor allen Dingen Bremen-Nords, die da direkt betroffen sind.

Aber die Denkart, und das ist das Entscheidende, warum wir den Antrag ablehnen werden, die dem zugrunde liegt, was einmal bewilligt wurde, muss auch ausgegeben werden, diese Denkart, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist von gestern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir die eben gehörten Reden jetzt zusammenfassen, bekommen wir so ganz langsam ein historisches Gesamtbild, wie das insgesamt abgelaufen ist. Ich war, als Herr Kastendiek anfang, eigentlich sehr angetan, wie er das so dargestellt hat.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Wie beim Theater auch!)

Herr Dr. Kuhn hat ja noch einmal ausgeführt, wie es überhaupt zu diesen Einsparmöglichkeiten gekommen ist. Es ist natürlich in einem Haushaltsnotlageland vernünftig, wenn man Einsparungen machen kann und Finanzierungen aus anderen Töpfen machen kann, dass man dies auch tut. Ich glaube, dass da auch kein Widerspruch besteht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin aber dann doch etwas erstaunt, wie leichtfertig dann damit umgegangen wird, was in der Vorlage der Senatorin für Finanzen tatsächlich steht. Herr Kastendiek hat eben gesagt, die Mittel würden nicht mehr benötigt werden, ich möchte die entsprechende Passage einmal zitieren, „werden nach Darstellung des Ressorts Wirtschaft und Häfen nicht mehr abgefordert und verbleiben in der Sonderrücklage ReSoSta“.

Jetzt ist die Frage: Warum werden sie denn nicht mehr abgefordert? Da ist vorhin auch darauf hingewiesen worden, dass es ein Protokoll des Haushalts- und Finanzausschusses gibt, in dem die Debatte dargestellt wird, die offensichtlich eine längere und intensivere gewesen ist, in der dargestellt wird, warum das denn so ist. Dort hat ein Vertreter des Senators für Wirtschaft und Häfen erklärt, die in Rede stehenden Mittel seien, ich zitiere wieder, „einer Rücklage zugeführt worden. Die Ressorts könnten aber wegen der festgelegten Ausgabenbegrenzung“ - Sie erinnern sich noch an den Begriff Primärhaushalt! - „auf Rücklagen nur zugreifen, wenn sie an anderer Stelle im Haushalt entsprechende Sachmittelausgaben nicht nutzen.“ Das ist irgendwie eine andere Qualität. Die einfache Forderung zu sagen, wir nutzen das Geld, und dann ist es gut angelegt, hätte bedeutet, dass an anderen Stellen hätte eingespart

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

werden müssen. Insofern ist die Lage ein bisschen komplizierter, als sie bisher dargestellt worden ist.

Was hat der Haushalts- und Finanzausschuss jetzt gemacht? Er hat das Geld zurück an den allgemeinen Haushalt geführt. Ich sage, weil Herr Kastendiek das auch an Abgeordnete aus Bremen-Nord adressiert hat, aber ich sage das nicht nur in meiner Eigenschaft als Abgeordneter aus Bremen-Nord, sondern durchaus in Übereinstimmung mit meiner Fraktion, das ist alles ein bisschen unbefriedigend. Wir hatten selbstverständlich die Erwartung, dass die 20 Millionen Euro für Arbeitsmarktmaßnahmen, für Qualifizierungsmaßnahmen und für wirtschaftsstärkende Maßnahmen in und um den Bereich der Stahlwerke und in der Region eingesetzt werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten auch nach wie vor daran fest.

Wir wissen, dass wir den Weg über den Haushalts- und Finanzausschuss gehen müssen, auch deshalb, weil wir selbstverständlich, wenn wir denn eine Kreditlinie bisher noch nicht erfüllt haben, aber erfüllen wollen, in Konkurrenz zu anderen Projekten treten müssen. Ich bin aber ganz zuversichtlich, dass wir Projekte haben, und anders, als das in der Presse dargestellt worden ist, ist doch bekannt, welche Projekte insgesamt noch gemacht werden können. Ich kann den Science-Park, die weiteren Erschließungen der BWK und die Einbindung des hinzugekauften BWK-Geländes in den Stadtteil Blumenthal nennen. Es gibt genügend Maßnahmen, die insgesamt finanziert werden können und müssen. Daran soll es nun wirklich nicht scheitern. Es muss aber so sein, dass es sich insgesamt in eine Prioritätenliste auch einpassen lässt und dass es auch so akzeptiert werden kann. Ich kann für meine Fraktion erklären, wir erwarten, dass diese Restmittel tatsächlich für diese Zwecke noch benutzt werden können. Dazu bedarf es natürlich eines Antrags und einer Einigung im Haushalts- und Finanzausschuss.

Meine Damen und Herren, ich will zum Abschluss noch einmal sagen, ich finde das Gesamtverfahren, wie es abgelaufen ist, und ich sage das sehr persönlich, nicht sehr glücklich. Ich hätte mir einen anderen Verfahrensablauf gewünscht, weil ich nämlich glaube, dass das Ziel, die Wirtschaftskraft gerade der Region des Bremer Westens und des Bremer Nordens zu stärken, dieses Haus eigentlich eint.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU beantragt, die restlichen ReSoSta-Mittel nicht in den allgemeinen Haushalt abzuführen, sondern zweckgebunden für die Wirtschafts- und, ich betone, auch Arbeitsförderung zu verwenden. Dieses Anliegen finden wir als Linksfraktion sehr begrüßenswert.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade im Licht der heutigen Wirtschaftskrise lohnt es sich allerdings, sich noch einmal die Geschichte dieser Mittel anzusehen, einige geschichtliche Daten wurden ja schon vorgetragen. Vielleicht kann das Bild durch meine Ausführungen noch einmal vervollständigt werden.

1994 gab der Klöckner-Konzern seine Stahlstandorte auf. Das Land Bremen übernahm daraufhin die Hütte, um vor allem den Verlust der damals fast 5 000 Arbeitsplätze zu verhindern. Die Mehrheit wurde an die belgische Sidmar verkauft. Das Land behielt eine strategische Beteiligung. Etwa 1 700 Arbeitsplätze wurden abgebaut, zumindest wurde es vertraglich so vereinbart. Nach dieser Rosskur gab das Land 2005 auch noch seine Beteiligung auf und verkaufte sie anlässlich der Fusion von Arcelor und Mittal an den neuen Inhaber.

Aus diesem Verkauf einer Drittelbeteiligung an einem Werk, das über eine Milliarde Euro Umsatz machte, wurden 134 Millionen Euro erzielt. Diese steckte die Große Koalition wie selbstverständlich in den allgemeinen Haushalt, bis auf die angesprochenen 20 Millionen Euro, die für Wirtschafts- und Arbeitsförderung abgezweigt wurden. Dabei handelte es sich unserer Auffassung nach zu über 80 Prozent um Infrastrukturmaßnahmen. Ganze 3,2 Millionen Euro gingen in die Arbeitsförderung, die Hälfte davon in den Existenzgründungsfonds. Die 2,4 Millionen Euro Restmittel, um die es jetzt geht, sind Mittel, die aus den Infrastrukturprojekten nicht verbraucht wurden.

An dieser Stelle ist zweierlei bemerkenswert. Zum einen: Hätte man den Verkaufserlös von 134 Millionen Euro damals komplett in einen Fonds oder eine Stiftung zur Arbeitsmarktförderung eingebracht, so wie es heutzutage auch die Grünen mit ihren Projekten wie Rhododendronpark oder Botanika machen, dann könnte man heute jährlich fünf bis sieben Millionen Euro mehr für Arbeitsmarktpolitik ausgeben. Diese leidet bekanntlich auch am stärksten unter dem Haushaltsdruck.

Zum anderen: Die strategische Beteiligung des Landes hat damals tatsächlich den Großteil der Arbeitsplätze gerettet und die Stahlproduktion in Bremen erhalten. Bemerkenswert ist daran, dass vor allem staatliche Beteiligung der Schlüssel zur aktiven Intervention war, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zu einer strategischen Wirtschaftspolitik geführt hat. Das Land hat seine Stahlwerkeanteile über zehn Jahre gehalten. Bei der swb waren dem Senat schon einige Wochen zu heiß.

DIE LINKE wird dem Antrag der CDU insofern zustimmen. Wir erwarten allerdings, dass die Restmittel nicht einfach in Infrastruktur gehen, sondern vorrangig für die Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsförderung verwendet werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP)¹⁾: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich eines vorwegschicken: Die FDP-Fraktion in diesem Haus bekennt sich ausdrücklich, Herr Kollege Liess, zur Förderung der Wirtschaft im Bremer Westen. Im Bremer Norden ist es eine Aufgabe auch für die nächsten Jahre, dass wir weiter daran arbeiten, dass die Wirtschaftsstruktur weiter verbessert wird, dass dort auch Möglichkeiten für Beschäftigung und Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt entstehen können.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Sinne hat das hier diskutierte Programm ReSoSta eine ganze Reihe von wesentlichen Verbesserungen erreicht, weil dieses in verschiedene Segmente gegliederte Programm durchaus über mehrere Jahre angelegt war. Ich denke, es hat einen wirklich sehr positiven Beitrag für den Bremer Norden und Westen auch hier erreicht. Ich will einige Punkte nur exemplarisch nennen, damit ein bisschen deutlicher wird, was innerhalb dieses Programms alles auf den Weg gebracht worden ist.

Zum einen ging es darum, unmittelbar private Investitionen im Bremer Westen und Norden zu unterstützen, Existenzgründungsförderung, Investitionsförderung in den beiden Stadtbezirken sind unterstützt worden, und das ist auch richtig und gut so. Im Weiteren sind Infrastrukturmaßnahmen aus diesem Programm in erheblichem Umfang gefördert worden. Auch da hat es positive Impulse

gegeben, eben nicht nur durch die Verlagerung der Verwaltung der Stahlwerke, sondern auch durch die Erschließungsmaßnahmen im Bereich des BWK-Geländes, der Science-Park ist bereits angesprochen worden und etliches andere mehr im Bereich der Jacobs University.

Es hat Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktförderung gegeben, zu nennen sei etwa das Projekt Recyclingpark Unterweser oder das Kunststoffkompetenzzentrum in Bremen-Nord. Auch das sind richtige und gute Investitionen gewesen, die für die beiden Stadtbezirke, für den Norden und den Westen, richtige Weichenstellungen vorgenommen haben. Weiterhin sind auch in begrenztem Umfang Mittel für begleitende Maßnahmen verausgabt worden. All das, denke ich, darf man an dieser Stelle auch einmal würdigen, weil der überwiegende Teil der Summe, über die wir diskutieren, tatsächlich auch in die richtige Richtung gegangen und investiert worden ist. Wir reden also heute über einen Bruchteil dessen, was dieses Programm ausgemacht hat.

Ich habe doch teilweise das Gefühl, es ist eine etwas skurrile Debatte, die wir heute führen, die sehr ungewohnte Züge annimmt. Die CDU fordert, man möge Geld ausgeben, koste es, was es wolle, für irgendetwas, wo sie selbst nicht so genau darstellen kann, was sie jetzt eigentlich konkret fördern will. Ich bin sehr bei Ihnen, wenn Ihr Anliegen ist, für den Bremer Norden und den Bremer Westen zur Bewältigung der Strukturkrise in der Folge der Reduzierung von Arbeitsplätzen im Stahlsektor etwas Positives zu erreichen. Ich glaube nur, es hätte Ihrem Antrag sehr gut getan, wenn Sie sehr konkret auch gesagt hätten, wofür Sie Mittel verausgaben wollen.

Ich will auch sagen, ich halte es in der Tat für richtig, dass wir uns zur richtigen Zeit auch Gedanken darüber machen, an dem Standort der ehemaligen BWK Weiterentwicklungen vorzunehmen und auch den Stadtteil Blumenthal zu integrieren und dort auch eine Perspektive für diesen Stadtteil, der es nicht leicht hat, zu schaffen. Gleiches gilt für andere Vorschläge, die gemacht wurden, aber die fehlen mir eben und unserer Fraktion in dem Antrag der CDU.

Es ist eindeutig richtig und immer die Haltung der FDP gewesen, wenn tatsächlich Mittel sparsamer eingesetzt werden, wir eine Ersparnis haben, dann ist es doch gut, dass diese Mittel tatsächlich in den Haushalt zurückfließen. Richtigerweise gilt immer, wenn städtisches Eigentum veräußert wird, dann muss der Erlös zunächst einmal - das ist der erste Punkt, die Lehre sollte man in der Tat daraus ziehen - darauf verwendet werden, dass man Schulden tilgt,

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der FDP)

weil es auch das Eigentum der Stadtgemeinde gewesen ist. Insofern verbietet es sich eigentlich, deshalb sehen das die meisten Haushaltsordnungen auch vor, dass man sehr schnell sagt, man hätte 20 Millionen Euro ausgeben können, dann müssen wir uns schnell irgendwelche neuen Projekte ausdenken, um hier den Rest der Mittel zu verbrauchen. Ich glaube, mit nachhaltiger Haushaltsführung hat ein solches Denken - da will ich ausnahmsweise dem Kollegen Dr. Kuhn an dieser Stelle recht geben - nicht viel zu tun. Deswegen werden wir diesen Antrag der CDU auch ablehnen.

Im Übrigen heißt das allerdings nicht, dass wir zu den Projekten, die konkret in Bremen-Nord anstehen, eine andere Meinung hätten. Nein! Sie sollen sehr wohl weiterhin gefördert werden, aber zum richtigen Zeitpunkt und natürlich ganz klar nach einer ordentlichen Beratung und Beschlussfassung auch im Haushalts- und Finanzausschuss.

Ich glaube, mehr muss man eigentlich auch nicht dazu sagen, denn von der politischen Zielsetzung her sehe ich das breit über alle Fraktionen getragen. Wenn selbst Frau Nitz sich dazu durchringen kann, für die Fraktion DIE LINKE jetzt Mittel für die Wirtschaftsförderung einzufordern, finde ich das einen weiteren interessanten Beitrag zu dieser facettenreichen Debatte. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Möhle das Wort.

Abg. **Möhle** (parteilos)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Wirklichkeit ist genau diese Geschichte eigentlich Ausdruck einer gelungenen Wirtschaftsförderpolitik. Der Hütte ging es schlecht, der Staat hat geholfen - so weit, so gut - mit Steuermitteln, womit denn sonst? Dann hat die Branche geboomt, und dann hat man die Anteile zu einer Zeit verkauft, in der man sie gewinnbringend verkaufen konnte. Man hat mehr zurückerhalten, als man seinerzeit investiert hat. Das gehört auch zur Geschichte genau dieser Aktion.

Um das auch noch einmal zu sagen: Das ist aus Haushaltsmitteln bezahlt worden, warum sollte das dann nicht in den Haushalt zurückkommen? Wie kommt man auf die Idee, Frau Nitz, zu sagen,

man hätte damit eine Stiftung oder sonst irgendetwas machen müssen? In meinem Verständnis ist es völlig normal, dass diese Mittel zurück in den Bremer Haushalt fließen, woher sie auch gekommen sind, dorthin gehören sie am Ende auch. Darum muss man meiner Auffassung nach dann auch nicht einen solchen Eiertanz machen. Mir ist wichtig, dass die Projekte für Bremen-Nord allesamt nützlich waren. Wie ich den Kollegen Kastendiek verstanden habe, hat er das genauso gesehen.

Jetzt ist die Frage: Man hat nicht alle Mittel verwendet, es sind Mittel übrig geblieben. In der Tat, ich glaube auch, dass Bremen-Nord Strukturprobleme hat, die hier im Haus oft nicht in der Schärfe gesehen werden, wie sie gesehen werden müssten. In Bremen-Nord ist nicht nur die Vulkan-Werft kaputtgegangen mit Tausenden von Arbeitsplätzen, sondern auch die Bremer Wollkämmerei. Wenn man die Stadtgeschichte kennt, weiß man, dass um diese beiden Großbetriebe im Grunde genommen Blumenthal/Bremen-Nord entstanden und gewachsen ist. Die sind im Kern herausgeflogen. Ich sage Ihnen, wenn Sie in Lesum leben, genauso in Blumenthal oder Vegesack, merken Sie heute noch, wenn Sie mit Bäckereifachverkäuferinnen reden, dass sie sagen, ihnen sind die Umsätze genau wegen dieser Geschichte zurückgegangen. Der Strukturwandel hat einiges aufgefangen, auch auf dem Vulkan-Gelände, das will ich gar nicht in Abrede stellen, aber man muss nicht glauben, dass wir das Niveau erreicht haben, auf dem Bremen einmal stand. Deswegen glaube ich, politisch hergeleitet und ökonomisch begründet ist es nötig für Bremen-Nord, Wirtschaftsfördermittel zu nutzen und zur Verfügung zu stellen.

Das ist für mich aber keine Frage, Herr Kastendiek, sozusagen die Restmittel zu benutzen, sondern das ist für mich eine ökonomische Entscheidung, die das Wirtschaftsressort in meinen Augen treffen muss, zu sagen, wir wollen genau in Bremen-Nord gegen diesen Abschwung der Wirtschaft, für den Strukturwandel positive Zeichen setzen. Dafür sollte man Mittel nehmen. Ich teile die Auffassung, die der Kollege Dr. Kuhn vertritt, das muss man im Haushalts- und Finanzausschuss selbstverständlich ordnungsgemäß beantragen. Ich glaube aber, dass das Ressort überhaupt keine Mühe haben wird, entsprechende Projekte zu benennen und diese Mittel dann da auch zu beantragen. Ich wünsche mir, dass die politische Mehrheit genau dafür auch gegeben ist.

Ich sage es noch einmal: Ich bin es allmählich leid, hier im Hause so zu reden, als sei Bremen-Nord irgendwie etwas Gespenstisches. Nein, es ist ganz einfach weder gespenstisch noch sonst

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

irgendetwas! Es hat eine ähnlich schwierige Struktur in der Wirtschaft wie Bremerhaven auch. Darüber braucht man gar nicht zu lachen, das ist einfach so, wenn große Industrien wegbrechen, haben sie in den Stadtteilen und den Stadtgesellschaften Probleme. Wir sind dabei, die für Bremen-Nord zu lösen. Ich sage auch über alle Parteigrenzen hinweg ganz deutlich, dass da auch viele Erfolge zu verzeichnen sind. Das liegt zum Beispiel genauso an dem ehemaligen Senator Kastendiek wie aber auch an dem jetzigen Senator, der sich durchaus auch darum bemüht hat.

Letzter Punkt! Ich glaube, Wirtschaftspolitik darf nicht so gemacht werden, dass man meint, Reste zu verwenden. Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich. Ich habe den Eindruck, dass sich das Wirtschaftsressort insgesamt sehr solidarisch, kollegial für den Gesamthaushalt politisch entschieden hat. Ich glaube aber, dass das Wirtschaftsressort jetzt auch Grenzen erreicht, wo es politische Spielräume der Gestaltung in dieser Stadt aufgibt, die man aus ökonomischen Gründen auf gar keinen Fall aufgeben darf. Insofern glaube ich, dass man eine politische Beratung über die jeweiligen Mittel in dem Haushalt an der Stelle sehr genau führen muss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Kuhn, Ihre Einlassung habe ich schlichtweg nicht verstanden, weil es der zweifelhafte Versuch war, hier zu retten, was zu retten ist. Bei allen anderen Rednern hat man zumindest eine inhaltliche Beschäftigung mit dem Thema nachvollziehen können, bei Ihnen eigentlich weniger, weil Sie sich hinter Formalien versteckt haben. Der entscheidende Punkt ist doch, welche Prioritäten setzen Sie in Bremen innerhalb des Senats? Setzen Sie eine Priorität Wirtschaftspolitik, oder setzen Sie eine Priorität nach dem Motto „wir geben das Geld dort aus, wo es uns gerade passt“? Das, was der Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen hat, ist Wirtschaftspolitik nicht mit einer Schwerpunktsetzung Schuldentilgung, sondern eben dort auszugeben, wo es gerade passt. Das ist genau der Punkt, den wir an der Stelle kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Bei Ihnen spielt Wirtschaftspolitik keine Rolle, wir sind erschrocken darüber, dass sich zum wiederholten Male der jetzt nicht mehr Wirtschaftssenator - wir hoffen, dass sich das zukünftig ändert - sein Ressort plündern lässt.

Ich will an dieser Stelle aus einer Vorlage der Deputation für Arbeit und Gesundheit zitieren, um auch noch einmal die Verpflichtung, Herr Dr. Kuhn, die der Bremer Senat eingegangen ist, in Erinnerung zu rufen. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus der Sitzung der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit vom 18. Februar 2010, also relativ aktuell: „In dieser Vereinbarung vom 20. Dezember 2004 verpflichtete sich die Bremer Investitionsgesellschaft respektive das Land Bremen unwiderruflich, aus dem Kaufpreis einen Teilbetrag von 20 Millionen Euro für Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Lande Bremen zu verwenden.“ Also eine klare Verpflichtung! Ich finde, es ist auch ein entsprechendes Signal, das wir als Land Bremen an unsere Vertragspartner geben: Jawohl, wir halten uns an unsere Vereinbarungen, die wir eingegangen sind!

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch der entscheidende Punkt! Dass Sie damit vielleicht ein Problem haben, ist nachvollziehbar. Der Beschlussvorschlag sieht dann interessanterweise auch vor, er könnte auch von unserem Antrag abgeschrieben worden sein, die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit spricht sich dafür aus, die Restmittel weiterhin für Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Land Bremen, insbesondere in Bremen-Nord zu nutzen.

Das Arbeitsressort war da schon weiter als das Wirtschaftsressort. Es geht darum, die Strukturprobleme Bremen-Nords zu bekämpfen. Die sind da, wir haben eine Arbeitsplatzdichte von 17 auf 100 Einwohner, in Bremen-Stadt von 50, das macht vor dem Hintergrund BWK, Stahlwerke und Vulkan deutlich, was da zu tun ist. Ich hätte deswegen erwartet, dass Sie sich im Haushaltsausschuss dafür eingesetzt und gesagt hätten, die Gelder müssen durch den Haushalts- und Finanzausschuss, aber mit einer klaren Prioritätensetzung: einer klaren Mittelverwendung für wirtschaftsfördernde Maßnahmen. Damit wären wir einverstanden gewesen, da hätte es von uns keine Kritik gegeben. Das fehlt bei Ihnen! Deswegen ist klar, welche Prioritätensetzung Sie haben, nämlich nicht in der Wirtschaftspolitik für das Land Bremen. - Herzlichen Dank!

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal gilt es, glaube ich, festzuhalten, dass der Hintergrund für das Projekt, über das wir hier reden, ReSoSta, eine der erfolgreichsten wirtschafts- und strukturpolitischen Aktivitäten des Bremer Senats überhaupt ist.

(Beifall bei der SPD)

Im Jahr 1993 sind die Stahlkonzerne des Ruhrgebiets zu Bürgermeister Wedemeier gekommen, um die Schließung der Bremer Hütte zu verlangen. Sie haben damals großzügig Sozialplanmittel angeboten, um das abzufedern. Dies haben damals die Betriebsräte, die IG-Metall, das Management vor Ort, der Bremer Senat und die Bremer Bevölkerung in einer beispielhaften Aktion verhindert. Wir haben durch die 30-Prozent-Beteiligung der damaligen BIG die Existenz des Stahlwerks gerettet. Das war eine Gemeinschaftsaktion aller auch über Parteigrenzen hinaus.

15 Jahre später im Jahr 2009/2010 stehen die Stahlwerke Bremen besser da, als wir das überhaupt je ahnen konnten. Es ist heute eines der am besten aufgestellten Stahlwerke in Europa. Deswegen hat ArcelorMittal gerade erst wieder beschlossen, einen hohen Betrag in die Modernisierung dieses Werkes zu investieren. Wir sind also, was die Stahlwerke angeht, ein hervorragend aufgestellter Standort. Dazu hat damals natürlich die Beteiligung Bremens, der BIG, erheblich beigetragen. Als ArcelorMittal im Jahr 2004 gefordert hat, dass wir uns davon trennen sollen, haben wir das gemacht, da damit auch der Zweck der staatlichen Beteiligung erfüllt war. Wir haben dieses Werk gesichert. Wir haben uns dann im Rahmen des Verkaufserlöses vertraglich verpflichtet, 20 Millionen Euro gemeinsam mit dem Betriebsrat und dem Management der Stahlwerke für strukturfördernde Maßnahmen für Bremen-Nord oder den Bremer Westen einzusetzen.

Herr Kastendiek und auch der Abgeordnete Dr. Möllenstädt haben gut dargestellt, was wir damals beschlossen haben. Ich glaube, ich habe in allen Sitzungen dieses Beirats gemeinsam mit dem damaligen Staatsrat für Wirtschaft, Herrn Färber, der IG-Metall und dem Management zusammengesessen. Wir haben dieses 20-Millionen-Euro-Programm damals beschlossen. Sie haben dargestellt, was alles davon gemacht worden ist. Ich würde Sie auch bitten, vorsichtig zu sein, auch Herrn Möhle, der sonst alles richtig gesagt hat!

Bremen-Nord ist nicht eine solche Problemregion, wie es hier häufig dargestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben viele gezielte strukturpolitische Maßnahmen gerade für Bremen-Nord gemacht. Die haben dazu geführt, dass Bremen-Nord heute viel besser aufgestellt ist, als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Die größte Maßnahme überhaupt für Bremen-Nord ist die Gründung der Jacobs University. Wir sind auf einem guten Weg, dort herum jetzt einen Science-Park zu errichten, und wir werden dann noch einen Gesundheitspark errichten.

Nun zum Programm ReSoSta und den Einzelmitteln: 15,5 Millionen Euro von 20 Millionen Euro sind definitiv für gute Ziele, gute Zwecke ausgegeben worden. Zwei Millionen Euro sind in der Umsetzung. Da haben wir - das gebe ich zu - ein bisschen gedacht, wir könnten Geld schneller ausgeben, aber manchmal geht das nicht so, wir müssen auch vernünftig planen. Die zwei Millionen Euro sind in laufenden Maßnahmen und werden in Kürze auch ausgegeben sein, und dann bleibt da noch ein Rest.

Konkret geht es um zwei Projekte: Das eine ist das Projekt Lärmschutz Vulkan, 600 000 Euro. Dieses Projekt haben wir auf den Weg gebracht. Es wird realisiert, und zwar genauso, wie es damals vertraglich in diesem Maßnahmenkatalog stand. Wir haben also eigentlich nur noch ein Projekt. Wir können natürlich jetzt eine große Diskussion darüber anfangen, was eigentlich der Fehler an dem Projekt Lärmschutz Vulkan ist. In der Sache machen wir genau das, was beschlossen worden ist. Nur in der Finanzierung haben wir gesagt, wir machen es aus Haushaltsmitteln, und das ist relativ belanglos.

Das einzige verbleibende Projekt ist die BWK. Da müssen wir doch folgende Situation sehen, die können wir doch nicht einfach ignorieren: Wir haben damals ein Projekt geplant, als es niemanden gab, der auf dem BWK-Gelände etwas machen wollte. Dann kam die Firma Egerland und hat gesagt, wir wollen hier unseren Autoumschlag von 80 000 auf 130 000 Autos erhöhen. Sie wollten sich dort richtig erweitern! Dann haben wir gefragt: Wieso soll Bremen die Straße, die wir dort für zwei Millionen Euro geplant haben, eigentlich bezahlen, wenn wir dort eine private Investition machen wollen? Das war der einzige Hintergrund, weswegen wir die Mittel für die BWK damals nicht zur Verfügung gestellt haben. Ich glaube, dem würde jeder auch sofort zustimmen. Herr Dr. Möllenstädt, ich glaube, Sie haben ein ganz zutref-

fendes Wort von einer „skurrilen Debatte“ gewählt. Was ist eigentlich das Problem dabei?

Inzwischen haben wir noch eine andere Situation, was das BWK-Gelände angeht. Das damalige Unternehmen, die BWK, hat sich zurückgezogen, und wir sind in einem Dialogverfahren vor Ort auf dem BWK-Gelände, das jetzt im März 2010 in großer Abstimmung mit vielen startet. Wir werden natürlich mit Mitteln der Wirtschaftsförderung dieses Gelände entwickeln, nicht mehr so, wie es vor fünf Jahren im ReSoSta-Programm beschlossen worden ist, aber das Vorhaben BWK-Gelände wird natürlich auch verwirklicht. Wenn Sie dann mit den Betroffenen sprechen - ich habe mit der IG-Metall und den Betriebsräten in den letzten Tagen gesprochen, wir sind im Übrigen auch unabhängig von der Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss mit ihnen ständig im Kontakt -, bleibt da nichts an Kritik, wir hätten Verträge nicht eingehalten, im Gegenteil, wir haben ein Programm richtig gut umgesetzt, so wie es damals intendiert war. Wir haben mehr für Bremen-Nord gemacht, als damals geplant war. Wir sind nämlich nicht bei den 20 Millionen Euro stehengeblieben.

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, wir haben lange verhandeln müssen. Ein Bestandteil waren ja die Mittel für den Science-Park. Wir haben lange mit der Bundesregierung, der BImA, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, verhandeln müssen, weil sie gedacht hat: Wenn ihr einen Flächentausch macht - Herr Kastendiek, Sie kennen das Thema Flächentausch sehr genau -, wollen wir davon auch ein bisschen profitieren. Das haben wir vor einigen Monaten mit der Bundesregierung gemeinsam erledigt, sodass wir jetzt den Science-Park als private Investition beginnen können. Wir haben den Projektentwickler, die Firma Zernike, die sich schon in Bremen-Nord angesiedelt hat, und wir als Begleiter, aber vor allem der private Projektentwickler und die Jacobs University werden dies jetzt entwickeln, und das wird zu Arbeitsplätzen in Bremen-Nord führen.

Dies alles setzen wir um! Wir haben eine Fülle von Projekten, da brauchen Sie keine Sorge zu haben, wir können auch noch mehr Projekte machen. Der Gesundheitspark kommt sowieso, wir haben auch das Gebiet Steindamm und vieles andere. Es mangelt uns also nicht an Projekten, die Projekte des Projekts ReSoSta führen wir aus und werden wir realisieren! Dass ein, zwei Projekte ein bisschen länger dauern, ist Normalität in der Wirtschaft.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist das Entscheidende!)

Auf der anderen Seite sage ich Ihnen auch, weil hier so schnell gesagt wird, wir könnten ja die ganzen 134 Millionen Euro einmal so in ein solches Programm investieren: Es ist, glaube ich, richtig, wenn wir staatliche Mittel einsetzen, um ein Unternehmen zu retten, und das ist dann gerettet, und die Mittel fließen zurück, dann geht das, was aus dem Haushalt gezahlt worden ist, auch wieder in den Haushalt zurück. Das ist richtig! Die 20 Millionen Euro waren eine ausdrückliche Anerkennung der Aktivitäten des Betriebsrats und der Belegschaft. Es ist ja auch nicht von uns mit großer Begeisterung aufgenommen worden, dass da 1 500 Arbeitsplätze abgebaut worden sind. Aber die Alternative, Frau Troedel, wäre gewesen, wenn wir gar nichts gemacht hätten, dass der Standort in noch größere Schwierigkeiten gekommen wäre, und dann wären Standorte in Ostdeutschland oder in Belgien oder anderswo des ArcelorMittal-Konzerns die Gewinner gewesen. Durch diese gemeinsamen Maßnahmen ist Bremen der Gewinner innerhalb des ArcelorMittal-Konzerns.

Alles in allem ist das eine erfolgreiche Strukturpolitik. Vertraglich haben wir alles so umgesetzt, wie es gesagt worden ist. Wir machen mehr für Bremen-Nord, als damals überhaupt geplant worden ist. Das ReSoSta-Projekt ist im Moment wirklich nur eine Debatte innerhalb des Parlaments. Gehen Sie zu den Betriebsräten, gehen Sie zur IG-Metall, sprechen Sie mit dem Management der Stahlwerke Bremen! Dann werden Sie sehen, dass das seine Wirkung für die Stahlwerke und für Bremen-Nord erfüllt hat. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur zwei Dinge sagen: Erstens, die Verabredung zwischen den drei Seiten, die Fundament dafür gewesen ist, dass dieser riesengroße Umbruch bei den Stahlwerken mit vielen Zugeständnissen gemeinsam gelungen ist, ist eingehalten worden. Das wird auch von keiner Seite bestritten. Sie sind hier der Erste, der solche Worte wie Vertragsbruch und so etwas ins Gespräch bringt. Das ist aber kein Thema bei denjenigen, die die Verabredung tragen, und das ist das Entscheidende. Es ist insgesamt bei allen Schwierigkeiten eine Erfolgsgeschichte.

Zweitens, ich würde, wenn ich mir die Diskussion der nächsten Monate und auch Jahre vor Augen führe, dazu neigen, dass wir in Zukunft diejenigen Ressorts, die es schaffen, das, was sie sich vorgenommen haben, mit weniger Geld umzusetzen und dabei das Geld zu sparen, loben und nicht dafür kritisieren und umgekehrt. Ich glaube, mit einer anderen Haltung werden wir in der nächsten Zeit in sehr große Schwierigkeiten kommen. Ich verstehe den Antrag der CDU deswegen heute nicht und wundere mich nicht, dass er allein von der LINKEN Unterstützung erhält.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/553 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
FDP und Abg. Möhle [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt.

Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen terminfreien Abend.

(Schluss der Sitzung 17.57 Uhr)